

36. Sitzung
am Dienstag, dem 11. Juli 2006

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1423
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1423
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1423

Fragestunde

1. Verkehrserziehung in der Schule

Anfrage der Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 12. Juni 2006	1424
------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

2. Sporthalle des Schulzentrums Lerchenstraße

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juni 2006	1425
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

3. Lohndumping am Schlachthof Bremen

Anfrage der Abgeordneten Görtz, Jägers, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2006	1427
-----------------------------------------------------------------------------------------------------	------

**4. Privates Gymnasium statt Schule und Beratungsstelle für behinderte
Kinder und Jugendliche?**

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juni 2006	1428
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

5. Mobilfunkanlage im Johannes-Rösing-Weg

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2006	1430
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

6. Gewaltvideos auf Mobiltelefonen an Schulen

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Perschau und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2006	1432
-------------------------------------------------------------------------------------------	------

7. Wiederaufbau des Kindertagesheims Kornstraße

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juni 2006	1434
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------

- 8. Überlastung der Bürger-Service-Center nach Schließung der Meldestellen?**
 Anfrage der Abgeordneten Dr. Güdner, Frau Linnert und Fraktion
 Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Juli 2006 1436

- 9. Streik in den kommunalen Kliniken**
 Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann,
 Perschau und Fraktion der CDU vom 4. Juli 2006 1438

Aktuelle Stunde

Grundstücksverkauf Bredenplatz

- Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1440
- Abg. Liess (SPD) 1442
- Abg. Focke (CDU) 1444
- Senator Kastendiek 1446
- Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1449
- Abg. Liess (SPD) 1451
- Senator Kastendiek 1451

Bibliotheken dauerhaft absichern - bürgerschaftliches Engagement fördern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
 vom 2. Mai 2006
 (Drucksache 16/524 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2006

(Drucksache 16/565 S)

- Abg. Frau Emigholz (SPD) 1452
- Abg. Frau Dr. Spieß (CDU) 1453
- Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1454
- Abg. Görtz (SPD) 1454
- Senator Kastendiek 1456
- Abg. Frau Emigholz (SPD) 1457

Die bremische Verwaltung auf dem Weg zur Bürgerstadt

Mitteilung des Senats vom 16. Mai 2006
 (Drucksache 16/544 S)

- Abg. Frau Wangenheim (SPD) 1457
- Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) 1459
- Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) 1461
- Senatorin Röpke 1463

Grundlagen für eine belastbare Planung der Krankenhausentwicklung schaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 6. Juli 2006

(Drucksache 16/576 S)

Zukunft und Handlungsfähigkeit der kommunalen Kliniken sichern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/578 S)

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1466
Abg. Brumma (SPD)	1470
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU)	1473
Senatorin Röpke	1477
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1483
Senatorin Röpke	1485
Abstimmung	1486

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2006

(Drucksache 16/547 S)

Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	1487
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	1488
Abg. Perschau (CDU)	1488
Senator Dr. Nußbaum	1489
Abstimmung	1489

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48

vom 20. Juni 2006

(Drucksache 16/567 S) 1489

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49

vom 4. Juli 2006

(Drucksache 16/573 S) 1489

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 4. Juli 2006

- Eingabe Nr. S 16/493 -

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 11. Juli 2006

(Drucksache 16/577 S) 1489

**Vorhaben- und Erschließungsplan 36
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für den Bau eines Gesundheitszentrums in Bremen-Schwachhausen (Eck-
grundstück Schwachhauser Heerstraße/Bürgermeister-Spitta-Allee)**
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/569 S) 1490

**Bebauungsplan 2317
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Sebaldsbrücker Heerstraße,
Schloßparkallee, Sebaldstraße, Adamistraße und Vahrer Straße**
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/570 S) 1490

**Bebauungsplan 2322
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz
südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummer 79 A bis 83) und westlich
Schmidt-Barrien-Weg**
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/571 S) 1490

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 153. Ortsgesetzes
über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 94
(Ingelheimer Straße)**
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/572 S) 1490

Anhang zum Plenarprotokoll1491

Entschuldigt fehlt die Abgeordnete Frau Reichert.

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

Präsident Weber: Die 36. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Feldwebelanwärter der Bundeswehr aus allen Bundesländern.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Bericht des Petitionsausschusses Nummer 49 vom 4. Juli 2006, Eingabe Nummer S 16/493, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juli 2006, Drucksache 16/577 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit den Petitionsberichten zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

2. Zukunft und Handlungsfähigkeit der kommunalen Kliniken sichern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juli 2006, Drucksache 16/578 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum auch hier über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit der Drucksache 16/576 S außerhalb der Tagesordnung zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Entwicklungen im Stephaniquartier
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juli 2006
(Drucksache 16/574 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der September-Sitzung.

II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Straftaten im öffentlichen Nahverkehr
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2006

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Unterschriftlisten mit der Forderung, die Schulgeschichtliche Sammlung Bremen zu erhalten.
2. Unterschriftlisten mit der Forderung, die Spielstätten Concordia und Brauhauskeller des Bremer Theaters zu erhalten.

Diese Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes drei, Umzüge von stadtbremischen Behörden und Gesellschaften, des Tagesordnungspunktes sechs, Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes, und des Tagesordnungspunktes sieben, Sicher fahren mit Bus und Bahn, des Weiteren zur Verbindung des Tagesordnungspunktes neun mit dem Bericht außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte. Als Drittes wurden Redezeiten bei einigen Tagesord-

nungspunkten vereinbart. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass bei zwei Punkten eine besondere Form der Redezeit vereinbart wurde, und zwar bis zu dreimal bis zu fünf Minuten je Fraktion. Des Weiteren teile ich Ihnen noch mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihr Thema „Konsequenzen aus dem Klinikskandal“ für die Aktuelle Stunde zurückgezogen hat.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft wurde vereinbart, nach Tagesordnungspunkt fünf den Punkt außerhalb der Tagesordnung, Grundlagen für eine belastbare Planung der Krankenhausentwicklung schaffen, Drucksache 16/576 S, aufzurufen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Verkehrserziehung in der Schule**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Hövelmann, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Hövelmann!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Kann an allen Bremer Grundschulen der Fahrradführerschein erworben werden?

Zweitens: Welche Aktivitäten gibt es zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Erwerb des Fahrradführerscheins ist an allen Bremer Grundschulen möglich.

Zu Frage zwei: Im Sekundarbereich I wendet sich die Verkehrserziehung an Schülerinnen und Schüler in einer Altersstufe, in der die Lebensgestaltung in erheblichem Umfang von der Teilnahme am Straßenverkehr geprägt ist. Das übergeordnete Ziel „Erwerb von Mobilitätskompetenz“ soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

In den neuen Lehrplänen für die Sekundarstufe I werden Themen zur Verkehrs- und Mobilitätserziehung verstärkt ausgewiesen. Der fachübergreifende Ansatz wird dabei besonders betont. Die Durchführung von Wettbewerben wie zum Beispiel ein Wettbewerb des ADFC für die fünften und sechsten Klassen wird vom Senator für Bildung und Wissenschaft unterstützt. An vielen Schulen sind Arbeitsgemeinschaften zur Verkehrserziehung eingerichtet und dabei Kontakte zu außerschulischen Partnern wie ADAC, ADFC, Polizei, Krankenkassen aufgebaut worden.

Der ADAC unterstützt durch Bereitstellung von Mofas auf dem Verkehrsübungsplatz in Bremen-Mahndorf den Erwerb des sogenannten Mofa-Führerscheins speziell für Schülerinnen und Schüler der neunten und zehnten Klassen. An neun Schulen sind sogenannte Bike-points auf der Basis von Integrationsjobs eingerichtet worden, in denen Sicherheitsüberprüfungen von Fahrrädern sowie kleinere Reparatur- und Pflegearbeiten mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden können. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Hövelmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Ich habe zwei Zusatzfragen. Einmal möchte ich gern wissen, an welchen Schulen in der Sekundarstufe I es dieses Angebot gibt, das Sie eben geschildert haben. Zweitens habe ich, glaube ich, die erste Frage ein bisschen ungenau gestellt. Erworben werden kann der Fahrradführerschein schon, aber wird dies auch überall angeboten, und passiert das auch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich beginne mit der Beantwortung der letzten Zusatzfrage. Wir haben insgesamt 75 Grundschulen. An 35 wird dieses Angebot, das wir allen Grundschulen zur Verfügung stellen, auch angenommen, also immerhin etwa 50 Prozent. Das ist eigentlich eine sehr ordentli-

che Beteiligung. Es steht aber allen Grundschulen offen.

Die Bike-points waren die Frage. Es sind insgesamt neun Schulen. Ich habe sie auch herausuchen lassen: Helsinkistraße, Drebberstraße, Schulzentrum Habenhausen, integrierte Stadtteilschule Leibnizplatz, integrierte Stadtteilschule Helgoländer Straße, Butjadinger Straße, Sebaldsbrück, Johann Heinrich Pestalozzi und Gerhard-Rohlf's-Schule in Bremen-Nord. Das sind die Schulen, die sehr erfreut über diesen Einsatz dieser Außenstellen für die Fahrräder berichten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Herzlichen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Sporthalle des Schulzentrums Lerchenstraße**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den baulichen Zustand der Sporthalle des Schulzentrums Lerchenstraße?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass der Sportunterricht am Schulzentrum Lerchenstraße momentan im Freien stattfinden muss?

Drittens: Mit welchen Maßnahmen und bis wann stellt der Senat sicher, dass die Sporthalle des SZ Lerchenstraße wieder für den Sportunterricht genutzt werden kann?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: An der Turnhalle des Schulzentrums Lerchenstraße ist die Außenhaut des Turnhallendaches witterungs- und altersbedingt defekt und abgängig. Die Turnhallenbeleuchtung sowie die funktionsunfähigen Be- und Entlüftungsanlagen sind sanierungsbedürftig.

Zu Frage zwei: Die Halle ist nicht gesperrt und wird für den Schulsport in vollem Umfang genutzt. Sportunterricht im Freien kann und muss ein Teil der schulischen Arbeit sein wie zum Beispiel für Leichtathletik, Outdoor-Sportarten, die Durchführung der Bundesjugendspiele und besonders für schulische, regionale und überregionale Schulsportwettkämpfe. Dabei sind aber die Wetterbedingungen ebenso zu berücksichtigen wie die für den Unterricht und das Sportprofil der Schule geforderte Bandbreite von Sportarten, für die Hallenraum benötigt wird.

Zu Frage drei: Einer Nutzung der Turnhalle steht aus baulicher Sicht nichts entgegen. Die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH hat die Absicht mitgeteilt, das Gesamtpaket der Turnhallensanierung in die Planungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen des Jahres 2007 aufzunehmen. Zur Sicherstellung der Sanierung der Turnhalle ab Frühjahr 2007 soll im Herbst dieses Jahres die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses eingeholt werden. Vorsorglich wird der Deckenzwischenraum kurzfristig geöffnet und die Tragkonstruktion durch den Statiker des Gebäude- und Technik-Managements untersucht.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, zwischenzeitlich hat sich das Gesundheitsamt auch vor Ort kundig gemacht. Zu welchem Ergebnis sind denn die Untersuchungen seitens des Gesundheitsamts gekommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das Gesundheitsamt hat sich jetzt zum zweiten Mal die Halle angeschaut und festgestellt, dass dort keine toxikologische Benachteiligung gegeben ist, so dass man dort die Halle schließen müsste. Das ist zunächst einmal sehr wichtig. Das Gesundheitsamt stellt aber auch fest, dass es dort muffelt. Da ist ein schlechter Geruch, wenn man in die Halle kommt. Ich kenne aber ähnliche Geruchsbelästigungen auch in anderen Schulturnhallen, die wir in Bremen haben. Hier in dieser Halle ist aber die Belüftung nicht hundertprozentig funktionstüchtig. Das heißt, der Luftumschlag, der eigentlich durch diese Belüftungsanlage gewährleistet sein soll, ist nicht hundertprozentig gewährleistet.

Das veranlasst uns, dringend die notwendigen Sanierungen vorzunehmen. Das Gesundheitsamt sagt, das sollte gemacht werden, weil die Geruchsbelästigung nicht zumutbar ist. Es besteht aber keine so dramatische Gesundheitsgefährdung, so dass wir hier etwa die Halle schließen

müssten, wie das Ihre Anfrage suggeriert. Die Halle ist nicht geschlossen, sie ist in Betrieb. Ich war gestern früh persönlich dort und habe mir in dieser Sporthalle Unterricht angesehen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Eingedenk der Tatsache, dass es ja positiv ist, wenn Sportlehrer und Vereine in den Sommermonaten, wenn die Witterung es zulässt, draußen ihre Sportangebote für die Schülerinnen und Schüler stattfinden lassen, scheint es wohl so zu sein, dass es, wenn Regen einsetzt und eine längere Heizperiode ist, in der Halle kaum auszuhalten ist, und die Lehrer befürchten, dass es dort schimmelt. Ich habe jetzt gehört, Herr Senator Lemke, dass das Gesundheitsamt sagt, bis Ostern 2007 könne die Situation so hingenommen werden. Erst dann sei es gesundheitsgefährdend. Deshalb meine Frage: Warum kommt das Gesundheitsamt denn zu so einer Einschätzung, dass es jetzt noch nicht so ist, aber dann plötzlich ab Ostern 2007 eine Gesundheitsgefährdung einsetzt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da fällt es mir schwer, eine kompetente Antwort darauf zu geben, weil ich hier nicht Vertreter der Gesundheitsbehörde bin. Ich kann nur, wenn ich das mit Genehmigung des Präsidenten darf, aus einem Schreiben zitieren, das ganz aktuell vom Gesundheitsamt gekommen ist. Ich zitiere den zuständigen Umwelthygienefachmann aus dem Schreiben vom 4. Juli 2006: „Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 15.3.2005 ausgeführt, sind Geruchsbelästigungen unabhängig von der toxikologischen Bewertung aus gesundheitlichen Gründen nicht akzeptabel. Das Schadensbild der Halle und die Gerüche geben zudem den sehr deutlichen Hinweis auf gute Vermehrungsbedingungen für Schimmelpilze. Schimmelpilzbefall in Kontakt mit Aufenthaltsräumen ist aus hygienischen Gründen beziehungsweise aufgrund der gesundheitlichen Risiken für die Nutzer ebenfalls nicht akzeptabel.“ Soweit das Zitat aus diesem Brief!

Ich habe mich gewundert, als ich gestern die Halle inspiziert habe, wieso man sagen kann, bis Ostern 2007 ist es akzeptabel und darüber hinaus nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, es besteht deutlich ein Sanierungsbedarf in der Halle. Ich kenne aber vergleichbare Hallen, wo ich genauso sagen würde, wir haben hier einen ähnlichen Sanierungsbedarf. Wir haben eine Prioritätenliste. Ich habe es Ihnen in der Beantwortung der Frage gesagt, wir wollen den Haushalts- und Finanzausschuss bitten, uns eine VE zu geben, damit wir

das dann 2007 umsetzen können. Es ist aber auch ausgeschlossen, dass wir es im Winter machen, weil man ein Dach im Winter in der Regel nicht sanieren kann. Insofern kommt erst die Nachwinterzeit in Frage. Ob wir das bis zu den Osterferien schaffen, wage ich zu bezweifeln. Ich hoffe, dass wir es bis zu den Sommerferien geschafft haben werden, diesen Zustand zu korrigieren.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine abschließende Frage: Herr Senator, mehrere besorgte Eltern sagten, sie hätten nun Angst, weil auch die Statik des Hallendaches nicht ganz in Ordnung sei, dass so etwas nicht auszuschließen ist wie am Unglücksort Bad Reichenhall, dass diese Hallendecke bei starkem Schneefall, der ja auch in Bremen einsetzen könnte, von Beschädigung bedroht ist. Kann das ausgeschlossen werden, wenn man jetzt noch mit der Reparatur bis 2007 wartet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Der Statiker war am 4. Juli - so bin ich informiert worden - in der Halle, und ich habe noch keinen schriftlichen Bericht vorliegen. Ich kann hier nur das sagen, was mir der Hausmeister berichtet hat oder der Schulleiter bei der gestrigen Begehung, der sagte, dass es dem Statiker zufolge keine Probleme gäbe, aber bitte das unter dem Vorbehalt, es gibt noch keinen schriftlichen Bericht! Davon werde ich Ihnen in der Bildungsdeputation berichten, sobald der Gutachter uns das Ergebnis mitgeteilt hat.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte, Frau Kollegin Schmidtke!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Senator, das hört sich alles richtig positiv an, das heißt, man ist jetzt - endlich und Gott sei Dank - so weit gekommen, dass all die Überprüfungen jetzt ganz aktuell stattgefunden haben. Ich habe an der Begehung teilnehmen können und kann all das bestätigen, was Sie sagten. Nur eine Frage ist für mich offen, Herr Senator. Ich habe auch mit dem Schulleiter gesprochen, der mir sagte, er habe niemals veranlasst, dass der Sportunterricht nicht in der Halle stattfinden kann. Durch die Presse ist allerdings verkündet worden, der Sportunterricht darf nicht

mehr in der Halle stattfinden, weil die Halle geschlossen wurde. Können Sie mir da weiterhelfen und mir die Frage beantworten, wer um Himmels willen hat denn dies verfügt, dass die Sporthalle geschlossen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Der Senator für Bildung und Wissenschaft ist genauso überrascht wie Sie, wir haben das nur aus den Medien erfahren, dass hier irgendetwas geschlossen sein soll. Deshalb habe ich mich auch unmittelbar in die Schule begeben, um hier präpariert zu sein für Ihre Nachfragen. Diese Halle ist nicht geschlossen worden, sie ist voll funktionstüchtig bis auf die Tatsache, dass diese Halle einen schlechten Geruch hat, und der kann verschiedene Ursachen haben. Diesen Ursachen sind wir jetzt auf der Spur. Es ist aus gesundheitlichen Gründen kein Problem in dieser Halle, die sich übrigens ansonsten in einem guten Zustand befindet, es ist eine riesengroße, schöne Sporthalle, sie kann genutzt werden. Ich habe das nicht ganz nachvollziehen können, was da eigentlich gelaufen ist. Ich weiß auch nicht, wer diese Parolen aufgebracht hat.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Trotz allem, Herr Senator, ist es doch aber so, dass wir uns einig sind darüber, dass diese Sporthalle jetzt wirklich vorrangig saniert werden muss und dass Ihnen dazu im Grunde genommen nur noch eine VE helfen kann!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist völlig richtig, das können Sie auch aus der Antwort ablesen. Wir bemühen uns darum, dass diese Feuchtigkeitsschäden und die Geruchsbelästigung, die in der Halle ohne Frage vorhanden ist, abgestellt werden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Lohndumping am Schlachthof Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Görtz, Jägers, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Görtz!

Abg. **Görtz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Lohndumpingvorwürfe der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, NGG, gegenüber der Bremer Schlachthof GmbH?

Zweitens: Welche Kontrollbehörden mit welchen Befugnissen sind in diesem Fall zuständig?

Drittens: Ist die Vorgehensweise der Bremer Schlachthof GmbH durch deutsches beziehungsweise EU-Recht gedeckt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Lohndumpingvorwürfe der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten gegenüber der Bremer Schlachthof GmbH sind dem Senat nicht im Einzelnen bekannt. Der Senat weist jedoch darauf hin, dass es sich bei der Bremer Schlachthof GmbH um ein Privatunternehmen handelt. Damit entziehen sich dessen geschäftliche Vereinbarungen grundsätzlich einer Bewertung durch den Senat.

Zu Frage zwei: Verstöße gegen etwaige steuerrechtliche, sozialversicherungsrechtliche oder aufenthaltsrechtliche Anforderungen werden von den nach den jeweiligen Rechtsvorschriften zuständigen Kontrollbehörden wie Finanzämtern, Sozialversicherungsträgern oder Ausländer- und Polizeibehörden verfolgt.

Zu Frage drei: Wie sich aus der Antwort zu Frage eins ergibt, enthält sich der Senat einer rechtlichen Bewertung des Verhaltens privater Unternehmer. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Görtz, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Görtz** (SPD): Ich möchte gern nachfragen, wie der aktuelle Stand jetzt ist. Ich hatte damals gelesen, dass zum Ende Juni die Mitarbeiter dort entlassen werden sollten, deshalb frage ich jetzt: Wie sieht dort der aktuelle Stand aus?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Dazu kann ich Ihnen außer dem, was ich hier gerade vorgetragen habe, keine weiteren Erkenntnisse vermitteln, weil es sich um einen privat handelnden Unternehmer handelt, der in eigener Vollkommenheit seiner Geschäfte handelt. Welche Geschäfte oder Abschlüsse er

gerade getätigt hat, das entzieht sich der Kenntnis des Senats.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Görtz? - Bitte!

Abg. **Görtz** (SPD): Ich möchte gern nachfragen: Ab wann werden die Behörden von sich selbst aus tätig, wenn sie so etwas in der Zeitung lesen, oder bedarf es immer einer Anzeige?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Die Behörden, das ist gerade von mir ausgeführt worden, werden nur dann tätig, wenn zum Beispiel Verstöße gegen das Steuerrecht oder das Sozialversicherungsrecht oder aufenthaltsrechtliche Verstöße bekannt sind, aber diese Verstöße sind mir oder dem Senat bisher nicht bekannt geworden. Insofern gibt es auch keine Veranlassung für Behörden, hier tätig zu werden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege Jägers!

Abg. **Jägers** (SPD): Frau Senatorin, was würden Sie den Verbrauchern empfehlen, wenn sie wissen, dass ihre Schlachtprodukte, die sie sozusagen in die Pfanne hauen, aus qualitativ nicht mehr nachzuvollziehenden Produktionsbedingungen kommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das ist erst einmal eine Unterstellung! Ich bin ebenfalls zuständig für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, und wir werden selbstverständlich bei diesem Schlachthof wie bei allen anderen Unternehmen, die sich im Gesundheitsmarkt bewegen, also die Nahrungsmittel anbieten, unsere Kontrollen auch weiterhin fortsetzen. Sobald es dafür Anhaltspunkte gibt, dass die Qualität schlecht ist, werden wir entsprechend agieren. Das gilt aber nicht nur für dieses Unternehmen, das gilt für alle Unternehmen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift „**Privates Gymnasium statt Schule und Beratungsstelle für behinderte Kinder und Jugendliche?**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Plant der Senat weiterhin die Aufgabe des Förderzentrums und der Beratungsstelle für die Bereiche sozial-emotionale Entwicklung und Autismus am Standort Fritz-Gansberg-Straße?

Zweitens: Trifft es zu, dass das Förderzentrum und die Beratungsstelle für behinderte Kinder und Jugendliche an der Fritz-Gansberg-Straße dem neu gegründeten evangelischen Gymnasium der Stiftung Friedehorst weichen sollen, und wie ist der Planungsstand diesbezüglich?

Drittens: Wie und wann wurde der Beirat Schwachhausen beteiligt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat hält an seinen Planungen fest, nicht ausgelastete und für eine wirtschaftliche Verwertung besonders geeignete Schulstandorte aufzugeben, um auf diese Weise weitere Mittel für die Gebäudesanierung bereitstellen zu können. Hiervon betroffen ist auch das Stammgebäude des Förderzentrums für die Bereiche sozial-emotionale Entwicklung an der Fritz-Gansberg-Straße. Voraussetzung für eine Aufgabe des Schulstandortes an der Fritz-Gansberg-Straße ist jedoch die Bereitstellung geeigneter Ersatzräume für das Förderzentrum und die ebenfalls im Gebäude untergebrachten Beratungsstellen. Die in diesem Zusammenhang eingeleiteten Planungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage zwei: Dem Senat ist bekannt, dass die Stiftung Friedehorst nach entsprechenden Räumlichkeiten für ein neu zu gründendes Gymnasium sucht. In diesem Zusammenhang wird auch eine Unterbringung im Schulgebäude an der Fritz-Gansberg-Straße geprüft.

Zu Frage drei: Das Ortsamt Schwachhausen/Vahr ist über die Planungen, den Schulstandort an der Fritz-Gansberg-Straße aufzugeben, erstmals Anfang Juli 2005 informiert worden. Die weitere Beteiligung des Beirats Schwachhausen erfolgt im Rahmen der Fortschreibung des Schulstandortentwicklungsplanes. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Ihnen ist sicherlich bekannt, dass der Beirat Schwachhausen ein einstimmiges Votum abgegeben hat, dass man die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße gern im Stadtteil Schwachhausen behalten möchte, auch ganz bewusst unter dem Gesichtspunkt, dass es sich um eine Schule handelt mit einer schwierigen Schülerschaft. Da wäre meine Frage: Ist Ihnen das bekannt?

(Senator Lemke: Ja!)

Welche Schlüsse ziehen Sie daraus? Gibt es denn eine Alternative, die verhindert, dass es zu einem Nullsummenspiel kommt bei einem Umzug der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße an einen anderen Standort?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich bin gehalten, als Mitglied des Senats angesichts der Sparsituation alle Dinge auf den Prüfstand zu stellen, auch die Sonderschule oder das Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße. Ich habe mir von meinem Baureferat eine ganz eindrucksvolle Zahl diesbezüglich heraussuchen lassen; diese besagt nämlich, dass wir in Bremen pro Schüler eine Mietfläche zur Verfügung stellen von 13,74 Quadratmetern. Pro Schüler 13,74! An der Fritz-Gansberg-Straße weist dieser Vergleich für das Schuljahr 2004 - eine aktuellere Ausarbeitung konnte ich nicht bekommen - 104 Quadratmeter aus. 104 Quadratmeter Mietfläche pro Schüler im Vergleich zu dem stadtbremischen Durchschnitt 13,74!

Bei einer Zurverfügungstellung von Schulraum auf einem Schulgrundstück, das 17.000 Quadratmeter in Schwachhausen beträgt, muss es erlaubt sein, das als verantwortlicher Politiker in Frage zu stellen und der zuständigen Deputation zur Entscheidung vorzulegen! Dann soll die Deputation, auch nach Befragung des Beirats, zu einer Entscheidung kommen, dass dieses Grundstück für diese Schüler in diesem Ausmaß eben nicht unbedingt zur Verfügung stehen muss, aber, das können Sie auch aus meiner Antwort auf Ihre Frage ablesen, zuerst müssen wir genau definieren - es sind immer um die 50 Schüler gewesen, in diesem laufenden Schuljahr sind es 65 bis 67 Schüler, die dort unterrichtet werden -, wir müssen zunächst einen Standort für sie finden, erst dann wird es die endgültige Entscheidung geben.

Ich bleibe aber dabei, wenn wir weiter Schulen sanieren wollen - wir haben gerade in der vorherigen Frage, die mich betroffen hat, über die Dachsanie-

rung gesprochen -, wenn wir im großen Umfang weiter sanieren müssen, müssen wir auch so konsequent sein, auch wenn die Beiräte in der Regel dagegen sind. Das ist übrigens kein Einzelfall, Frau Stahmann! Die Beiräte sind ständig dagegen. Wenn wir irgendetwas in Frage stellen, bekomme ich regelmäßig von den Beiräten merkwürdigerweise auch fast immer einstimmige Beschlüsse, dass sie dagegen sind, aber wir haben einen Auftrag, und wir müssen diesen abarbeiten, ich habe da keine Alternative!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, gibt es Überlegungen in Ihrem Ressort, das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße in Kleingruppen aufzuteilen und auf verschiedene Standorte zu verteilen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Eigentlich ist unsere Politik darauf gerichtet, überhaupt keine Kinder auszugrenzen und in Förderzentren abzuschieben, das ist unsere Ausgangslage, aber es gibt Situationen, in denen wir nicht anders können, um auch andere Kinder zu schützen, als Kinder für einen gewissen Zeitraum in Förderzentren zu beschulen. Deshalb schwankt die Zahl dort auch, ich habe Zahlen, da waren 35 Schüler in dieser Schule untergebracht, heute ist es eine relativ hohe Zahl mit 67 Schülerinnen und Schülern. Nein, ich muss mich korrigieren, es sind ausschließlich Schüler, die in diesem Förderzentrum beschult werden!

Wir möchten sie in der Tat integrieren, aber wenn wir sie alle verteilen würden über alle Schulen hinweg, würde es massenweise Schwierigkeiten geben in den Schulen, deshalb überlegen wir, entweder eine Aufteilung vielleicht in drei Förderzentren oder eine zentrale Beschulung so vorzunehmen, wie es in der Fritz-Gansberg-Straße gegeben ist. Ich wiederhole aber noch einmal: Ziel unserer Bildungspolitik ist, kein Kind auszugrenzen, sondern zu versuchen, es so schnell wie möglich wieder in den normalen Regelbetrieb einzubinden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte, eine abschließende Frage! Herr Senator, welche weiteren Standorte kämen denn für das Gymnasium der Stiftung Friedehorst noch in Frage?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich bin nicht der Chef von Friedehorst.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Bildungsbehörde!)

Ich kann jetzt nur das wiedergeben, was ich aus den vielen Gesprächen am Rande gehört habe. Ich habe gehört, die Post am Hauptbahnhof sei ein idealer Standort für dieses Gymnasium. Als Zwischenlösung ist die Schule im Stephanitor geplant, für zwei Jahre als Übergang, weil diese Schule eine immer geringere Schülerzahl haben wird in den nächsten zwei Jahren. GBI hat ebenfalls die Kornstraße angeboten, es gibt verschiedene Grundstücke, die zur Diskussion stehen.

Wenn Sie mich fragen, ich halte die Fritz-Gansberg-Straße für einen geeigneten Standort. Ich würde es eigentlich begrüßen, wenn ein Schulstandort wiederum auch durch eine Schule genutzt wird. Das empfinde ich als besser, als wenn man das in eine andere Nutzung überführt. Ich würde das nicht so verkehrt finden, denn - darauf lege ich auch noch einmal Wert - ich möchte das in möglichst hoher Übereinstimmung auch mit den Beiräten hinbekommen. Ursprünglich hatten wir etwas ganz anderes vor, diese Schule zur Bardowickstraße zu überführen, aber das haben wir in der Bildungsdeputation nicht so beschlossen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Mobilfunkanlage im Johannes-Rösing-Weg**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Auf welche Art und Weise und mit welchem Ergebnis wurde der Beirat bei der Errichtung der Mobilfunkseideanlage im Johannes-Rösing-Weg beteiligt?

Zweitens: Hält der Senat den Standort für vertretbar, obwohl er sich in unmittelbarer Nähe der

Grundschule und eines Kindertagesheimes befindet?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Beirat Obervieland wurde in den vergangenen Jahren mehrfach auf verschiedenen Wegen darüber informiert, dass sich in dem Bereich Altenheim/Alfred-Faust-Straße ein grundsätzlich geeigneter und mit dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr abgestimmter Suchkreis für eine einzelne UMTS-Anlage befindet. Dieser Suchkreis war auch in den regelmäßig aktualisierten Informationen für die Öffentlichkeit im Internet dargestellt. Aufgrund mangelnder Vermietungsbereitschaft konnte nicht das westlich der Alfred-Faust-Straße gelegene Altenheim, sondern nur die östlich gelegene Altenwohnanlage Ecke Johannes-Rösing-Weg zur Aufstellung der UMTS-Anlage genutzt werden. Andere, weiter von der Schule entfernte Gebäude standen für eine Nutzung nicht zur Verfügung.

Entsprechend wurde im Rahmen des freiwilligen Abstimmungsverfahrens zwischen der Stadtgemeinde und den Mobilfunkbetreibern nach Überprüfung der Sachlage eine Freigabe des Standortes erteilt. Eine formale Ablehnung oder Zustimmung zu dem Suchkreis beziehungsweise zu dem dann freigegebenen Standort durch den Beirat erfolgte nicht. Eine erneute Beteiligung des Beirates zu dem letztlich freigegebenen Standort erfolgte bedauerlicherweise aufgrund von Missverständnissen nicht.

Zu Frage zwei: Im Vorfeld der Standortentscheidung wurden im Rahmen des in Bremen zwischen den beteiligten Ressorts vereinbarten Standortoptimierungsverfahrens verschiedene Alternativen mit dem Ziel der Belastungsminimierung geprüft. Von den zur Verfügung stehenden Gebäuden ist der jetzt genutzte Standort der am besten geeignete.

Aufgrund des Bescheides der Bundesnetzagentur vom 13. Juni 2006, vormals Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Postwesen, besteht kein Zweifel daran, dass in den Aufenthaltsbereichen der Kita, der Schule und des Spielhauses beziehungsweise der angrenzenden Wohnbereiche die Grenzwerte der 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung nicht nur eingehalten, sondern sogar weit unterschritten werden. Aufgrund des hohen Interesses der Bevölkerung an Informationen über den Standort und im Sinne ei-

ner grundsätzlichen Vorgabe des Gesundheitsressorts ist der Betreiber gebeten worden, eine Immissionsprognose beziehungsweise aussagekräftige Messwerte für die Umgebung zeitnah vorzulegen.

Dabei kann schon vorab darauf verwiesen werden, dass das gewählte Gebäude aufgrund seiner Höhe gegenüber der Umgebungsbebauung als gut geeignet bezeichnet werden kann. Hinzu kommt, dass sich die Kita und die Schule in zirka 100 Meter Entfernung zum Antennenstandort befinden und damit der Abstand mehr als ein Zehnfaches des immissionsschutzrechtlich erforderlichen Sicherheitsabstandes beträgt. Insgesamt wird den hohen Ansprüchen des vorsorgenden Standortoptimierungsverfahrens Rechnung getragen. Unter den genannten Bedingungen ist deshalb keine gesundheitliche Gefährdung der Schulkinder oder der Bewohnerschaft des Quartiers durch die Mobilfunkanlage zu erwarten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie geben hier ja auch zu, dass dieses vereinbarte Verfahren zur Beteiligung der Beiräte und auch dann der Deputation bei strittigen Standorten hier nicht stattgefunden hat. Ist Ihnen denn bekannt, dass das kein Einzelfall ist, das heißt, dass das Verfahren, wie wir es mühsam politisch ausgehandelt haben, aufgrund der durchaus unsicheren Gesundheitsbewertung der Strahlung durch Mobilfunksendeanlagen im Regelfall nicht mehr praktiziert wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Nein, das ist nicht so, und ich kann Ihnen bestätigen, dass ich unumwunden, wie Sie sagen, zugebe, dass hier eine Panne entstanden ist, eine Panne, die in der Tat in unserem Haus entstanden ist, und zwar dadurch, dass der Mitarbeiter nicht davon ausgegangen ist, dass sich in unmittelbarer Nachbarschaft ein Altersheim und eine Altenwohnanlage befinden. Er war davon ausgegangen, dass die Abstimmung bezogen auf diesen Standort stattgefunden hatte, was nicht stimmte, weil es sich auf das benachbarte Gebäude bezogen hatte. Es ist sehr bedauerlich. Gerade heute Abend ist der betroffene Mitarbeiter im Beirat Obervieland und wird unser Bedauern auch noch einmal zum Ausdruck bringen. Das ist nämlich nicht die Politik des Hauses, dieses freiwillige Beteiligungsverfahren, das wir gewählt haben, zu ignorieren.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben eben verneint, dass das nicht ein Einzelfall ist. Dann sind Sie der Meinung, dass bei dem Standort Helene-Kaisen-Weg/Ecke Friedrich-Ebert-Straße das Verfahren eingehalten worden sei? Das ist jetzt ein anderer Beispielstandort, nicht der, den wir eben hatten. Am Standort Helene-Kaisen-Weg/Ecke Friedrich-Ebert-Straße ist nach meinem Kenntnisstand auch so ein Fall eingetreten, dass dort auch der Beirat nicht beteiligt wurde und von unserer Seite durchaus die Befürchtungen existieren, dass man hier entsprechende Verfahren versucht auszuhebeln.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich kann Ihnen noch einmal versichern, die Politik unseres Hauses ist es, dieses freiwillige Beteiligungsverfahren einzuhalten, wenngleich es rechtlich zwingend nicht vorgesehen ist, aber das ist unser Wunsch. Wenn Sie sagen, es gäbe noch ein anderes Beispiel am Helene-Kaisen-Weg, dann will ich dem gern nachgehen. Aber es ist nicht Politik unseres Hauses, die Beteiligung nicht herzustellen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte! Ich nehme das jetzt einmal sehr positiv zur Kenntnis, dass man sich bei Ihnen im Hause bemühen will, dass solche Vorfälle nicht mehr wiederkehren. Nichtsdestoweniger wird ja seitens des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr immer darauf abgehoben, dass man das freiwillig tue. Darauf bezieht sich jetzt auch meine Frage. Ist Ihnen denn nicht auch die Selbstverpflichtungserklärung der Mobilfunkbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden bekannt, die als Vereinbarung festgeschrieben hat, dass man das Aufstellen der Mobilfunksendeanlagen möglichst im Konsens betreibt? Insofern gibt es durchaus, wenn es auch keine harte juristische Möglichkeit gibt, aber doch immerhin diese Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber. Warum rekurriert man darauf eigentlich auch nicht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Sie haben es, Frau Abgeordnete, sehr gut beschrieben. Eine Selbstverpflichtung ist immer eine freiwillige Sache. Wir achten allerdings seitens des Senats der Freien Hansestadt Bremen darauf, dass diese freiwillige Selbstverpflichtung tatsächlich in ein abgestimm-

tes Verfahren mündet. Dass diese Verfahren einzuhalten sind, das ist auch Aufgabe unseres Hauses, darauf zu achten, und das tun wir auch in jedem Einzelfall.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Wargalla! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Frage wegen der Entfernung. Sie haben gesagt, dass es knapp 100 Meter sind zu einem Kindergarten. In Grolland war die Entfernung einer Mobilfunkanlage zu der dortigen Schule knapp 100 Meter, und da hatte der Beirat das abgelehnt. Es wurde dann auch von der Behörde so bestimmt. Es wird inzwischen ein neuer Standort gesucht. Meine Frage ist jetzt: Warum wird in Obervieland das mit unter 100 Metern für einen angrenzenden Kindergarten genehmigt, obwohl eine Vereinbarung existiert, dass Kindergärten und Schulen ungefähr 120 Meter davon entfernt sein sollen, und in Grolland es nicht passiert ist? Ich denke, da wird mit zweierlei Maß gemessen, und das möchte ich dann eigentlich nicht, denn die Bevölkerung ist immer unsicher bei solchen UMTS-Anlagen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich kann das gut nachvollziehen, wobei die Grenze nicht eine Entfernung von 100 Metern ist. In diesem Fall ist der Abstand 100 Meter und damit deutlich unter zehn Prozent der deutschen Grenzwerte, und damit ist auch die Einhaltung der häufig für Deutschland geforderten schweizerischen Versorgungswerte garantiert. Wir sind also in Bremen bei allen Standorten weit unter den in Deutschland auf freiwilliger Basis in allen Städten, Kommunen und Ländern eingehaltenen Grenzwerten geblieben und tatsächlich auch unter den Grenzwerten, für die als beispielhaft die Schweiz angeführt wird. Bei allen Bremer Standorten sind wir selbst unter den schweizerischen Grenzwerten verblieben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, nur noch eine erklärende Frage! Es geht nicht um die Grenzwerte, es geht um die Entfernung von den Anlagen. Natürlich hat das dann indirekt etwas mit den Grenzwerten zu tun. Aber man hat sich hier in Bremen, und das wurde auch in den Beiräten immer wieder öffentlich verkündet, so ein Maß gesetzt und hat gesagt, 120 Meter entfernt von Kindergärten, Schulen und so weiter. Jetzt gibt es eine Mobilfunkanlage, die knapp 100 Meter davon entfernt ist, und da ist eben meine Frage, warum das da in Obervieland dann umgesetzt

wird, während in den anderen Stadtteilen genau darauf Rücksicht genommen wird!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Es gibt eine bundeseinheitliche Sichtweise auf das Thema, die in Bremen, was die Einhaltung von Grenzwerten anbelangt, deutlich unterschritten wird. Bezogen auf diesen Einzelfall ist es so, wie ich bereits eben erwähnt habe, dass wir unabhängig davon den Betreiber aufgefordert haben, hier noch einmal zu einer Immissionsmessung zu gelangen, um auch zu den von der Bevölkerung vorgetragenen Ängsten kompetent Auskunft geben zu können.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage liegt nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Gewaltvideos auf Mobiltelefonen an Schulen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat Berichte, nach denen das Filmen von Gewaltvideos mit Handys an Schulen der Stadtgemeinde Bremen offenbar weiter verbreitet ist, als in der Antwort des Senats auf die Frage in der Fragestunde vom 9. Mai zu diesem Thema festgestellt?

Zweitens: Wie werden solche Vorfälle gemeldet und erfasst? Sind dem Senat weitere Vorfälle dieser Art bekannt geworden, und wie haben die Schulen und das Bildungsressort darauf reagiert?

Drittens: Hält der Senat ein Nutzungsverbot von Mobiltelefonen an Schulen der Stadtgemeinde für ein geeignetes Mittel, um den zunehmenden Gefahren für Kinder und Jugendliche durch schwer kontrollierbare Vorfälle mit Handys zu begegnen, und falls nein, welche alternativen Möglichkeiten sieht der Senat, den gleichen Effekt zu erreichen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat ist ein Pressebericht bekannt, in dem Preisträger von „Jugend debattiert“ mit Berichten aus ihrer Schule zitiert werden.

Dazu liegt ihm der Brief eines der Schüler an die Redaktion der Zeitung vor, der bestreitet, sich in der zitierten Weise geäußert zu haben. Der Senat sieht in laufender Praxis davon ab, eine derartige Presseberichterstattung zu kommentieren.

Die in der Fragestunde am 9. Mai 2006 gegebene Antwort bezog sich auf Vorfälle, die der Schulaufsicht im Schuljahr 2005/06 von den Schulen gemeldet wurden und bei denen die Vorfälle in der Schule passierten und dort gefilmt wurden. Zur Beantwortung der vorliegenden Fragen hat der Senator für Bildung und Wissenschaft eine Umfrage an allen stadtbremischen Schulen der Sekundarstufen I und II durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass bis auf die der Schulaufsicht bisher bekannten Einzelfälle von Schülern weitere auf Handys befindliche Gewaltvideos herumgezeigt wurden, die aber nicht von den Schülern selbst gefilmt wurden.

Zu Frage zwei: Die Schulleitungen melden der Schulaufsicht gravierende Vorfälle als besondere Vorkommnisse. In besonders schweren Fällen wird die Behördenleitung informiert, und sie werden gegebenenfalls in die Lenkungsgruppe „Schule, Polizei, Jugendhilfe und Justiz“ eingebracht. Bei den dem Senat bekannt gewordenen Fällen wurden von Seiten der Schulen Gespräche mit den Betroffenen geführt und deren Eltern informiert. In der Regel wurde bei der Polizei Anzeige erstattet. Außerdem erhielten die Verursacher Auflagen nach der Ordnungsmaßnahmenverordnung, die von Arbeitsauflagen bis zu begrenzten Suspendierungen reichten.

Zu Frage drei: Der Senat hält ein von der Schulkonferenz der Einzelschule beschlossenes Nutzungsverbot für Mobiltelefone sehr wohl für ein geeignetes Mittel, um den Gefahren einer missbräuchlichen Handynutzung in Schulen zu begegnen. Neben repressiven Maßnahmen zur Durchsetzung des Jugendschutzes gegen jugendgefährdende Bilder oder Videos setzt der Senat vor allem auf Aufklärung und Prävention. Außerdem wird darauf hingewirkt, dass Eltern ihre Erziehungsverantwortung wahrnehmen und die Schule den Schülerinnen und Schülern im Rahmen der Medienbildung einen verantwortungsbewussten Umgang mit Handys und Internet vermittelt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Herr Senator, trifft es zu, dass das Phänomen der Verbreitung von Gewaltvideos auf Handys nicht nur ein Problem von Schülern aus sozial benachteiligten Stadtteilen ist, sondern dass dies mittlerweile Schülerinnen und

Schüler nahezu aller sozialen Schichten erreicht hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das trifft zu!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Ja, noch eine letzte! Sie haben zuletzt ausgeführt, dass Sie auch auf die Erziehungsverantwortung der Eltern hinwirken wollen. Wie soll das geschehen? Ist es nur der heutige Appell im Rahmen der Antwort des Senats, oder haben Sie in Ihrem Bildungsressort Überlegungen, etwa durch Elternbriefe oder über Vermittlung der Schulkonferenzen und Elternbeiräte etwas zu unternehmen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Der zweite Punkt ist derjenige, auf den wir setzen. Wir kommunizieren diese Problematik auch aufgrund dieser beiden Anfragen in den Fragestunden mit den Schulen, und es sind ganz viele positive Rückmeldungen gekommen. Wie die Schulen konkret mit diesem großen und auch nicht zu verharmlosenden Problem umgehen, ist ganz unterschiedlich. Wichtig für mich aber ist, dass das innerhalb der Schule in der Schulkonferenz diskutiert wird, dass die Eltern mit einbezogen werden und die Schulen dann im Rahmen ihrer Schulordnung diese Frage entsprechend lösen und klären. Wir sollten dabei den präventiven Gedanken im Vordergrund haben und nicht den bestrafenden Aspekt, und vor allen Dingen sollten wir die Schüler aufklären.

Eine Schule hat zum Beispiel gesagt, bei ihr gebe es überhaupt keine Handys mehr, sie schließe das von vornherein aus. Diese Schule hat dann einen öffentlichen Telefonanschluss organisiert, mit dem auch SMS verschickt werden können, ich wusste gar nicht, dass so etwas geht. Ich habe in der letzten Beantwortung in der Fragestunde auch dargestellt, dass man ein Schulsekretariat nicht damit überfordern kann, jetzt an einem Vormittag Telefongespräche von bis zu eintausend Schülern weiterzuleiten, da sind die Schulsekretariate hoffnungslos überfordert. Wenn Schulen aber so kreativ sind und dieses Problem zumindest für den Schulalltag verhindern können, finde ich das ausgesprochen positiv, und es findet unsere Unterstützung.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Bensch [CDU]: Nein, Herr Präsident, vielen Dank!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Wiederaufbau des Kindertagesheims Kornstraße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche brandschutztechnischen Vorrichtungen hatte das KTH Kornstraße, und waren diese aus Sicht des Senats ausreichend?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat bezüglich eines zügigen Wiederaufbaus des abgebrannten KTHs in der Kornstraße an diesem Standort?

Drittens: Welche Übergangslösungen zur vernünftigen Betreuung und Bildung der Kinder plant der Senat bis zur Wiederinbetriebnahme des KTHs Kornstraße?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Aus Sicht des Senats waren die brandschutztechnischen Vorkehrungen in der Kindertageseinrichtung Kornstraße ausreichend. Das Gebäude der Kita Kornstraße war entsprechend den laut Bremischer Landesbauordnung erforderlichen Brandschutzmaßnahmen errichtet worden. Die im Baugenehmigungsverfahren von der Bauordnungsbehörde zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben geforderten Brandschutzmaßnahmen wurden sämtlich eingehalten. Darüber hinaus war das Gebäude mit einer Alarmanlage ausgestattet. Diese hatte bei der Einsatzzentrale des Wachdienstes nach Ausbruch des Feuers Alarm ausgelöst.

Zu Frage zwei: Die Planungen für die Kita Kornstraße sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Zurzeit finden hierzu Klärungsgespräche statt, an denen Kita Bremen als Träger der Einrichtung, das Amt für Soziale Dienste, das zuständige Sozialzentrum sowie der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beteiligt sind. Die Klärung soll bis

Ende August 2006 abgeschlossen sein. In der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration sowie dem Jugendhilfeausschuss wird über den weiteren Fortgang zeitnah berichtet werden.

Zu Frage drei: Zurzeit werden von den 100 Kindergartenkindern der Kita Kornstraße 40 in der Kita Hardenbergstraße und 20 Hortkinder in der Grundschule Buntentorsteinweg betreut. Damit sind alle Kinder von berufstätigen Eltern und einige weitere Kinder versorgt. Gewährleistet ist auch die Betreuung während der bevorstehenden Sommerferien; die Kita Hardenbergstraße wird aus diesem Grund durchgehend geöffnet bleiben.

Die beiden nicht abgebrannten Gebäude auf dem Gelände der Kita Kornstraße, das Verwaltungsgebäude sowie das Horthaus, sind inzwischen wieder voll nutzbar. Bis zum Beginn der 29. Kalenderwoche soll die Brandruine geräumt und im Horthaus der Betrieb wieder aufgenommen werden.

Ab dem kommenden Kindergartenjahr 2006/2007 werden 100 Kindergartenkinder in fünf Gruppen sowie 40 Schulkinder zu versorgen sein. Da die Räume der Schule Kornstraße für die Betreuung von Kindergartenkindern ungeeignet sind und hinsichtlich der Gottfried-Menken-Straße durch den anstehenden Verkauf eine Nutzung durch Kita Kornstraße unwahrscheinlich ist, wird vor diesem Hintergrund zurzeit die Möglichkeit geprüft, Übergangsweise für die Dauer eines Kindergartenjahres Container auf dem Gelände der Kita Kornstraße aufzubauen. Die notwendigen Abstimmungen mit der GBI sind in die Wege geleitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich verstehe Sie also richtig: Im Moment sind von den 100 Kindern, die vorher in der Kita Kornstraße untergebracht waren, 30 versorgt, 70 noch nicht. Jetzt haben wir bald die Ferien, da würde sich auch bei Kindern nicht berufstätiger Eltern die Frage einer Ferienbetreuung stellen, allerdings würde das ja ein anderes Problem berühren. Wir bräuchten also spätestens ab dem Beginn des nächsten Kindergartenjahres für jedes der 100 Kinder einen Kindergartenplatz. Das wollen Sie gegebenenfalls in einem Ausweichszenario über Container in der Kornstraße sicherstellen. Die Gottfried-Menken-Straße kommt nicht in Frage, haben Sie gesagt. Es ginge nur um die Frage: Werden dort Container aufgestellt, ja oder nein?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Erstens, es sind 40 Kinder in der Hardenbergstraße und 20 Hortkinder im Buntentorsteinweg, die versorgt sind. Wir haben uns jetzt auf die Kinder von berufstätigen Eltern konzentriert. Es ist auch so, dass dieses sogenannte Katzenhaus, das durch den Brand nicht beschädigt worden ist, als Anlaufstelle bei Beratungsbedarf für Eltern genutzt wird. Die Erzieherinnen machen mit den Kindern, die jetzt nicht in der Hardenbergstraße sind, auch Ausflüge und unternehmen mit den Kindern Aktionen. Ich bin von dem Engagement der Erzieherinnen, die ja in dieser schwierigen Situation geradezu über sich hinauswachsen, sehr beeindruckt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das finde ich auch, der Beifall ist hier wirklich angemessen. Es ist für alle eine traurige und schlimme Situation, und alle leisten hier das, was ihnen möglich ist.

Mir geht es jetzt darum, das haben wir ja dargestellt, dass wir erst einmal ganz schnell eine Übergangslösung finden, damit wir nach dem Ende der Sommerferien, wenn das neue Kindergartenjahr startet, auch eine Lösung haben. Wir haben die Standorte Kornstraße und Gottfried-Menken-Straße auch sehr schnell geprüft, es hat sich herausgestellt, dass sie für Kindergartenkinder nicht geeignet sind und ein großer Aufwand betrieben werden müsste, wenn man diese Lösung möchte. Uns erscheint es nach Abwägung aller Faktoren einfach klug, jetzt die Containerlösung ins Auge zu fassen, weil wir somit eine schnelle Lösung haben. Die Container können auf dem Gelände aufgestellt werden. Das ist sicherlich auch für alle wichtig, dass sie in ihrem vertrauten Ort weiterhin dann eine schnelle Betreuung bekommen. Wir werden Ihnen im Bauausschuss, für den wir diese Woche eingeladen haben, dann auch hoffentlich sehr schnell einen Lösungsvorschlag vorlegen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Dazu noch eine ganz kleine Frage: Wie muss ich mir diese Container vorstellen? Haben wir damit in Bremen schon Erfahrungen gemacht, ist es ungefähr so ein Mobilbau wie in der Schevemoorer Heide, oder ist es noch mobiler?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben damit durchaus Erfahrungen gemacht, so gibt es zum Beispiel den Erfahrungshintergrund aus Osterholz. Wir haben auch schon das Anforderungsprofil ermittelt, was

wir brauchen. Diese Container sind von einer so guten Qualität, dass auch eine gute räumliche Grundlage für eine Versorgung geschaffen wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie rechnen damit, dass wir das Problem des fehlenden Kindertagesheims in einem Jahr gelöst haben werden, dass also spätestens zum Kindergartenjahr 2007/2008 dann die neue Kita Kornstraße bezugsfertig sein wird. So habe ich Sie verstanden, da Sie zumindest in der Antwort des Senats die zeitlichen Planungen so beziffert haben. Von daher würde mich interessieren, bis wann Ihrer Meinung nach ein Bauauftrag für einen neuen Standort gegeben sein müsste, damit dieser Termin zu halten ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: In der Antwort des Senats haben wir gesagt, dass wir zunächst einmal bis spätestens Ende August abklären wollen, wie es mit dem Standort weitergeht. Wir haben jetzt zeitnah, diese Woche, zum Bauausschuss eingeladen, das habe ich ja ausgeführt. Wir führen zurzeit noch Klärungsgespräche mit den Partnern, die ich eben gerade in der Antwort genannt habe. Da sind ja auch noch diverse Fragen zu klären, wenn man sich auf eine endgültige Lösung hin orientiert. Ich kann heute noch nicht definitiv sagen, was wir Ihnen dann im Bauausschuss am Donnerstag konkret vorlegen werden, aber wir werden Sie am Donnerstag darüber unterrichten, was bis dahin an Erklärungs- und Lösungsansätzen zusammengetragen worden ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, habe ich Sie richtig verstanden, es ist noch nicht entschieden, ob der Standort Kita Kornstraße dort, wo er bislang stand, wieder aufgebaut wird, ob es womöglich einen anderen Standort in einer anderen Stelle im Ortsteil geben wird? So habe ich Sie verstanden. Da würde mich interessieren, ob es bislang schon Gespräche mit der Versicherung gab, ob geklärt ist, dass die Finanzierung seitens der Versicherung wieder so erfolgen wird wie in der Andernacher Straße in Osterholz, wo man für den Fall des Wiederaufbaus am gleichen Standort von der Versicherung den Neuwert ausgezahlt bekommen hätte und für einen Bau irgendwo anders lediglich den Zeitwert, der natürlich dann deutlich geringer ist. Das KTH Kornstraße war ja auch schon ein relativ altgedientes Kindertagesheim.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben selbstverständlich unter anderem auch sofort Kontakt mit der Versicherung aufgenommen, also nicht wir, das war in diesem Fall sicherlich die GBI. Die Gespräche mit der Versicherung sind noch nicht abgeschlossen, insofern kann ich jetzt, was die Versicherung betrifft, noch keine abschließende Stellungnahme abgeben. Eine Versicherungsleistung ist aber natürlich vereinbart worden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt, wir werden im August den Entscheid auf den Tisch bekommen, ob es einen Wiederaufbau an gleicher Stelle geben soll oder eine Alternativlösung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Spätestens im August, wenn wir es schaffen! Ich bin sehr bemüht, dass wir auch früher schon eine endgültige Lösung vorschlagen. Wir haben hohen Zeitdruck, und wir setzen alles daran, dass wir so schnell wie möglich eine Lösung präsentieren können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Zur Bauausschusssitzung am kommenden Donnerstag: Werden wir bis dahin schon die Information seitens der Versicherung haben, ob sich das mit dem Neu- und Zeitwert genauso verhält wie in der Andernacher Straße oder nicht? Es ist ja eine wesentliche Information, die wir für die Entscheidung brauchen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir werden alles daransetzen, Herr Crueger, dass Sie so schnell wie möglich diese Information bekommen. Ob das am Donnerstag schon gelingt, das kann ich Ihnen heute noch nicht zusichern, aber Sie werden am Donnerstag auf jeden Fall über alles informiert, was dann vorliegt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schwarz! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Frau Senatorin, ich teile Ihre Meinung, dass insbesondere die Erzieherinnen unglaublich viel leisten, aber auch andere ehrenamtlich Tätige sind da sehr aktiv. Sehen

Sie eine Möglichkeit, diesen Einsatz in irgendeiner Weise zu honorieren, wobei ich nicht finanzielle Möglichkeiten meine?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Selbstverständlich! Wir sind auch in sehr engem Kontakt mit der Kita und mit den Kräften vor Ort, und es gibt ganz viele mögliche Sponsoren, die sich bei uns melden und sagen, wir möchten gern helfen. Allein das ist ja schon ein sehr großes Zeichen von Wertschätzung. Aber wir überlegen uns seitens des Senats selbstverständlich auch, wie wir das tolle Engagement anerkennen.

(Abg. Frau Schwarz [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Überlastung der Bürger-Service-Center nach Schließung der Meldestellen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie lange sind die durchschnittlichen Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger ohne angemeldeten Termin in den Bürger-Service-Centern, BSC, Pelzerstraße und Stresemannstraße nach Schließung der letzten Meldestellen in den Stadtteilen?

Zweitens: Wie lange müssen die Bürger und Bürgerinnen gegenwärtig durchschnittlich bei einer vorherigen Terminabsprache auf einen Termin in den beiden BSC warten, wenn sie Melde-, Kfz- oder andere Angelegenheiten aus dem Angebotspektrum der BSC erledigen müssen?

Drittens: Sieht der Senat die BSC nach Schließung aller übrigen Meldestellen in der Lage, die anstehenden Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen in angemessener Zeit und mit dem angekündigten Bürgerservice zu erfüllen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Bürger-Service-Center Mitte beträgt die Wartezeit für Bürgerinnen und Bürger, die keinen Termin vereinbart haben, zurzeit zwischen 30 und 70 Minuten. Die Wartezeit wird sich aber infolge zusätzlich eingerichteter Serviceplätze auf der erst seit dem 4. Juli 2006 zur Verfügung stehenden Erweiterungsfläche in der vierten Etage noch reduzieren. Im Service-Center Stresemannstraße des Stadtamtes sind an den ersten durchgängig geöffneten Montagen nach der Schließung der Meldestellen jeweils über 500 Bürgerinnen und Bürger bedient worden, wodurch die nicht im einzelnen erfassten Wartezeiten erheblich über dem Durchschnitt lagen. Hierauf wird nach Abschluss der Aufbau- und Entwicklungsphase und der dann möglichen verlässlichen Erkenntnisse über die Entwicklung der Publikumsströme durch entsprechende Steuerungsmaßnahmen reagiert werden.

Zu Frage zwei: Im Bürger-Service-Center Mitte beträgt die Wartezeit zurzeit acht bis zwölf Tage, im Service-Center Stresemannstraße zirka eine Woche, für aufwendigere Angelegenheiten wie Besuchereinladungen bis zu drei Wochen. Eilfälle werden jedoch immer kurzfristig gelöst. Das Angebot zur Terminvereinbarung wird inzwischen sehr gut angenommen und soll perspektivisch weiter ausgebaut werden. Zur Unterstützung der steigenden Terminnachfrage wird es voraussichtlich erforderlich sein, das inzwischen an Belastungsgrenzen stoßende Datenverarbeitungsverfahren durch ein leistungsfähigeres zu ersetzen.

Zu Frage drei: Ziel ist es, durch die Neustrukturierung des Bürgerservices ein an den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger orientiertes verlässliches und bedarfsgerechtes Serviceangebot an Verwaltungsdienstleistungen mit verbindlichen und nachfrageorientierten Öffnungszeiten einzurichten. Der Senat geht davon aus, dass dieses Ziel entsprechend des vom Senat beschlossenen BSC-Konzepts nach Abschluss der noch andauernden Aufbau- und Entwicklungsphase durch die Bündelung der vorhandenen personellen, technischen und räumlichen Kapazitäten und die dadurch eintretenden Effizienzgewinne realisiert wird.

Darüber hinaus wird das BSC-Konzept ständig fortentwickelt. Derzeit wird ein Pilotverfahren zur Einrichtung eines mobilen Bürgerdienstes vorbereitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, würden Sie mir zustimmen, dass die von Ihnen genannten Wartezeiten vor allen

Dingen angesichts dessen, dass man in den kleinen Meldestellen in den Ortsämtern früher relativ problemlos sofort an die Reihe kommen konnte, seinen Ausweis verlängern konnte, eher einen Rückschritt als einen Fortschritt in Richtung Bürgerservice darstellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Nein, diese Auffassung teile ich nicht!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Zusatzfrage lautet: Warum teilen Sie nicht diese Auffassung und mit welcher Begründung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ach so, das hatte ich aus Ihrer Frage nicht herausgehört! Ich teile diese Auffassung nicht. Es stimmt, dass wir durch die Entwicklung in den Meldestellen, die früher den Bürgerservice erledigt haben, ganz unterschiedliche personelle Ausstattungen hatten. Es gab sicherlich einige Bereiche, in denen eine zügige Bearbeitung sichergestellt war, weil die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich geringer war. Trotzdem glauben wir, dass wir insbesondere durch das Terminmanagement zu einer sehr servicefreundlichen Bearbeitung kommen können. Die langen Wartezeiten haben wir vornehmlich in den Bereichen, wo die Menschen ohne Terminankündigung im Bürger-Service-Center erscheinen. Unser Wunsch ist es, dass sich möglichst viele Menschen - wie sie das auch privat beim Arzt, beim Zahnarzt, beim Anwalt und an anderer Stelle tun - auch vom Bürger-Service-Center einen Termin geben lassen. Dann sind Wartezeiten perspektivisch vermeidbar.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist das, was Sie für das zweite von den beiden übrig gebliebenen Bürger-Service-Centern in der Stresemannstraße schilderten, nämlich den Run - Sie hatten, glaube ich, von 500 Menschen gesprochen, die da am Montag dann vor der Tür stehen -, dadurch zu erklären, dass besonders im Osten und im Süden der Stadt jetzt die Meldestellen geschlossen worden sind, so dass sich jetzt die Leute offensichtlich auf das Bürger-Service-Center Stresemannstraße orientieren? Sie haben ganz allgemein, das vielleicht gleich noch dazu, davon gesprochen, dass es da zu Optimierungen kommen soll. Wie soll man sich den Prozess mit dem

vorhandenen Personal und sonstigen Ressourcen vorstellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Anders als im Bürger-Service-Center Mitte war es bisher in den Meldestellen nicht üblich, sich Termine geben zu lassen, um Meldeangelegenheiten zu erledigen. Das führt dazu, dass die Menschen zurzeit gewohnheitsmäßig einfach nach ihren Bedürfnissen orientiert zu den Öffnungszeiten im Service-Center Stresemannstraße erscheinen. Wir hoffen, dass wir nach Einrichtung eines Terminmanagements hier auch zu erheblichen Verbesserungen gelangen werden.

Darüber hinaus ist es so, dass wir auch bei den Öffnungszeiten bisher noch nicht den Servicecharakter haben, den wir uns vorgenommen haben. Auch für das Service-Center an der Stresemannstraße soll gelten, dass es generell erreichbar ist, wenn in der Stresemannstraße Betrieb ist. Dazu ist es allerdings erforderlich, dass wir auch hinsichtlich Datenverarbeitung und Serviceumfang noch diverse Schulungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchführen. Das muss kompetenzmäßig noch aufgebaut werden. Aber wir glauben, dass wir perspektivisch auch am Service-Center Stresemannstraße den gleichen Standard sicherstellen können wie am Bürger-Service-Center Mitte.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn Sie jetzt, so interpretiere ich das einmal, sagen, das ist in der Stresemannstraße noch eine Übergangsphase, wie lange würden Sie diesem Bürger-Service-Center zugestehen, bis wir dann beurteilen können, ob tatsächlich der versprochene Bürgerservice eintritt oder nicht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: So kurz wie möglich, aber so lange wie nötig!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich das richtig verstanden, dass die Menschen sich erst einmal auf die zurzeit dort herrschenden Umstände einstellen müssen, das heißt auf ziemlich lange Wartezeiten, wie Sie das eben geschildert haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Wir können weiterhin jedem Bürger empfehlen, der eine Meldeangelegenheit erledigen will, was er ja in der Regel relativ langfristig vorher weiß, bei seinen Ausweisdokumenten kann er das zehn Jahre im Voraus planen, bei Umzügen ist es auch eher die Ausnahme, dass die innerhalb von acht Tagen stattfinden, das Terminmanagement zu wählen, da wird er innerhalb von einer Woche versorgt. Ich finde, das ist ein gutes Dienstleistungsangebot. Unabhängig davon werden wir an weiteren Optimierungen arbeiten, und zwar so schnell es geht.

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage durch die Kollegin Frau Schwarz! - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Herr Bürgermeister, ich möchte gern wissen: Wissen Sie, wann Ihr Ausweis abläuft?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ja, mein Ausweis läuft ab am 11. Juni 2016.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich weiß es aber nur deshalb, weil ich meine Ausweisdokumente gerade in diesem Jahr beide zum gleichen Stichtag erneuert habe.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Streik in den kommunalen Kliniken**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Höhe rechnet der Senat mit Einnahmeausfällen und gegebenenfalls Verlusten in den vier kommunalen Kliniken durch den Streik der Ärzte?

Zweitens: Auf welche Weise gedenkt der Senat, diese Einnahmeausfälle und Verluste zu kompensieren?

Drittens: Wann rechnet der Senat mit einem Ende des Streiks, und wann wird der Senat diesbezügliche Gespräche mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband aufnehmen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die auf den Streik zurückzuführenden Einnahmeausfälle, aber auch die streikbedingten Personalminderausgaben lassen sich zurzeit noch nicht beziffern, da entsprechende Angaben aus den betroffenen Krankenhäusern noch nicht vorliegen und der Streik noch andauert.

Bei längerer Streikdauer werden gravierende Auswirkungen auf die Jahresergebnisse zu erwarten sein, die nur durch zusätzliche Sparmaßnahmen in den Krankenhäusern, unter anderem durch Stellenabbau, aufgefangen werden können und die die Notwendigkeit grundsätzlicher Umstrukturierungen unterstreichen.

Ob und inwieweit die gesetzlichen Vorschriften über den Ausgleich von Mindererlösen greifen, wird zu gegebener Zeit mit den Kostenträgern zu verhandeln sein.

Gegenwärtig ist ein Ende des Streiks nicht vorherzusagen. Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber, VKA, und der Marburger Bund als Ärzte-Interessenvertretung haben sich zu Verhandlungen verabredet, deren Ergebnis abzuwarten ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Gleich zu Frage drei, da ist uns natürlich ein Fehler passiert. Im zweiten Teil der dritten Frage hätte es heißen müssen: Wann wird der Senat diesbezügliche Gespräche mit dem Marburger Bund aufnehmen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Gar nicht! Wir haben den Kommunalen Arbeitgeberverband. Der Kommunale Arbeitgeberverband, wie Sie wissen, verhandelt zurzeit mit dem Marburger Bund, und wir sind Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Dennoch natürlich die Frage, es geht ja darum, vielleicht die Kommunikation mit dem Marburger Bund herzustellen. Wir befinden uns ja in einem ziemlich schwierigen Prozess. Wäre es nicht denkbar, dass man individuelle Lösungen findet? Es geht ja

nicht um Verhandlungen mit dem Marburger Bund, sondern um eine Kommunikationsebene.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit individuellen Lösungen meinen. Ich habe zum Beispiel eine Kommunikationsebene herstellen dürfen, indem ich hier vor dem Haus der Bürgerschaft mit streikenden Ärzten kommuniziert habe. Wenn Sie das meinen, dann gibt es sie. Ich weiß allerdings nicht, was Sie jetzt mit individuellen Lösungen meinen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Diese Kommunikationsebene meinte ich natürlich nicht!

Sie haben in der Antwort gesagt, dass Sie keine Größenordnung im Hinblick auf die Einnahmeausfälle nennen können. Ist es nicht so, dass man eigentlich nur die elektiven Eingriffe, die man nicht ausführt, zusammenzählen muss, um auch eine Hausnummer zu haben, was pro Tag an Erlösen verloren geht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Es ist so, dass in den Häusern an jedem Tag zusammengestellt wird, was an Einnahmen und Verlusten da ist. Es muss aber natürlich auch jeden Tag gemeldet werden, welcher Arzt wo wie lange streikt. Das muss zusammengetragen werden, da sind die Häuser auch jeweils zeitnah dabei, das ist keine Frage. Auf der anderen Seite müssen wir auch sehen, was wir an Personalminderausgaben haben, denn wir haben hier eine Streiksituation. Ich habe hier auch ganz deutlich gegenüber den Geschäftsführungen gesagt, dass hier genauso mit den Ärzten umzugehen ist, wie wir das mit dem Kita-Streik durch ver.di vollzogen haben, als wir auch sehr sorgfältig durch die Leitungskräfte haben melden lassen, welche Mitarbeiterin und welcher Mitarbeiter streikten. Das wird erfasst. Wir werden auch dann, sobald die Streiks beendet sind, eine Auswertung der Einnahmeverluste und der Personalminderausgaben haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Der Streik ist ja unbefristet, also wir haben auf jeden Fall definitiv 14 Tage noch den Streik. Ich habe bei drei verschiedenen Stellen angerufen. Man beziffert das aus den Häusern mit zwischen 150.000 und 200.000 Euro pro Tag. Das ist in 14 Tagen schon

eine ordentliche Summe, die zusammenkommt. Halten Sie die Größenordnung für wahrscheinlich?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich halte sie für wahrscheinlich. Es kommt darauf an, wie lange der Streik noch dauert und wie viele Mitarbeiter sich jeweils an dem Streik beteiligen. Das ist eine schwierige Belastung für die Krankenhäuser, das ist gar keine Frage. Das macht mir auch große Sorgen. Wir wissen beide jetzt nicht, wie lange der Streik noch dauern wird, insofern können wir nur hoffen, dass er dann zu einem schnellen Ende kommt. Aber ich hoffe als Arbeitgeberin auch, dass er dann unter Bedingungen zu einem Ende kommt, die unsere Krankenhäuser langfristig nicht so belasten, dass wir dann noch schwierigere Situationen haben. Eine Vereinbarung, die sehr stark hier die Krankenhäuser nicht nur in Bremen belastet, ist für alle kommunalen Krankenhäuser eine ganz schwierige Herausforderung.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Genau vor diesem Hintergrund, weil das ja aktuell wirklich eine ganz brisante Situation ist, wir befinden uns ja nun wirklich in schwierigen finanziellen Nöten, noch einmal die Frage: Die Kommunikation mit dem Marburger Bund könnte doch unter Umständen auch irgendein Signal ergeben oder mindestens Sie in eine Situation versetzen, dass Sie eine bestimmte Position im VKA vertreten könnten. Welche Position vertreten Sie im VKA?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Erstens, ich bin nicht selbst im VKA vertreten, sondern der Senat über den Finanzsenator. Der Finanzsenator vertritt im VKA die Position, die ich gerade genannt habe, dass es für die Krankenhäuser nicht eine dauerhafte, langfristig nicht tragfähige Belastung werden darf. Aber der Finanzsenator ist eben nur ein Partner im Kommunalen Arbeitgeberverband.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Meine Damen und Herren, inzwischen wurde nachträglich interfraktionell vereinbart, den Ta-

gesordnungspunkt sechs, es handelt sich hierbei um das Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuerergesetzes, heute doch noch zu behandeln.

Meine Damen und Herren, wer dafür ist, den Tagesordnungspunkt sechs wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, es ist so bestätigt.

(Einstimmig)

Ich werde die Mitteilung des Senats als Tagesordnungspunkt sechs dann aufrufen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Grundstücksverkauf Bredenplatz.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die Politiker sind wohl nicht ganz dicht“, so lautete heute eine Überschrift in der „Nordsee-Zeitung“, und, meine Damen und Herren, gemeint damit waren Sie von der großen Koalition.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Weil Sie keine Politiker sind!)

Diesen Satz hat ein Bremerhavener Hotelier gesagt, und er bezog sich damit auf den Hotelbauboom in beiden Städten, Bremen und Bremerhaven, Hotels, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Am vergangenen Freitag hat der Haushalts- und Finanzausschuss gegen die Stimmen der Grünen dem Verkauf des Grundstücks am Bredenplatz an die Bietergemeinschaft Grosse-Zechbau zugestimmt. Aus grüner Sicht ist der Verkauf dieses Grundstücks das vorläufige Ende eines Vergabeverfahrens, das bis heute etliche Fragen hinsichtlich seiner Transparenz und Chancengleichheit offen lässt, und es ist auch gleichzeitig das Ende einer millionenschweren Hotelförderung, die schon längst hätte beendet werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da rühmt sich doch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Herr Liess, in seiner Presseerklärung vom 4. Juli, dass die Hotelförderung nun endlich der Vergangenheit angehöre! Wohl gemerkt, die zukünftige Betreibergruppe des Hotels am Bredenplatz kann noch einmal tief in die Taschen der Hotelförderung greifen. Erst danach ist Schluss mit der Subventionierung des immer gleichen Bremer Hotelbauers Zech. Wir sind der Auffassung, dass dies für die Stadt Bremen nicht gut ist, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

1,9 Millionen Euro Hotelförderung sind schließlich kein Pappenstiel. Es erhebt sich nicht nur die Frage, ob wir mit dieser Hotelförderung der letzten Jahre nicht dazu beigetragen haben, dass in Bremen ein großes Überangebot an Hotelkapazitäten entstanden ist, sondern vor allem erhebt sich für uns die Frage, ob die Gewährung staatlicher Beihilfen EU-konform ist. Aus diesem Grund haben wir für zwei Hotels der Zech-Gruppe, das Hotel, das zurzeit in Bremerhaven gebaut wird, und das Hotel an der Rennbahn, Beschwerde bei der EU eingelegt, weil wir glauben, dass hier diese Art der Subventionierung nicht mit EU-Recht übereinstimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gefördert werden sollen nämlich kleine und mittlere Unternehmen. Wir haben erhebliche Zweifel, ob es sich bei der Zechbau-Unternehmensgruppe um ein kleines oder mittleres Unternehmen handelt. Diese Zweifel, meine Damen und Herren, haben wir auch für das zukünftige Hotel am Bredenplatz. Diese millionenschwere Hotelförderung der vergangenen Jahre ist aus unserer Sicht auch eine Folge eines Tourismuskonzepts, das einseitig auf Großevents à la Space-Park, à la Musical und à la Rennbahn gesetzt hat. Sie haben mit größtenwahnsinnigen Tourismuszahlen operiert,

und einhergegangen ist das mit größtenwahnsinnigen Summen an Hotelförderung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit beiden Dingen haben Sie der Stadt, dem Standort Bremen nichts Gutes zugefügt. Wir glauben, dass hier ein großer Schaden für den Standort Bremen eingetreten ist. Dass Sie sich jetzt endlich aus der Geldverschwendung verabschieden, ehrt Sie nicht, denn dies war mehr als überfällig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun komme ich zum Vergabeverfahren selbst! Auch dieses war alles andere als ein Vorbild für Transparenz und Chancengleichheit zwischen unterschiedlichen Bietern. Über dieses Verfahren haben wir vor einem Jahr hier ausführlich in der Bürgerschaft debattiert. Damals waren wir uns noch ziemlich einig mit der SPD, dass alle verbliebenen Mitbieter noch einmal eine Chance haben müssten. Deshalb war es unser Antrag, das Grundstück am Bredenplatz neu auszuschreiben. Diesen Antrag haben Sie damals nicht abgelehnt, liebe Kollegen von der SPD! Nein, Sie haben ihn in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen, weil mein Kollege Sieling damals sehr wohl mit mir der Meinung war, dass das bis dahin abgelaufene Vergabeverfahren viele Fragen offen gelassen hat. Dieser Antrag wurde dann im Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Es wird immer noch Ihr Geheimnis bleiben, warum Sie unserem Antrag nicht gefolgt sind.

Fakt ist, dass Weser-Wohnbau sich schon damals als Mitbieter zu Unrecht benachteiligt fühlte,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Es konnten sich alle Bieter noch einmal bewerben!)

und bezweifelte, dass die freihändige Vergabe an Zech/Grosse überhaupt rechtmäßig gelaufen ist. Die durch Weser-Wohnbau vertretene Marriott-Gruppe hat jetzt ihr Angebot am 4. Mai von 2,5 auf 2,6 Millionen Euro erhöht. Sie wäre damit aus heutiger Sicht Meistbietende. Der Senat hat die Angebotsverbesserung zurückgewiesen und bleibt bei seiner Entscheidung zugunsten der Atlantik-Gruppe, vertreten durch Grosse/Zech. Die Marriott-Gruppe wiederum ist der Auffassung, dass verschiedene Verfahrensfehler vorliegen, und will das Verfahren durch einen Vergaberechtler überprüfen lassen. Sie will dieses Verfahren auch vom Landesrechnungshof überprüfen lassen. Der Streit um den Bredenplatz geht also weiter.

Wir können nur sagen, sowohl das bisherige Verfahren als auch die Hotelförderung sind kein Aushängeschild für Bremen. Es hat doch offensichtlich den Anschein, dass auswärtige Bieter bei dieser Gemengelage, bei der den Zuschlag immer ein und dieselbe Unternehmensgruppe erhält, keine Chance haben. Dass es hier um einen fairen Wettbewerb geht, das wollen Sie uns nicht ernsthaft einreden wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kern für uns Grüne ist, dass der Bredenplatz nicht noch einmal neu ausgeschrieben wurde. Wir sagen aus heutiger Sicht: selbstverständlich ohne Hotelförderung! Dann kann man überhaupt erst sehen, wie die Lage am Markt ist und ob ein zusätzliches Hotel in dieser Stadt überhaupt eine Chance hat, ohne dass man mit Millionen den Unternehmen unter die Arme greift, meine Damen und Herren. Da glauben wir, dass dieser Platz auch in Zukunft ein leerer Platz bleiben würde, weil es sich eben nicht rechnet, weil Bremen genug Hotelkapazitäten hat, weil die Hotels, die Bremen hat, schon jetzt nur zu 38 Prozent ausgelastet sind. Ein neues Hotel, das ist doch ganz eindeutig, vergrößert die Kapazitäten, die heute durch Ihre Pöppelung durch die unsägliche Hotelförderung schon völlig überdimensioniert sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben zweimal die Chance vertan, einen Schlusstrich zu ziehen. Sie haben sie damals vertan, als wir hier über die unsägliche Hotelförderung des Hotels in Bremerhaven debattiert haben. Sie haben sie jetzt wieder vertan. Wenn Herr Schlüter, der Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes, Dehoga, Ihre Politik als grenzwertig bezeichnet, meine Damen und Herren, dann sagen wir Grünen, damit hat er Recht! Sie haben dieser Stadt mit Ihrer Politik der Hotelpöppelung Schaden zugefügt. Wir hoffen, dass endlich damit Schluss ist, und zwar in beiden Städten, in Bremen und auch in Bremerhaven. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, bei dem, was Frau Krusche hier so dargestellt hat, ist es vielleicht doch noch einmal notwendig, auf den

Ablauf hinsichtlich des Bredenplatzes zu sprechen zu kommen. Ich muss vielleicht noch einmal daran erinnern, dass wir zunächst eine beschränkte Ausschreibung im November 2001 hatten. Diese hat zu einem Zuschlag einer Baubetreuungsgesellschaft geführt, die dann zwei Jahre lang versucht hat, einen Betreiber für das Hotel zu finden. Das Ergebnis war, dass genau dies nicht gelungen ist. Beide Vertragspartner, sowohl die BIG als auch die Baubetreuungsgesellschaft, sind vom Vertrag zurückgetreten, und es hat eine erneute Ausschreibung gegeben.

Die BIG hat dann berichtet, dass sie mit dem einen der hier auch genannten Bieter, dem ersten Bieter, zu einem Ergebnis gekommen sei. Dies hat auch zu Auseinandersetzungen in der Stadtbürgerschaft geführt, wie Frau Krusche gesagt hat. Daraufhin ist es zu einer Neubewertung gekommen, und alle bisher an dem Verfahren beteiligten Bieter sind mit der Bitte angeschrieben worden, erneut Stellung zu nehmen. Wo das nun nicht transparent ist, Frau Krusche, das müssen Sie auch einmal deutlich sagen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Im Übrigen, da mich das an dieser Stelle sowieso gleich mit aufregt, finde ich es schon eine ziemliche Unterstellung, wenn Sie uns hier die Vorteilnahme für eine Gruppe unterstellen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich darf dann in der Historie einmal weitergehen! Es ist so gewesen, dass der eine Bieter ein Angebot vorgelegt hat, der andere ein höheres Angebot vorgelegt hat, allerdings nicht alle Bedingungen erfüllt hatte. Von daher kam man zu dem Ergebnis, dass hier der erste Bieter zum Zuge kommen sollte, der aber darauf hinwies, dass, da nun schon die Dinge alle in der Presse bekannt waren, hier ein Nachteil für ihn entstanden sein könnte.

Daraufhin kam es zu einem weiteren Anschreiben der Beteiligten. Sie wurden wieder angeschrieben, es wurde eine Frist gesetzt, es fand am 20. Januar eine protokollierte Submissionsverhandlung statt, und dort war eindeutig klar, dass der jetzt auch favorisierte Bieter das bessere Angebot abgegeben hat. Das liegt nicht nur daran, dass er zu diesem Zeitpunkt das höhere Angebot, das von Geoinformation ermittelte Angebot, vorgelegt hatte, sondern er war auch bereit, die gestellten Bedingungen, insbesondere auch die Dekontamination des Geländes, mit zu bezahlen, wozu der andere nicht bereit war. Bei dem anderen war irgendwie auch nicht klar, wie bei einer gleich bleibenden Zimmerzahl von 176 plötzlich die Anzahl

* Vom Redner nicht überprüft.

der Arbeitskräfte von 45 auf 75 steigen konnte. Auch dies war nicht plausibel, insofern war die Entscheidung gerechtfertigt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn jetzt der unterlegene Bieter vier Monate später, nach der Submission, Zahlen vorlegt, dann frage ich Sie: Wann soll denn ein Vergabeverfahren abgeschlossen sein? Bis wir irgendwann in 15 Jahren das letzte Angebot haben? Das kann irgendwie nicht die Lösung sein, sondern Verfahren müssen wir auch zum Abschluss bringen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich komme zu der Frage der Hotelförderung! Ich glaube, Sie blenden ziemlich aus, dass das selbstverständlich etwas mit Tourismus zu tun hat. Wenn Sie hier schon Herrn Schlüter von der Dehoga zitieren, dann darf ich vielleicht, mit Genehmigung des Präsidenten, einmal aus der „Nordsee-Zeitung“ zitieren, dass dort gesagt wird, die Geschäfte liefen so schon schlecht genug, da es noch immer nicht gelungen sei, die Stadt für Tagestouristen attraktiv zu machen, und der Bezug ist Bremerhaven. Sie kennen doch die Zahlen für Bremen. Sie wissen doch, dass wir für Bremen seit zwölf Jahren steigende Zahlen haben. Das heißt, wir haben hier auch einen bestimmten Bedarf gehabt, und insofern haben wir diesen Bedarf auch befriedigt. Ich finde es eigentlich fatal, dass Sie diesen Punkt schlichtweg so negativ ausblenden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, als das Gesamtverfahren angefangen hatte, war es selbstverständlich so, dass wir eine Förderung nach dem Landesinvestitionsprogramm hatten, und jeder hat das Recht, sich nach dem Landesinvestitionsprogramm, wenn er den Kriterien Genüge tut, zu bewerben. Es steht nicht in dem Gesetz, dass Herr Zech sich nicht bewerben kann.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Von daher hat das auch etwas mit Vertrauensschutz zu tun. Es hat mit Vertrauensschutz zu tun, dass wir die rechtlichen Gegebenheiten, die wir anbieten, auch allen gewähren, dass wir das vorurteilsfrei tun und darauf blicken, dass wir hier insgesamt unsere Wirtschaftskraft stärken.

Ich komme zu der Frage der EU-Konformität! Frau Krusche hat eben vom Glauben gesprochen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage - Glocke)

Einen Satz noch! Sie hat vom Glauben gesprochen und hat gesagt, die EU-Kommission wolle prüfen. Wir glauben etwas anderes, setzen in die Fachkompetenz des Wirtschaftssenators, und nun wollen wir einmal schauen, was letztlich dabei herauskommt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Liess, ich habe nur geklingelt, weil eine Zwischenfrage da war. Sie waren noch nicht am Ende Ihrer Redezeit. - Bitte schön, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielleicht habe ich somit sogar dazu beigetragen, Ihre Redezeit um ein Stück zu verlängern. Herr Kollege Liess, würden Sie uns zur Erhellung des Umstandes, über den Sie gerade gesprochen haben, mitteilen, wie viel Prozent der insgesamt in Bremen gezahlten Hotelförderung in den Aufbau der sechs neuen Hotels der Atlantik-Hotel-Gruppe geflossen sind?

Abg. **Liess** (SPD): Nach den Zahlen, die mir bekannt sind, Herr Güldner, nun mag es aber sein, dass es nicht die richtigen Zahlen sind, sind in den Jahren 2000 bis 2005 8,9 Millionen Euro in Bremen an Hotelförderung gezahlt worden, 6,9 Millionen Euro nach Bremerhaven. Aufgeschlüsselt nach Standorten kann ich es Ihnen nicht beantworten.

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine weitere Zwischenfrage beantworten? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Haben Sie uns damit mitgeteilt, dass der überwiegende Anteil der überhaupt gezahlten Förderung für Hotelneubauten und Hotelumbauten in den Aufbau dieser sechs Hotels, fünf in Bremen und eines in Bremerhaven, der bereits erwähnten Investoren der Atlantik-Hotel-Gruppe geflossen ist, so dass man mitnichten davon sprechen kann, dass wir insgesamt eine breit gefächerte Hotelförderung hatten, sondern wir hatten die Förderung einer neu entstehenden Hotelgruppe? Ist das richtig?

Abg. **Liess** (SPD): Herr Güldner, ich kann Ihnen nicht sagen, an wen das im Einzelfall ausgezahlt worden ist. Insofern kann ich Ihre Frage weder bestätigen noch dementieren.

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie noch eine weitere Zwischenfrage stellen? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Nur eine Feststellung! Ich glaube, die darf ich auch machen. Das ist schade, dass Sie das als Mitglied der Wirtschaftsdeputation und der Wirtschaftsförderungsausschüsse nicht wissen. Aber sei es nun darum!

Abg. **Liess** (SPD): Vielleicht lassen Sie mich dann auch noch eine Anmerkung machen! Ich darf einmal darauf aufmerksam machen, dass wir beliebene Gesellschaften des Landes haben, die daraufhin auch die jeweiligen Förderungen vornehmen. Es ist eigentlich nicht der Normalfall, dass die Parlamentarier wissen, an wen diese Gelder gegangen sind. Auch das, glaube ich, gehört zum parlamentarischen Stil.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte vielleicht noch einen Punkt sagen, der im Grunde genommen die Millionenbeträge, die ich eben genannt habe, insgesamt relativiert. Es wird von einer großenwahn sinnigen Verschwendung bei der Hotelförderung gesprochen. Wenn Sie sich anschauen, dass Sie in fünf Jahren insgesamt eine Förderung von 8,9 Millionen haben, kann ich nicht finden, dass dies eine großenwahn sinnige Verschwendung ist. Ich kann es auch insbesondere für die Stadt Bremen, ich sage jetzt einmal bewusst für die Stadt Bremen, nicht finden. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir in diesem Zeitraum auch einen aufblühenden und weiter voranschreitenden Messebetrieb gehabt haben, der dazu geführt hat, dass wir insgesamt mehr Besucher in diese Stadt bekommen haben. Insofern war es gerechtfertigt, die Hotelförderung zu betreiben, genauso wie es jetzt gerechtfertigt ist, die Hotelförderung einzustellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Kollege Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns heute über den Bredenplatz unterhalten, aber es hat sozusagen heute wieder einmal einen gewissen Höhepunkt erreicht, denn ich finde, Frau Krusche, das ist das klassische Beispiel dafür, wie man Wirtschaftspolitik in Bremen nicht machen darf.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finden wir auch!)

Sie haben hier lauter Diffamierungen von sich gegeben, Herr Dr. Güldner hat das eben noch einmal bestätigt mit einer Frage, die ein bestimmtes Unternehmen betrifft. Dabei wissen Sie ganz genau, Sie waren seit 2001 von Anfang an in dem Beratergremium dabei,

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Über die Architektur!)

dass der Zuschlag gar nicht an die Zech-Gruppe gegangen ist, sondern an Peter Riggers. Jetzt wird daraus ein Konstrukt gemacht, weil Sie wieder jemanden finden wollen, dem Sie eines überbraten können. Das, finde ich, ist völlig unmöglich und gehört überhaupt nicht in die Öffentlichkeit, vor allen Dingen nicht mit solchen Namen, denn Sie wissen, dass Sie hier teilweise völlig verkehrte Dinge vertreten haben, die nicht stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch nicht so, dass Herr Zech allein die Investitionsförderung beantragt, der Investor schon gar nicht, sondern die Betreiber bekommen die Förderung.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wer ist der Betreiber?)

Genauso wie der Betreiber in diesem Fall eine Förderung beantragt hat, hat er das bei Weser-Wohnbau auch gemacht. Das ist die Marriott-Gruppe, die das betreiben soll, und das wird auch eine Betreibergesellschaft. Sie hat genau die gleiche Förderung beantragt. Sie sollten aufhören, hier mit Namen zu agieren bei solch sensiblen Themen. Vor allen Dingen, wenn Sie das tun, dann sollten Sie auch die Wahrheit sagen und das ehrlich sagen.

Herr Liess hat dankenswerterweise schon einmal die ganze Entwicklung von 2001 bis zum Jahr 2006 aufgezeigt. Frau Krusche, Herr Dr. Sieling und ich haben ja in diesem Beratergremium gesessen, das das von Anfang bis Ende begleitet hat.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Am Ende nicht mehr! Die letzten drei Monate nicht mehr!)

Die letzten Monate haben wir es dann aus dem Haushaltsausschuss heraus gemacht. Aber ich finde, wir haben, obwohl es teilweise ja wirklich unterschiedliche Auffassungen gab, alle bis zum Ende durchgehalten. Nachdem das Grundstück zurückgegeben war, ist mit einem wieder verhan-

* Vom Redner nicht überprüft.

delt worden, dann ist das Verfahren wieder aufgemacht worden. Alle sind befragt worden, einer hat sich gar nicht gemeldet, der andere hat abgefragt, und der Dritte hat gesagt, er will ein Angebot abgeben. Er hat eines abgegeben, und es ist rechtlich überprüft worden.

Wir haben einen Submissionstermin auf Vorschlag des jetzt Unterlegenen am 20. Januar 2006 gemacht. Es sind zwei Angebote abgegeben worden. Es war eindeutig, die Bedingungen sind von dem einen voll anerkannt worden, von dem anderen sind sie nur teilweise anerkannt worden. Anschließend ist es zu einer Entscheidung gekommen. Vier Monate nach dieser Entscheidung kommt der andere Bieter wieder auf die Idee, sein Angebot zu erhöhen! Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein. Hätten wir etwas schneller gearbeitet, wäre das Grundstück wahrscheinlich im April verkauft worden. Es ist völlig absurd, das jetzt so darzustellen, dass es einem bestimmten Interessenten zugeschoben werden sollte. Das Verfahren ist eindeutig und klar abgewickelt worden.

Zum Thema Hotelförderung kann man doch auch nur noch einmal sagen, mit dieser Förderung von 1,9 Millionen Euro - wenn sie denn überhaupt gewährt wird, der Antrag muss ja erst einmal beschieden werden, das muss ja auch untersucht werden, und es wird ja auch nicht immer die Höchstgrenze an möglichen Förderungen gezahlt - werden aber 16,5 Millionen Euro privates Investment ausgelöst, plus Kaufpreis, der ja in der Investitionsberechnung nicht enthalten ist. Man kann also sagen, wir haben 1,9 Millionen Euro ausgegeben, um 18 Millionen Euro Privatinvestment zu generieren. Das ist meines Erachtens doch auch immer ein sehr guter Wert, insbesondere wenn man bedenkt, was das alles nach sich ziehen wird. Deswegen haben wir ja vor einigen Jahren, weil wir den Tourismus stärken wollten, weil wir auch die Hotelkapazitäten verbessern wollten, weil wir den Wettbewerb verbessern wollten, dieses Investitionsprogramm aufgelegt.

Es ist ja nicht so, dass wir die Einzigen sind. In allen möglichen anderen Bundesländern werden auch Hotels gefördert, das ist eine ganz normale Angelegenheit. Deswegen finde ich es außerordentlich interessant, dass wir jetzt ja am 5. Juli, als wir im Haushalts- und Finanzausschuss darüber gesprochen und zur Kenntnis genommen haben, dass die Wirtschaftsdeputation und auch der Senat gesagt haben, wir wollen jetzt keine Förderung mehr, wir haben das jetzt jahrelang gemacht. In Bremen hat es auch einen Aufschwung gegeben, wir haben die Tagesgäste, wir haben die Übernachtungsgäste, wir haben das Messegeschäft ausgebaut, das hat sich gelohnt.

Im Übrigen, Frau Krusche, ist kein altes Hotel pleite gegangen, im Gegenteil. Sie haben sich alle beflügelt gefühlt zu investieren und haben dabei etwas für die Stadt viel Besseres gemacht. Deshalb werden sie wahrscheinlich mit Übernachtungen auch mehr angelaufen. Meistens ist es so, dass Konkurrenz das Geschäft belebt, aber nicht umgekehrt.

Aber nun kommt Bremerhaven ins Spiel. Bremerhaven hat Nachholbedarf,

(Abg. Dr. Schuster [SPD]: Da müssen wir noch fördern!)

das wissen wir alle. Da muss auch noch ein bisschen mehr gemacht werden, als wir in Bremen schon getan haben. Nun haben wir leider die Förderung für Bremerhaven gleich mit aufgegeben. Das ist ja klar, wenn es ein Landesinvestitionsprogramm gibt, dann gilt das auch für Bremerhaven.

Wir haben es ja auch ganz besonders auf Wunsch des Herrn Präsidenten des Senats gemacht, dass wir die Förderung sofort eingestellt haben. Nun lese ich aber, dass Herr Böhrnsen, der Präsident des Senats, gerade einmal Bremerhaven besucht und sich dort ein bisschen umgesehen hat. Dabei hat er festgestellt, na ja, vielleicht kann man doch noch eine Ausnahme in Bremerhaven machen. Das ist ein bisschen eigenartig, aber es ist ja manchmal so, wenn man woanders hinget, dann mag man auch nicht immer gleich alles ablehnen, sondern stellt dann vielleicht irgendetwas in den Raum, was man vielleicht wieder zurückholen könnte.

Aber, meine Damen und Herren, so einfach ist das natürlich nicht. Das ist ein Landesprogramm, und wenn man das aufgibt, dann muss man es auch insgesamt aufgeben. Es gibt nicht das eine oder das andere, und schon gar nicht in einem einzigen Bundesland. Da müssen wir uns schon an die Spielregeln halten.

Dass die Förderung insgesamt etwas für Bremen bewirkt hat, das hat Herr Liess eben schon erzählt, das habe ich eben auch schon angedeutet. Dass das Vergabeverfahren in einem außerordentlich komplizierten, aber sehr gut sichtbaren Weg durchgeführt worden ist, und zwar mit einem anständigen Ergebnis, das steht auch außer Frage. Ich hoffe, dass jetzt endlich mit diesem heutigen Tag Schluss ist, dass wir bald die Abrissbirne da sehen, so dass wir diesen Bredenplatz dann bald wieder in einem schönen Licht sehen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja schon einiges gesagt worden. Was mich aber in der Debatte enttäuscht hat, ist, wie undifferenziert Sie, Frau Krusche, dieses Sachthema angegangen sind, wie undifferenziert Sie hier zum Teil mit falschen Fakten, mit falschen Zahlen ausgestattet worden sind und wie undifferenziert Sie sich hier zum Standort Bremen und Bremerhaven letztendlich bekennen.

(Abg. Focke [CDU]: Die richtigen hat sie ja, sie hat sie nur nicht genannt!)

Ich möchte die Diskussion in zwei Bereiche teilen, einmal, was das Vergabeverfahren Bredenplatz angeht, zum anderen, was die Hotelförderung generell angeht und wie sich die Entwicklung des Hotel- und Gaststättengewerbes in den vergangenen 15 Jahren vollzogen hat. Ich glaube, ein, zwei Zahlen können ganz hilfreich sein, erstens, um seinen eigenen Horizont zu erweitern, und zweitens, um dann auch zu den richtigen Schlüssen zu kommen. Wenn man nämlich den ersten Schritt nicht vernünftig abgearbeitet hat, wird der zweite Schritt nie etwas werden. Vor diesem Hintergrund gestatten Sie mir, dass ich einige Zahlen vielleicht noch einmal nenne! Frau Krusche, Sie haben sich ja gemeldet, so dass ich hoffe, dass Sie das mit aufnehmen werden.

Ich will mit der Hotelförderung anfangen! Die Zielsetzung der Hotelförderung war, im Gesamtzusammenhang des Strukturwandels den Bereich der touristischen Infrastruktur zu verbessern. Hier haben wir Nachholbedarf in den vergangenen zehn, 15 Jahren gehabt. Das bedeutet nicht nur einerseits, bei den Einrichtungen die Attraktivität, die Impulse auszulösen, sondern natürlich auch andererseits, dass, wenn die Menschen kommen, sie hier letztendlich auch bleiben. Da war immer eine Zielsetzung, die Anzahl der Übernachtungen zu verbessern, insbesondere im Messe- und Veranstaltungsbereich auch eine vernünftige Infrastruktur anzubieten. Wenn nämlich die Messe- und Infrastruktur hervorragend ist, werden die Veranstalter dann nachfragen, wie es denn mit unserer Hotellandschaft aussieht. Das ist sicherlich nicht nur eine Frage nach Bettkapazitäten, sondern letztendlich sicherlich auch nach der Qualität der Betten, meine Damen und Herren.

Hier, muss ich sagen, hat es mich auch ein wenig verwundert, was man am Samstag in der Zeitung lesen konnte. Auf Sachzahlen können diese Aussagen, obwohl ich Herrn Schlüter ja ansonsten sehr schätze, nicht beruhen. Das kann eigentlich

nur eine in den Verband gerichtete Aussage sein. Mit den Fakten kann das schlichtweg nichts zu tun haben.

(Abg. Focke [CDU]: So ist es!)

Ich möchte einmal die Zahl der Betriebe und Betten in den vergangenen 15 bis 20 Jahren darstellen, damit einmal deutlich wird, vor welchem Hintergrund wir uns bewegen. Zur Auslastung möchte ich an der Stelle deutlich machen, dass das, was gerade in den letzten sechs, sieben Jahren passiert ist, überhaupt keinen Einfluss auf die Auslastung hat. Im Gegenteil, die Auslastung ist sogar noch gestiegen.

Wir hatten im Jahr 1991 70 Betriebe und zirka 5700 Betten. Dabei ist Bettenauslastung nicht der entscheidende Punkt, entscheidend ist die Zimmerauslastung! Wenn Sie sich die modernen Hotelneubauten anschauen, dann werden Sie feststellen, es werden überhaupt keine Einzelzimmer mehr gebaut und geplant, sondern nur noch Doppelzimmer, und dann werden die entweder an eine Person oder zwei Personen vergeben. Letztendlich ist die Zimmerauslastung entscheidend, nicht aber die Bettenauslastung. Sie haben deshalb die verkehrte Bezugszahl genannt, aber darüber hinaus auch noch die verkehrte Zahl insgesamt. Aber ich komme auf die Zimmerauslastung auch gleich zu sprechen. Sie sieht im Vergleich mit anderen Standorten gar nicht einmal so schlecht aus.

Also, wir hatten 1991 70 Betriebe, 5700 Betten, Bettenauslastung ungefähr 45 Prozent. Bis zum Jahr 1995 ist es zu einem Anstieg auf 7500 Betten gekommen. Die Bettenauslastung hat 36,8 Prozent betragen. Die Zahlen haben wir in den vergangenen vier, fünf Jahren kontinuierlich steigern können. Wir haben inzwischen eine Bettenauslastung von konstant 40 Prozent, obwohl wir jetzt eine Bettenkapazität von 9000 Betten in 92 Betrieben haben.

Die Zimmerauslastung, der entscheidende Punkt, liegt bei 60 Prozent. Diese 60 Prozent sind erheblich besser als in vergleichbaren Städten wie Hannover mit einer Zimmerauslastung von 48 Prozent, Dresden, einer der attraktiven Standorte im Bereich des Städtetourismus, hat 55 Prozent und Leipzig 56 Prozent. Selbst Hamburg hat im Vergleich nur 69 Prozent. Sie kommen auch nicht an die 90 oder 100 Prozent heran, Berlin 65 Prozent, Köln 65 Prozent.

Diese Zahlen allein machen deutlich, dass anhand der Entwicklung der Bettenauslastung, aber auch anhand der Zimmerauslastung der Anstieg der Zimmer- und Bettenkapazität sich nicht nega-

tiv auf den Standort Bremen ausgewirkt hat, sondern eher positiv. Es ist zu einer höheren Auslastung der Betriebe gekommen. Daher muss der Geschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes eigentlich nicht zu dem Urteil kommen, das sei grenzwertig, sondern im Gegenteil, er muss sagen, jawohl, sie haben etwas für die Branche getan, sie haben etwas für das Hotel- und Gaststättengewerbe gemacht. Das ist eigentlich seine Aufgabe, hier an dieser Stelle auch im positiven Sinne Lobbying für seine Branche zu machen und hier nicht Schwarzmalerei zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Anzahl der Übernachtungen hat sich von 1995 von knapp einer Million auf 1,4 Millionen in 2004 erheblich gesteigert. Das ist nun eine Steigerung von über 30 Prozent. Wir sind sicherlich nicht ganz so gut wie bei der Steigerungsrate der Tagestouristen. Da haben wir von 1993 bis 2004 eine Steigerung von über 100 Prozent und sind auch über den Markt hinaus gewachsen, aber wir sind ehrgeizig und wollen dieses Ziel auch weiter steigern. Das macht deutlich, dass auf der einen Seite die Events, die Impulse für den Städtetourismus auslösen, ob Übernachtung oder nicht Übernachtung, hin zum Standort Bremen erfolgreich waren. Wie gesagt, Sie können nicht die Politik monokausal aufbauen, sondern Sie müssen an verschiedene Aspekte herangehen.

Wenn ich mir die Auslastungszahlen, die Übernachtungszahlen der ersten Monate im Jahr 2006 anschau, dann muss ich sagen, dieser positive Trend setzt sich in diesem Jahr fort, meine Damen und Herren. Wir haben im Vergleich zum Vorjahresmonat im April einen Zuwachs von 13 Prozent, im März von zwölf Prozent, im Februar von zwölf Prozent. Meine Damen und Herren, es zeigt sich, dass wir mit unserer Politik an der Stelle genau richtig liegen und dass wir uns überhaupt nicht verstecken müssen, schon gar nicht vor solchen Äußerungen, die hier Schwarzmalerei betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Daraus wird, glaube ich, deutlich, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Herr Dr. Güldner, ich empfehle Ihnen, die Kleine Anfrage Ihrer Fraktion vom August vergangenen Jahres durchzulesen. Da werden Sie feststellen, dass hier nicht nur ein Unternehmen entsprechend Zuschussempfänger war, sondern mehrere Unternehmen völlig unterschiedlicher Größenordnung. Versuchen Sie also nicht, hier ein verkehrtes Bild zu malen, das nicht existiert! Wie gesagt, die Lektüre vom 18. August 2005 kann da sehr erhellend sein, auch das ist,

glaube ich, an dieser Stelle sehr hilfreich bei der Diskussion.

Punkt eins, Teil eins! Das Hotel- und Gaststättengewerbe ist also eine erfolgreiche Förderung gewesen. Wir sind der Auffassung, dass wir jetzt anhand der erfolgreichen Förderung und der erfolgreichen Entwicklung im Übernachtungsgewerbe mit gutem Gewissen, aber natürlich angesichts der knapper werdenden Haushaltsmittel an dieser Stelle eine Konzentration vornehmen müssen und dass wir auch mit gutem Gewissen sagen können, wir stellen sie jetzt ein. Herr Focke hat darauf hingewiesen, das ist eine Landesförderung, an dieser Stelle ist der Beschluss des Senats auch eindeutig. Das ist eine Abwägung der Vor- und Nachteile. Sicherlich sind in Bremerhaven noch Defizite. Ich hoffe, dass das, was an Impulsen durch die öffentlichen Investitionen im Alten/Neuen Hafen besteht, insbesondere die Aktivitäten an dieser Stelle, entsprechend weiter fortgesetzt werden kann, und dass der Standort attraktiv ist, zeigt ja, dass es weitere Überlegungen und Planungen an dieser Stelle gibt.

Teil zwei, Transparenz des Verfahrens! Die Kritik kann ich nun überhaupt nicht nachvollziehen, denn so transparent wie dieses Vergabeverfahren bei der Vergabe des Grundstücks Bredenplatz habe ich selten ein Vergabeverfahren erlebt. Nach der Reduzierung bei den Mitarbeiter im Hafensort durch Zusammenlegung mit dem Wirtschaftsressort ist festgestellt worden, dass dieses Dienstgebäude nicht mehr sinnvollerweise genutzt werden kann. Daraufhin gab es eine lange Diskussion, und es wurde gemeinschaftlich beschlossen, dieses Grundstück einer öffentlichen Ausschreibung zuzuführen nach dem Motto: Der Beste möge sich hier an diesem Grundstück beweisen. Wir hatten im Jahr 2001 das schon eben zitierte Ausschreibungsverfahren EU-öffentlich, alles schön transparent.

Es sind auch unterschiedliche Nutzungen ausgeschrieben worden, Frau Krusche. Es war nicht von Anfang an eine Hotelnutzung vorgeschrieben, sondern es wurde gesagt, entweder Büro/Dienstleistung oder Hotel. Die Abgabe der Angebote hat durchgängig ergeben, dass bei einer Hotelnutzung eine höhere Wirtschaftlichkeit für den Investor zu erreichen ist, so dass bei den Angeboten, die abgegeben worden sind, in der Rangfolge die Hotelförderungen alle oben waren und die Büronutzungen weit abgeschlagen, auch wenn Sie die Förderung nach LIP abrechnen, dahinter waren.

Es ist gesagt worden, die Firma Riggers hat damals den Zuschlag bekommen und hat sich zwei Jahre daran versucht. Die Firma ist zwischenzeit-

lich insolvent. Ich mag hier jetzt nicht über die Gründe spekulieren, warum das nicht funktioniert hat, aber vielleicht ist das ja auch ein Hinweis, darüber nachzudenken, warum das letztendlich an der Stelle nicht funktioniert hat bei dem Unternehmen, das den Zuschlag erhalten hat, einfach nur zu sagen, es hat sich alles nicht gerechnet. Ich glaube, das können auch andere Gründe gewesen sein, ohne das jetzt vertieft darstellen zu wollen.

Nachdem der Vertrag dann rückabgewickelt worden ist, weil es nicht zu einer entsprechenden Bebauung gekommen ist, weil da die öffentliche Hand dann gesagt hat, jetzt ist auch einmal Schluss, keine Verlängerung, jetzt wird eine Entscheidung herbeigeführt, ist dieses Grundstück in einem freihändigen Verfahren dem Nächsten der Bewerberschar angeboten worden. Das war die von Ihnen zitierte Investorengemeinschaft, mit der dann auch ganz eng, was die städtebauliche Komponente anging, mit den baupolitischen Sprechern eine städtebaulich gute Lösung gefunden worden ist. Da ist nun im vergangenen Jahr auch ein wenig die Geschichte darüber gegangen.

Es ist dann die Forderung erhoben worden, auch die anderen Bieter an dieser Stelle noch einmal aufzufordern, also die Bieter, die sich schon damals für dieses Grundstück interessiert hatten. Alle Unternehmen, alle Bietergruppen, soweit sie noch existierten, weil da zwischenzeitlich der eine oder andere auch von der Bildfläche verschwunden ist, sind noch einmal gebeten worden zu bekunden, haben sie Interesse, ja oder nein, und wenn ja, mit welchen Kaufpreisvorstellungen. Da hat sich dann letztendlich nur die bekannte Gruppe Weser-Wohnbau gemeldet, die dann gesagt hat, sie habe Interesse und sei auch bereit, ein Angebot abzugeben.

Sie hat dann ein Angebot abgegeben, übrigens auch mit Hotelförderung - Marriott-Gruppe im Hintergrund, das ist ja auch nur ein ganz kleines mittelständisches Unternehmen, hat ja überhaupt nichts mit großen Strukturen zu tun -, und es kamen aber im Laufe des Verfahrens Zweifel hinsichtlich der Veröffentlichung des einen Kaufpreises im Vorfeld und dann im zweiten Schritt, dass sich der zweite Bieter daraufhin an dieser Stelle daran orientieren konnte. Daraufhin ist dann, auch wieder in Mitteilung der beiden Bieter, der Vorschlag entwickelt worden, um hier überhaupt keine Zweifel am Verfahren zu entwickeln, fordern wir beide noch einmal auf mit einer klaren Submission, Abgabetermin 20. Januar. Dieser Abgabetermin ist von allen beiden akzeptiert worden, es ist sogar auf Wunsch des einen Bieters öffentlich den Bietern gegenüber verlesen und auch entsprechend protokolliert worden.

Das, liebe Frau Krusche, ignorieren Sie doch bitte nicht! Es gab eine Submission, es gab einen Abgabetermin, und ich glaube, so weit müssten Sie in den baupolitischen Bereichen doch vertieft sein, dass Sie wissen, was das bedeutet. Das kann man doch nicht einfach ignorieren, einen Abgabetermin, zumal dieses Verfahren von beiden Seiten akzeptiert ist und überhaupt keine Zweifel von irgendeiner Seite bis zu diesem Submissionstermin aufgekommen sind!

Aus diesem Vergabeverfahren ist eindeutig hervorgegangen, dass der eine günstiger war, also ein besseres Kaufpreisangebot abgegeben hat als der andere, zumal der Unterlegene sich noch außerhalb der Wertschätzung von GeoInformation bewegt hat und allein aus diesem Grunde nicht annahmefähig war und, Punkt zwei, die Vorgaben des Vergabeverfahrens nicht vollständig erfüllt hat. Auch das ist ein weiterer Grund, warum er noch zehn Millionen hätte oben draufpacken können und dieses Angebot nicht angenommen werden konnte, weil bei öffentlichen Ausschreibungen die Bedingungen anzuerkennen sind. Das ist übrigens in jedem anderen Verfahren auch so, Frau Krusche, auch das müssten Sie doch eigentlich wissen.

Daraufhin ist dann eine entsprechende Vorlage entwickelt worden, und der Unterlegene hat dann, aus welchen Gründen auch immer, die mir nicht ersichtlich sind, vier Monate später noch einmal in einem Telefax sein Kaufpreisangebot nachgebessert. Selbst wenn wir dieses Kaufpreisangebot, Submission einmal außen vor, mit einbeziehen, können wir ihm immer noch nicht den Zuschlag geben, weil er die anderen Angebotsbedingungen nicht eingehalten hat. Das ist ihm auch mitgeteilt worden!

Das ist übrigens das letzte Schreiben, das er selbst veröffentlicht hat. Wir haben da ja den Vertrauensschutz zu gewährleisten, daher gehe ich davon aus, dass er durch seine eigene Publikation auch das Einverständnis erklärt hat, dass dann hier im Detail auch über solche Sachen gesprochen wird. Das ist nicht das erste Schreiben, das wir von der Firma Weser-Wohnbau bekommen haben. Wir haben immer sauber und anständig geantwortet und ihr mitgeteilt, welche Gründe und Aspekte dafür und dagegen sprechen. Da wir aber die Submission hatten, blieb uns letztlich gar nichts anderes übrig, als den Zuschlag dem Ersten zu erteilen.

Ich habe zusammen mit dem Investor und dem Betreiber Ende Mai ein Gespräch geführt und die beabsichtigte Entscheidung mitgeteilt. Das ist nicht so, dass alles still und heimlich ist, sondern es sind breite Informationen gegeben worden.

Seit diesem Termin haben wir nur Schreiben bekommen, in denen angekündigt worden ist, eine Überprüfung vorzunehmen. Es werden Zweifel erhoben, aber in keinem dieser einzelnen Schreiben werden diese Zweifel in irgendeiner Weise substantiell dargelegt. Daher können wir mit solchen Anschuldigungen und Hinweisen überhaupt nichts anfangen, wenn nicht einmal ansatzweise gesagt wird, worin genau denn dieser Zweifel begründet ist, an welcher Stelle dieses Verfahrens. Das ist doch das Mindeste, was man in diesem Zusammenhang erwarten kann! Auch das hat nicht vorgelegen, so dass es auch für uns überhaupt keinen Anlass gab, das von uns mit bestem Wissen und Gewissen, auch mit juristischer Beratung, durchgeführte Verfahren an dieser Stelle jetzt nicht so zum Ende zu führen. Ich glaube, dass wir ein gutes, ein sauberes Verfahren haben, daher sehe ich auch weiteren Ankündigungen von Überprüfungen sehr gelassen entgegen.

Ich hoffe, dass auch im Sinne der städtebaulichen Entwicklung in diesem Bereich, dieser Verbindung vom Marktplatz zur Schlachte hin, wir zu einer hochwertigen städtebaulichen Umsetzung dieses Projektes kommen, dass wir mit dieser, Bauruine kann man ja nicht sagen, aber wenn wir noch drei Jahre warten, dann wird es einmal hier endlich zu einem Ergebnis kommen. Es kostet ja auch Geld, ein solches Gebäude zu unterhalten, Sie müssen ja auch irgendetwas damit machen, damit Ihnen das nicht letztendlich kaputt geht, und das können wir uns an dieser Stelle überhaupt nicht erlauben.

Dass wir nun hier in Bremen mit den Grundstücksvergaben ein Unternehmen ausschließlich bedienen, auch das ist ein abenteuerlicher Vorwurf, Frau Krusche! Ich erinnere einmal an die Grundstücksvergaben in den letzten Jahren, bei denen wir eine Vielzahl von Unternehmen berücksichtigt haben, auch übrigens das Unternehmen, das sich benachteiligt fühlt. Es hat mich sehr gewundert, dass er selbst immer erklärt hat, er würde nie ein Grundstück bekommen. Das Kramer-Grundstück in Bremen-Nord erhält die Firma Weser-Wohnbau. Das Grundstück Am Wall, auch in einem transparenten Verfahren, Wettbewerb mit zahlreichen Bietern aus dieser Stadt, aber auch überregional, hat die Firma Weser-Wohnbau bekommen. Das ist öffentlich, das ist ja auch kein Geheimnis, deswegen verrate ich hier auch keine vertraulichen Dinge. Aber auch in anderen Grundstücksvergaben wird ausgeschrieben, und der Beste bekommt es letztendlich.

Den Eindruck, den Sie hier bewusst versucht haben zu erwecken, ob das nun wortwörtlich von Ihnen so genannt worden ist, oder was Sie hier zwischen den Zeilen letztendlich suggerieren wollen,

kann man nur voll und ganz zurückweisen. Ihnen fehlen die Fakten, Ihnen fehlen die Daten für solche Behauptungen. Daher glaube ich, dass wir hier zu einem guten, vernünftigen Ergebnis gekommen sind. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, der Ordnung halber muss ich jetzt sagen, der Senat hat seine Redezeit von 15 Minuten mehr als in Anspruch genommen. Jetzt entfallen auf die Fraktionen weiterhin zwölf Minuten in der zweiten Runde, nur damit Sie das wissen bei Ihrer Redezeit.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Abgeordnete Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, worüber wir hier heute streiten: Es geht um den Verkauf des Grundstückes Bredenplatz an einen bestimmten Investor unter zwei Aspekten, den Aspekt eines Vergabeverfahrens, was bis heute offensichtlich durchaus unterschiedlich gesehen wird. Es hat doch ganz deutlich einen Grund, dass sowohl Herr Dr. Sieling als auch ich vor einem Jahr zu der Überzeugung gelangt sind, dass dieses bis zum damaligen Zeitpunkt gelaufene Vergabeverfahren Fragen offen gelassen hat.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Bis zum damaligen Zeitpunkt!)

Genau! Da waren wir uns einig, und wir Grünen haben daraus den Schluss gezogen, eben weil wir für fairen Wettbewerb für alle Mitbieter sind, für gleichwertige Chancen in dieser Stadt und nicht für die Dauerbevorzugung immer eines und desselben, deswegen waren wir dafür, dass man damals im Sommer letzten Jahres dieses Grundstück hätte neu ausschreiben müssen. Bei dieser Forderung bleiben wir auch heute noch, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator, ich habe überhaupt nicht über Grundstücke geredet und wo Weser-Wohnbau welche Projekte an Land gezogen hat oder wo nicht. Ich möchte mich hier auch nicht einseitig zum Anwalt einer Gesellschaft wie Weser-Wohnbau machen, denn mit beiden Investorengruppen hat Bremen beileibe nicht nur gute Erfahrungen gemacht in den vergangenen Jahren. Das

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

muss man auch einmal ganz deutlich sagen. Erinnert sei an die unendliche Geschichte Siemens-Hochhaus, erinnert sei an das Vergabeverfahren Polizeihaus Am Wall, und erinnert sei auch, bezüglich des Bieters, der jetzt offensichtlich immer noch das Gefühl hat, dass er hier benachteiligt wurde, er hat der Baudeputation Pläne zum Bau eines Gesundheitszentrums vorgelegt, die Pläne wurden von der Baudeputation für gut befunden, und anschließend hat dieser Investor diese Pläne sang- und klanglos beerdigt.

Ich will also sagen, es geht uns Grünen nicht darum, uns auf irgendeine Seite zu schlagen, sehr wohl aber auf die Seite, dass gleiches Recht für alle gilt, dass nicht mit zweierlei Maß gemessen wird und dass wir das Gefühl haben müssen, dass in Bremen nicht Vergabeverfahren von Grundstücken immer nur zugunsten von ein und derselben Unternehmensgruppe hier ausgehen.

(Abg. Focke [CDU]: Woher nimmst du das denn? Nenne doch einmal einen Grund!)

Diesen Eindruck, kann ich nur sagen, haben wir in den letzten Jahren gewinnen müssen.

Der zweite Punkt ist die Hotelförderung, Herr Focke! Es hat doch einen Grund, dass Sie jetzt sagen, die Hotelförderung verlassen wir jetzt einmal! Das ist doch nichts weiter, als dass Sie zugeben, dass hier in den letzten Jahren mit Steuergeldern nicht sorgfältig umgegangen worden ist

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und dass es ein Fehler war, hier andauernd Hotelförderung zu betreiben. Dann muss man eben einfach einmal feststellen, dass in Bremen das Hotel Vegesack, das Hotel am Universum, das Hotel in der Airport City, das Hotel an der Rennbahn, das Hotel in Bremerhaven, das gerade gebaut wird, und das zukünftige Hotel am Bredenplatz eben alle ein und derselben Unternehmensgruppe angehören und dass diese Unternehmensgruppe in den Genuss von 8,9 Millionen Euro für Hotelförderung gekommen ist.

Wenn man dann sagt, das ist alles so toll mit den Übernachtungszahlen, und wir sind ein aufstrebender Standort für Tourismus und Übernachtungsgäste und Bettenauslastung, dann hätte man doch auch auf die Hotelförderung verzichten können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann hätte man doch gesehen, ob der Markt das hergibt, ob wir so eine prosperierende Metropole

sind, wo Millionen, Hunderttausende von Touristen tagaus, tagein kommen. Das wäre ja schön! Wir Grünen wären die Letzten, die nicht sagen würden, jawohl, jeder Tourist ist hier herzlich willkommen!

Das stimmt aber nicht! Schauen Sie sich doch einmal Ihre damaligen Zahlen an, die Sie mit dem Ocean-Park und dem Space-Park hochgerechnet haben! Herr Köllmann wollte, glaube ich, über drei Millionen Menschen in diese beiden Städte locken. Das sind doch alles Sachen aus dem Wolkenkuckucksheim!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dafür, dass es hier einmal etwas bescheidener zugeht, und diese Hotelförderung hat aus unserer Sicht eben nicht den Standort gestärkt und zu einer Begünstigung eines bestimmten Unternehmens geführt.

Wir haben unsere Zweifel, ob dieser Punkt rechtmäßig und mit EU-Recht vereinbar ist. Offensichtlich ist es so, dass nicht nur die Grünen ihre Zweifel haben, dass es immer alles rechtmäßig und EU-konform in der Frage der gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle zugegangen ist. Diese Zweifel haben offensichtlich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dass man sehr genau hinschauen muss, ob es nicht sehr wohl bei dieser Investorengruppe, die jetzt den Zuschlag bekommen hat, nicht die Firmenkonstruktionen sind, die es ermöglichen, dass sie auf diese Hotelförderung zurückgegriffen haben. Das wollen wir klären, und ich glaube, es ist gut, wenn die EU hierauf einmal einen Blick wirft, ob hier wirklich immer alles kosher gelaufen ist, meine Damen und Herren.

Ein Satz noch dazu, dass es mit gleichberechtigten Dingen zugegangen ist! Es gibt hier ein Hotel in Bremen, ein kleines und mittleres Unternehmen, das einen Antrag auf Hotelförderung gestellt hat, und der ist abgelehnt worden. Ich will jetzt den Namen an dieser Stelle nicht nennen, wahrscheinlich wissen einige, von welchem Hotel ich rede, aber so viel nur dazu, dass hier immer alle gleich behandelt werden! Wir Grünen haben da unsere Zweifel und bleiben dabei, und von daher hoffen wir, dass der Vergaberechtler, der sich dieses Vergabeverfahren noch einmal ansehen wird,

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

hier in Zukunft zu einer eindeutigen Aussage kommen wird. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mir jetzt ersparen, wie Frau Krusche noch einmal die Argumente aufzuzählen. Das Problem ist ja, dass falsche Argumente durch ihre Wiederholung nicht besser werden.

(Beifall bei der SPD - Abg. Focke [CDU]: Vor allem nicht richtig!)

Ich will an einem Punkt aber noch einmal deutlich sagen, was die Transparenz des Verfahrens angeht, dass - nachdem im letzten Jahr festgestellt worden ist oder insgesamt Zweifel daran aufkommen sind, dass das Verfahren nicht die Transparenz gehabt und andere benachteiligt hätte - in der Tat das Verfahren neu geöffnet worden ist. Was daran jetzt falsch war, entzieht sich völlig meiner Kenntnis. Im Gegenteil, es war der richtige Schritt. Das heißt, seit dem Zeitpunkt haben wir ein offenes, ein transparentes und für jeden nachvollziehbares Verfahren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Krusche, Sie sagen, wir sollen mit der Wirtschaftsförderung sorgfältig umgehen. In der Tat, das sollen wir tun. Wir müssen auch immer schauen, ob wir noch richtig auf der Höhe der Zeit sind und ob das alles noch so zueinander passt. Wir wollen mit der Förderung wirtschaftliche Tätigkeit anstoßen, wir wollen aber keine wirtschaftliche Übersättigung, und deshalb haben wir das jetzt eingestellt. Es war der richtige Zeitpunkt.

(Beifall bei der SPD)

Irgendwie macht mich die Argumentation der Grünen heute auch etwas sprachlos, denn sie sprechen davon, dass die Gefühle des Bieters verletzt worden sind. Sie sprechen von dem Glauben der Grünen, aber es wäre an der Zeit, wenn Sie auch einmal zu Fakten kämen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu einem Punkt eine kurze Erwiderung! Neben der Wiederholung diffuser Behauptungen, die an keiner Stelle belegt wurden, sind von Ihnen hier Vorwürfe erhoben worden, und Sie machen sich noch nicht einmal

die Mühe, auch nur einen Vorwurf hier in irgendeiner Art und Weise zu substantiieren beziehungsweise eine Begründung zu geben. So kann man natürlich auch in den Wald hineinrufen in der Hoffnung, es schaut keiner, ob an dieser Stelle auch wieder etwas herauskommt. So einfach kommen Sie hier nicht aus der Verantwortung heraus! Dahinter müssen Sie schon ein bisschen mehr Substanz legen. So geht es letztendlich nicht, meine Damen und Herren! Das war Punkt eins.

Punkt zwei: Das Programm ist eingestellt worden, weil wir der Meinung waren, es war besonders erfolgreich, denn die Zielsetzung des Landesinvestitionsprogramms ist es doch, Defizite zu beheben. Wenn dieses Programm erfolgreich ist, dann ist eine Förderung nach Sektoren oder insgesamt per se obsolet geworden. Von daher kommen wir genau zum umgekehrten Ergebnis. Wir sind der Überzeugung, es war besonders erfolgreich, und wir können es verantworten, diese Förderung auslaufen zu lassen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es auch verantwortungsbewusst, vor dem Hintergrund der knappen Mittel an dieser Stelle zu sagen, wir verabschieden uns aus der Hotelförderung, weil es erfolgreich war, weil wir Defizite abgestellt haben und wir hier hinsichtlich der Hotelinfrastruktur zwischenzeitlich eine erfolgreiche Entwicklung haben. Die Auslastungszahlen und die Übernachtungszahlen sprechen Bände dafür. Daher gibt es überhaupt keinen Ansatz, daran herumzumäkeln und herumzukritisieren. Man muss sich mit den Fakten beschäftigen, dann kommt man zu den richtigen Ergebnissen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Bibliotheken dauerhaft absichern - bürgerschaftliches Engagement fördern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 2. Mai 2006

(Drucksache 16/524 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2006

(Drucksache 16/565 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Kastendiek.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Herr Senator, möchten Sie die Anfrage mündlich wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen. - Das ist der Fall.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich etwas tun, was wir als Parlamentarier ja nicht oft tun, wenn wir Antworten auf Große Anfragen seitens des Senats vorliegen haben: Ich möchte mich ausdrücklich für die ausführliche und qualifizierte Antwort seitens des Ressorts bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es ist, denke ich, wirklich eine gute Arbeit, die vorgelegt worden ist, und sie zeigt uns vor allen Dingen eines, nämlich dass wir gelegentlich Fakten abfragen müssen, wenn wir in politischen Bereichen die Bibliotheken politisch steuern wollen, die nicht allein über Controlling-Daten zu erheben sind.

Meine Damen und Herren, wir bekommen gelegentlich, wenn wir die große Transparenz öffentlicher Datenfriedhöfe haben, so viele Zahlen, dass wir schon ganz blind werden, und verlieren diejenigen aus den Augen, die wir brauchen, um nachvollziehen zu können, ob Einrichtungen wirklich gut arbeiten, ob sie Rahmenbedingungen haben, unter denen sie vernünftig arbeiten können. Deswegen begrüßen wir außerordentlich, dass sich die Anfrage schwerpunktmäßig und auch in ihrer Beantwortungsstruktur auf den Bereich des Medienetats, der Auslastungen und auch der Nachfrage in Einzelsegmenten kapriziert hat. So kann man tatsächlich spürbare Daten für Entscheidungen bekommen, und das ist inhaltlich sehr gut gewichtet.

Wir wollen das Bibliothekenangebot auch in diesen schwierigen Zeiten sichern und auch stärken. Dazu sind wesentliche Weichenstellungen erfolgt. Trotz schwieriger Haushaltslage haben wir es geschafft, eine Zentralbibliothek zu errichten, die ein ganz wichtiges zentrales Angebot absichert, aber auch in den einzelnen Stadtteilen dezentrale Bibliotheksangebote vorzuhalten. Aus Sicht der Sozialdemokraten ist es vor dem Hintergrund ganz besonders zu begrüßen, dass es gelungen ist, nach einem langen Kampf die Stadtteilbibliotheken Lesum und Osterholz zu erhalten, und die

Abstimmung der Bevölkerung mit den Füßen gibt uns Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein gutes Indiz, dass wir dort richtig liegen, ist, dass 70 Prozent aller Bibliotheksausweise, die an Kinder und Jugendliche ausgegeben werden, für Stadtteilbibliotheken ausgegeben werden. Das zeigt, dass wir neben der guten zentralen Versorgung auch ein dezentrales Angebot brauchen, wenn wir gesellschaftliche Chancengleichheit sichern wollen. Vor dem Hintergrund, finde ich, ist positiv, dass wir uns für dieses Mischkonzept Zentralbibliothek, Regionalbibliotheken und Nachbarschaftsbibliotheken entschieden haben. Das ist wichtig.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Eine Leistung sollte nicht vergessen werden, und das ist die Leistung, die der Bibliotheksbus erbringt. Ich war vor kurzem in meinem Stadtteil unterwegs und hörte zufällig ganz positive Rückmeldungen auf das Angebot: flexibel, transparent und gut zugänglich, gerade für Kinder und Jugendliche, die noch nicht in dem Alter sind, in dem sie auch Einrichtungen aufsuchen können! Auch das sollte forciert werden in Stadtteilen, die nicht mit eigenen Bibliotheksstandorten versorgt sind. Da besteht für uns ein politischer Handlungsbedarf, den wir auch noch einmal diskutieren sollten.

Was den Medienbestand angeht, ist diskutiert worden, dass wir eine einer Großstadt angemessene Medienversorgung brauchen, und ich möchte im ersten Teil meiner Rede sagen - wir haben uns ja auf diesen Block verständigt, dreimal fünf Minuten -, dass es mir wichtig ist, dass wir diese Zielzahl, den Medienbestand zu pflegen, zu erneuern und im Auge zu haben, auch politisch in der Ausschussarbeit flankieren, um ein attraktives Angebot sinnvoll zu machen. Anders als bei anderen Tagesordnungspunkten, die wir heute gehört haben, bei denen wir problematisiert haben, ob Steuergeld gut und richtig eingesetzt ist, können wir für das Angebot von dezentralen Bibliotheksstandorten, von bibliothekarischer Leistung insgesamt sagen, dass es hervorragend eingesetztes Steuergeld ist.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht ist das auch ganz klar ein Schwerpunkt.

(Beifall bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Spieß.

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Emigholz hat ja bereits den Erfolg der großen Koalition in der Umsetzung des Eins-plus-vier-plus-zwei-Konzepts dargestellt und hat auch beschrieben, wie dadurch die Arbeit der Bibliothek erfolgreich fortgeführt werden kann. Die Aktualität eines Medienbestands muss zu zehn Prozent pro Jahr erneuert werden, und das ist natürlich eine Aufgabe, vor der die Bibliothek jedes Jahr steht und wobei sie sich auch bemüht, Alternativen und Möglichkeiten zu finden, sich selbst einzubringen. Das ist auch noch einmal in der Antwort des Senats dargestellt.

Ich möchte auch einmal die Leitung der Bibliothek und die Mitarbeiter dafür loben, dass es ihnen gelungen ist, Aktionen wie die Akquisition vieler Projekte, das Netzwerk für Frauen zum Beispiel, oder auch in der Zusammenarbeit mit der Universität im Wissenschafts- und Forschungsbereich, dadurch, dass man eine Internetbibliothek schafft, durchzuführen und Möglichkeiten zu schaffen, die sie nicht nur dadurch hat, dass sie von uns das Budget zur Verfügung bekommt, sondern auch neue Ideen und Möglichkeiten nutzt, die dadurch gegeben sind.

Es wurde angesprochen, die Aktualität des Bestands zu erneuern. Das ist natürlich auch dadurch ganz gut möglich, dass man das Internet nutzt, denn das ist ein Medium, das auch in der Antwort des Senats dargestellt worden ist, wo man sehr schnell und durch viele Benutzer auch eine Aktualität darstellen kann. Das Internet ist ja nicht nur spannend für uns Erwachsene. Es wird sicherlich auch in Kooperation mit der Volkshochschule geschehen, dass man dieses Medium durch lebenslanges Lernen nutzt und auch immer wieder Möglichkeiten hat, schnell darauf zuzugreifen und eben nicht durch lange Wartezeiten oder durch Ausleihen von bestimmten Büchern warten muss, um dann selbst informiert zu werden, sondern man hat als Bürger die Möglichkeit, sich dort sehr schnell zu informieren.

Nicht nur die Erwachsenen, sondern auch die Jugendlichen sind angesprochen worden. Es ist auch ein Stück ehrenamtliches Engagement der Jugendlichen, dass sie sich in den Bereich der Bibliotheken einbringen, dass sie ihre Räume und Möglichkeiten, die sie haben, selbst gestalten. Dass sie das auch mit einem Begriff der Zentralbibliothek betiteln, nämlich „Team Spirit“, zeigt

einfach, dass sie sich auch mit dem, was dort stattfindet, identifizieren können. Ich finde, das ist auch ein ganz deutliches Zeichen dafür, dass eine Umstrukturierung im Bereich der Bibliotheken stattfindet. Es wird auch zum Teil ein Aufenthaltsraum für Jugendliche und Kinder, und es ist ein Aspekt, auch schon genannt von Frau Emigholz, dass ein großer Teil der Ausleihe durch Kinder und Jugendliche stattfindet, was stark unterstützt werden muss. Ich finde, das hat die Zentralbibliothek in den Bereichen Kinderbibliothek und Jugendbibliothek sehr gut dargestellt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nicht nur die Möglichkeit, dezentral auf die Stadtteilbibliotheken und auch auf die Nachbarschaftsbibliotheken zurückzugreifen, sondern es gibt noch sechs Bibliotheksvereine, die in ehrenamtlicher Tätigkeit die Möglichkeit schaffen, bei weiteren Standorten vor Ort Bücher auszuleihen oder auch Gespräche zu führen. Das ist auch noch einmal ein ganz wichtiger Aspekt, der ehrenamtlich geleistet wird und den wir nicht genug würdigen können. Wir stellen uns ja immer wieder die Frage: Wie ist es möglich, das noch einmal irgendwie zu honorieren, oder wo können wir da einfach auch einmal deutlich genug machen, dass dieses Engagement für uns sehr wichtig ist und wir darauf nicht verzichten können? Das ist auch ein Stück der politischen Arbeit, die wir leisten und auf die wir immer wieder hinweisen müssen.

Wir können diese ehrenamtlich Tätigen natürlich dadurch unterstützen, dass wir sagen, wir unterstützen auch die Qualifizierungsmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen, um sie auch ein Stück an diese Arbeit heranzuführen und um auch irgendwo eine Aktualität im Bereich der Bibliotheksarbeit darzustellen. Das ist ein Aspekt, den wir im Auge behalten werden und wo wir die Bibliotheken auch nicht allein lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Qualifizierungsarbeit muss natürlich nicht nur für Ehrenamtliche, sondern auch für Hauptamtliche geleistet werden. Da müssen Standards gesetzt werden, und es muss überlegt werden, wie man vielleicht auch mit anderen Bibliotheken aus anderen Bundesländern kooperieren kann, um eine solche Maßnahme durchzuführen. Das wäre auch ein Bereich, in dem wir uns noch einmal ganz intensiv einsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Krusche.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte wird jetzt etwas entspannter als die vorherige, weil ich meinen Vorrednerinnen in dem, was sie gesagt haben, recht gebe.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Das hätten Sie vorhin auch einmal machen sollen!)

Es ist völlig unstrittig, dass Stadtbibliotheken in der heutigen Zeit ein unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens und der kulturellen Bildung in allen deutschen Städten sind. Sie ermöglichen breiten Bevölkerungsschichten preisgünstig Zugang zu einem vielfältigen Medienangebot. Alle großen Städte haben das Problem, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Umso wichtiger finden wir es, dass es auch zukünftig möglich ist, dass Bibliotheken auf die Herausforderungen der Wissensgesellschaft, des lebenslangen Lernens, der Ergebnisse von Pisa, aber auch auf die immer größer werdende Herausforderung der gesellschaftlichen Integration der Migranten und Migrantinnen reagieren können. Dies geht nicht ohne eine solide finanzielle staatliche Förderung, und es geht auch nicht ohne das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bibliotheken, sei es in den Zentralbibliotheken oder den Stadtteilbibliotheken vor Ort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Gute öffentliche Bibliotheken sind ein Zeichen angewandter Demokratie und Chancengleichheit.“ Diesen Satz, den ich sehr schön finde, sagt der Leiter der Wiener Hauptbücherei, Herr Alfred Pfoser, dessen eindrucksvolle Zentralbibliothek die Kulturdeputierten auf ihrer Reise nach Wien besichtigen durften. Ich finde, Herr Pfoser hat Recht. Es geht bei der Ausstattung von Bibliotheken auch um Chancengleichheit und Demokratie, und deshalb glaube ich, dass Kürzungen in diesem Bereich aufgrund unserer Haushaltsnotlage vertretbar sein müssen. Eine gut ausgestattete Zentralbibliothek, einschließlich ihrer Stadtteilbibliotheken, ist meiner Meinung nach nicht allein Sache des Kulturressorts, sondern des Gesamtssenats, der die Aufgabe hat, Bremen für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Die Bremer Stadtbibliothek leistet für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe einen wesentlichen Beitrag.

Nach langem koalitionärem Streit haben sich alle, auch die Grünen, auf das Modell Zentralbibliothek plus vier Stadtteilbibliotheken plus zwei Nachbarschaftsbibliotheken in Lesum und Osterholz ver-

ständigigt. Wir Grünen gehen jetzt davon aus, dass die Umwandlung von Kinder- und Jugendbibliotheken in Schulbibliotheken nicht zu einem ähnlichen Dauerkleinkrieg zwischen Bildungs- und Kulturressort führt, wie es damals war, als es um den Kampf Lesum kontra Osterholz ging. Also, ich setze sehr darauf, dass man sich da bald auf ein gutes Konzept für die Schulbibliotheken einigt. Wir finden, es geht um eine gemeinsame Aufgabe im Interesse der jungen Menschen in Bremen und nicht um Ressortegoismen.

Meine Damen und Herren, ein wesentliches Kriterium für die Attraktivität der Stadtbibliothek ist der Medienbestand und damit auch die Höhe des Medienetats. Frau Spieß hat darauf hingewiesen. Dabei ist das Verhältnis Medien pro Einwohner eine wichtige Größe. Im Jahr 2004 hatte die Stadt Leipzig 2,45 Medien pro Einwohner, und Bremen bildete in einem Städtevergleich hinter Duisburg und Düsseldorf mit 1,09 Medien pro Einwohner das Schlusslicht. Damit korrespondiert der drastisch gesunkene Medienetat der Stadtbibliothek, der 2003 noch 1,1 Millionen Euro betrug und in 2005 auf 682.000 Euro abgesunken ist. Eine attraktive Stadtbibliothek braucht unbedingt einen guten, ausreichenden Medienetat, wenn man nicht eine Spirale abwärts in Gang setzen will. Es ist ganz eindeutig, dass es zwischen den Besucherzahlen und der Aktualität des Medienbestandes einen Zusammenhang gibt.

Laut Antwort des Senats auf die Große Anfrage müssten jedes Jahr 55.000 Medien in der Stadtbibliothek neu beschafft werden, um den Medienbestand weiterhin aktuell zu halten. Je älter nämlich ein Medium ist, desto seltener wird es ausgeliehen. Ich glaube also, wenn wir unsere tolle Zentralbibliothek, aber auch, wenn wir die Stadtteilbibliotheken und die Nachbarschaftsbibliotheken weiterhin für alle Menschen in dieser Stadt, für Jung und Alt, für die Senioren, für die Migranten und Migrantinnen, attraktiv halten wollen, müssen wir uns in Zukunft genau überlegen, ob es verantwortbar ist, den Medienetat weiterhin so weit abzusenken. Ich hoffe da auf eine Einigung. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Görtz.

Abg. **Görtz** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will gern vier Punkte in den Vordergrund meines Beitrags stellen, und zwar

* Von der Rednerin nicht überprüft.

* Vom Redner nicht überprüft.

erstens die Neuanschaffung von Medien, was wir eben gerade schon gehört haben, zweitens die Medienausstattung selbst, drittens wie es in der Bibliothek der Gesamtschule Ost aussieht, Nachbarschaftsbibliothek, wie der Weg war, und viertens Bibliothek Düsseldorf Straße, wie dort die Sachlage aussieht.

Zum Thema Medienbudget: Es ist eben schon gesagt worden, dass es eine Absenkung gibt. Was bedeutet eigentlich Medienbudget? Medienbudget ist der revoltierende Prozess, wenn man etwas investiert, dass sich die Medien dann nach ungefähr zehn Jahren wieder verbraucht haben. Das ist so eine Prozentzahl, die jetzt hier in dem Beitrag enthalten ist. Es bedeutet, wenn die Medien nach zehn Jahren verbraucht sind, müssen sie wieder neu ersetzt werden. Das ist, glaube ich, so verständlich. Was ist nun aber bei uns in der Bibliothek passiert? Meiner Meinung nach müssen wir deshalb auch kritisch darauf schauen.

Wir hatten im Jahr 2003, wie es auch vorhin schon gesagt worden ist, etwa 1,1 Millionen Euro an Medienetat und sind dann auf 682.000 oder 800.000 Euro heruntergegangen. Das ist natürlich schon eine große Reduzierung, und ich sehe das so, dass, wenn wir diesen Weg weiter beibehielten, es dazu führen würde, dass wir dann nicht in zehn Jahren die Medien erneuern würden, sondern eventuell in 15 oder 20 Jahren. Das führt natürlich dazu, dass die Bibliotheken selbst nicht gerade attraktiver werden. Die Medien, die wir dort auch ausgelegt haben, beziehungsweise die neuen Medien, die wir jetzt haben, sind ja eigentlich Medien, die immer schneller veralten. Das bedeutet, dass wir jetzt dort eine wesentliche Gefahr durch das Altern unseres Medienbestandes schaffen würden, wenn wir diesen Weg so weiter gehen, und zwar alle zusammen. Die Mitglieder des Betriebsausschusses, die wir hier nun auch alle bisher gesprochen haben, müssen darauf achten, dass wir diese Sparmaßnahmen, wie wir sie ja auch allgemein im Parlament beschlossen haben - Haushaltsnotlage -, dann auch so umfassend versuchen zu verarbeiten, dass nicht dort, wo das „schwächste Glied“ ist - das ist vielleicht der Medienetat -, weiterhin gekürzt wird. Wir müssen versuchen, dort andere Wege zu finden. Das ist ein Appell an uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, den ich vortragen wollte, ist die Medienausstattung in Großstädten. Es ist eben gerade von Frau Krusche gesagt worden, dass wir da beim Medieneinsatz pro Einwohner ganz unten stehen. Das kann man natürlich so oder so sehen. Von der Logik her ist das eigentlich nicht so gut, aber wir müssen auch versuchen, es an-

dersherum zu formulieren: Wir haben in dieser Stadt sehr wenig Geld zur Verfügung. Was können wir daraus machen?

Nun sagt man, wir haben relativ wenige Medien pro Einwohner. Es ist die Frage, wie häufig diese wenigen Medien denn umgeschlagen werden. Da haben wir einen relativ guten Wert, wenn Sie sich das jetzt einmal anschauen. Es geht also um Ausleihe pro Medium oder Ausleihe pro Einwohner, und da stehen wir jedenfalls nicht ganz hinten, sondern automatisch wieder mit vorn. Wenn man sparen will, ist es nicht der ganz schlechte Weg, wenn man versucht, dort die Medienauswahl auch so zu treffen, dass wir Bücher haben, deren Umschlaggeschwindigkeiten so sind, ich sage einfach, einmal im Jahr, dass sie zehnmal im Jahr angewählt werden und nicht nur ein Buch vielleicht alle zwei Jahre einmal herausgesucht wird. Das ist meiner Meinung nach der richtige Weg, in diesem Punkt stehe ich doch in Opposition zu Ihnen. Das ist eine ganz klare Ansage von mir, ich sehe das dort anders, und da müssen Sie sich vielleicht noch einmal Gedanken machen, ob Ihr Weg da der richtige ist.

Kommen wir zum nächsten Punkt, das ist die Bibliothek Gesamtschule Ost! Was ist dort passiert? Wir hatten dort eine Stadtteilbibliothek, 1670 Quadratmeter groß, das ist jetzt auf 330 Quadratmeter heruntergefahren worden. Im Stadtteil war die Besorgnis sehr groß, dass die Bibliothek ganz geschlossen wird, und die ursprünglichen Planungen eins bis vier sahen das auch vor. Die Reduzierung von 1670 auf 330 Quadratmeter, das sind ja eigentlich nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Fläche, müssen wir als Osterholzer hinnehmen. Wir sehen das eigentlich auch als „Sieg“, weil unsere Bibliothek nicht geschlossen worden ist. Wie gesagt, es ist nicht nur in Osterholz ein Sieg, sondern auch in Lesum, dass wir uns trotzdem erlauben können, dort zwei weitere Nachbarschaftsbibliotheken zu erhalten. Wir sind in Osterholz sehr erfreut darüber und, ich glaube, die Lesumer genauso, dass es der großen Koalition gelungen ist, diese Bibliotheken dort zu erhalten.

Übrigens, diese große Bibliothek mit 1670 Quadratmetern ist historisch gewachsen, und wenn man dort in den letzten Jahren war, sah man sehr viele Leerflächen, und die Regale waren auch schon leer. Ich glaube, dass der jetzt gefundene Kompromiss auch dazu führen wird, dass dort die Medien natürlich entsprechend häufiger und deutlicher genutzt werden, das Begehren der Leute dort intensiver zum Ausdruck kommt und es auch insgesamt erfolgreicher wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

Als Nächster hat das Wort Herr Senator Kastendiek.

Senator Kastendiek: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bedeutung eines leistungsfähigen Systems einer Stadtbibliothek ist hier schon mehrmals genannt worden, deswegen möchte ich im Einzelfall nicht darauf eingehen. Aber das, was sich in den letzten Monaten positiv entwickelt hat, ist, glaube ich, Anlass genug, hier auch noch einmal kurz eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, wo wir uns bewegen und wo natürlich auch die Anforderungen für die kommenden Monate, für die kommenden Haushaltsberatungen liegen, weil hier ja so genannte Dauerthemen auf der Agenda stehen, wie die sich weiter entwickeln.

Es ist schon gesagt worden, wir haben eine sehr lange Hängepartie beenden können, nämlich die Festlegung auf eine Struktur im Bereich der Bremer Stadtbibliothek, die auf der einen Seite die Regionalität berücksichtigt und auf der anderen Seite die Stärkung einer Zentrale, die immer als Ausgangspunkt einer qualitativen Weiterentwicklung der Bremer Stadtbibliothek gesehen worden ist. Aber auch die Zwänge der bremischen Haushalte werden hier berücksichtigt.

Da ist natürlich, weil leider die Flexibilität nicht so ist, wie man sich das vielleicht wünscht, der Medienetat immer im Fokus aller Fachpolitiker, aber auch derjenigen, die so ein bisschen darauf achten, dass am Ende des Jahres die G und V irgendwie mit einer schwarzen Null dasteht. Da ist genau das Problem, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht in dem Maße wiederholen sollten, dass wir nämlich über einen längeren Zeitraum nichts machen und dann das Problem haben, dass das Angebot für die Menschen nicht attraktiv ist.

Sie sehen das sofort, ob das Buch oder ein sonstiges Medium, das ausgeliehen werden kann, veraltet ist, ob das zehn Jahre alt ist und letztendlich nicht einmal ansatzweise den Anforderungen und Wünschen der jeweiligen Benutzer entspricht.

Hier ist eine Hausaufgabe zu erledigen, das ist ein Spannungsbogen. Wir befinden uns da am unteren Ende, das muss man ganz ehrlich sagen. Das ist im Betriebsausschuss auch immer wieder so genannt worden. Von daher hoffe ich, dass wir da konstruktiv weiterkommen, dass sich angesichts gewisser Fluktuationsentwicklungen in den kom-

menden Jahren auch eine größere Flexibilität im Haushalt der Stadtbibliothek einstellt.

Entscheidend sind aber sicherlich nicht nur die Anzahl und das Alter, sondern letztendlich die Qualität. Da muss man differenzieren, und da reichen statistische Ansätze auf den ersten Blick erst einmal nicht. Die Frage ist, inwiefern die Qualität des jeweiligen Mediums so ist, dass sie den Wünschen der Nutzer entspricht. Auch darauf ist ja schon hingewiesen worden.

Was auch von meiner Seite begrüßt wird, wofür ich mich auch herzlich bedanken möchte, ist die große Unterstützung und das Engagement, sei es vom Ehrenamt, sei es von Vereinen, von Schulen vor Ort, die eine sehr enge Beziehung zu ihren jeweiligen Standorten entwickelt haben, ob es nun in Osterholz, Lesum, Vegesack oder im Bremer Westen ist, wo eine ganz tolle Bibliothek gebaut worden ist, die sich zwischenzeitlich zum Mittelpunkt des dortigen kulturellen Lebens entwickelt hat. Man muss sich das beim Gröpelinger Sommer nur jedes Mal wieder anschauen. An der Stelle ist etwas ganz Hervorragendes passiert, was auch ein Beleg dafür ist, dass sich Investitionen in diesem Bereich lohnen. Sie lohnen sich, weil sie von den Menschen angenommen werden und letztendlich Impulse für die regionale Kulturszene geben, und das ist ja letztendlich das, was wir auch wollen.

Mit dieser Erhöhung der Attraktivität wird natürlich ein ganz wichtiger Punkt gefördert, das ist die Leseförderung, gerade von Kindern und jungen Menschen, nicht nur im engeren Sinne der Schulbibliothek, sondern auch darüber hinaus, dass Kinder, junge Menschen und Jugendliche an die Bibliothek, an das Lesen herangeführt werden. Das ist, glaube ich, eine Zielsetzung und Komponente, die heutzutage, in Zeiten von Pisa und Vera, nicht zu unterschätzen ist. Ich möchte mich auch an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit bedanken, die es vor Ort mit den Schulen gibt, wo man sich zum Teil sehr unkonventionell und unbürokratisch unterstützt und gegenseitig hilft, um diesem Ziel letztendlich zu entsprechen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auf den offenen Punkt zwischen dem Kultur- und dem Bildungsressort ist ja schon hingewiesen worden. Frau Krusche, wenn wir Krieg führen würden, sähe das ganz anders aus. Wir haben hier noch eine kleine Differenz hinsichtlich der Kostenübernahme. Das ist aber sicher auch Ausdruck dessen, dass beide Etats dieses Bildungsensors genauso wie der Etat der Stadtbibliothek oder des Kultursensors ausgelutscht sind, um es einmal platt zu sagen.

(Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

Das sieht so unglaublich aus, wenn - -. Na gut, dann kann er mich gleich vielleicht vom Gegenteil überzeugen! Zumindest, was meinen Etat angeht, weiß ich, dass wir selbst um kleinste Beträge ringen. Wenn vermutet wird, dass dort größere Beträge noch irgendwo in den Schubladen liegen, nach dem Motto, sie warten nur darauf, abgeholt zu werden, ist das mitnichten so. Von daher hoffe ich, dass wir natürlich im Sinne des Angebots und der Aufgabe der Schulbibliotheken kurzfristig zu einer Lösung kommen, dass mit Beginn des kommenden Schuljahres hier eine entsprechende Lösung gefunden wird.

Ich möchte mich auch für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bibliotheken bedanken. Die Tatsache, dass die Stadtbibliothek im März dieses Jahres mit einer Auszeichnung der VGH-Stiftung ausgezeichnet worden ist, das ist ein mit 10.000 Euro dotierter Preis, zeigt, dass hier auch überregional Impulse gesetzt werden, dass das vorbildlich ist. In dem Sinne hoffe ich, dass wir mit der Entwicklung und der weiteren Diskussion einige Schritte, auch in den kommenden Jahren, voranzumarschieren werden. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)*): Meine Damen und Herren, wenn es so viel Einigkeit bezogen auf den Erfolg des Bibliothekswesens gibt und die Notwendigkeit besteht, in diesen Zeiten für Bürgerinnen und Bürger ein solches Angebot vorzuhalten, dann möchte ich die Redezeit und die Debatte nicht unnötig verlängern, sage aber eines: Es ist jeder gut beraten, der in einem privaten Verein auch öffentliches Geld verwaltet, da wir teilweise skandalös agierende Einrichtungen haben, sich ein Vorbild anzuschauen, für das wir das Geld auch gern umlenken würden. Wir haben Institutionen und Vereine dabei, die, egal wie sie wirtschaften, immer wieder die rote Linie überziehen und nicht sehen, dass wir das Geld in anderen Bereichen brauchen, wo wir es notwendigerweise einsetzen sollten.

Ich glaube, die Politik ist gut beraten, bei den Schwerpunktsetzungen zu überlegen, wohin das Geld geht. Was ich konkret meine, ist zum Bei-

spiel, wenn wir ein solches Durcheinander haben wie jetzt in Bremen-Nord um die Fragen von Veranstaltungszentren: Wer macht das eine? Wer macht das andere? Welcher Verein wirft das Handtuch oder nicht? Da können wir auch sagen, wenn uns als Politik nichts mehr einfällt, lassen wir die Bürgerinnen und Bürger einmal mit den Füßen abstimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/565 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Die bremische Verwaltung auf dem Weg zur Bürgerstadt

Mitteilung des Senats vom 16. Mai 2006
(Drucksache 16/544 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wangenheim.

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bürgerschaft liegt der Bericht über Maßnahmen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der bremischen Verwaltung vor, der auf den Antrag von SPD und CDU „Mitwirkung in der Bürgerstadt weiterentwickeln“ am 13. September 2005 hier gefordert wurde. Dieser Bericht folgt vielen Debatten hier in der Bürgerschaft, in denen es auch um Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement ging. Der Bericht beschreibt die unterschiedlichen Bereiche und Formen der Bürgerbeteiligung und zeigt auf: In Bremen sind wir auf dem Weg zur Bürgerstadt, aber noch nicht ganz am Ziel. Es gibt noch viel zu tun. Wir können noch besser werden, denn ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung engagiert sich heute, und ein weiteres Drittel würde sich gern engagieren. Da muss das Angebot unserer Stadt noch besser werden. Engagement braucht Beteiligung, Unterstützung und auch Fortbildung. Letzteres gilt auch für Hauptamtliche und Freiwillige.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Der Senat geht von einem umfassenden Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement aus und nennt folgende Formen der Beteiligung: rechtlich nominierte Verfahren der Bürgerbeteiligung nach Kommunalverfassung: Beiräte, Ortsämter, Einwohnerversammlungen, Planungsbeteiligungen; Formen der Mitwirkung: Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen, Koordinationsstellen der Verwaltung, Stadtteilforen; projektbezogene Aktivitäten: Beteiligungsverfahren bei Spielplatzgestaltungen, runde Tische sowie Freiwilligenarbeit im klassischen Ehrenamt in den Bereichen Sport, Soziales und Kultur als Beispiel und die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen.

Seit 1996 gibt es beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein Referat Bürgerengagement, das nicht nur die Aktivitäten des Ressorts entwickelt und unterstützt, sondern auch ressortübergreifend arbeitet. Allerdings erleben wir oft, ressortübergreifend kommen wir nur schleppend voran. Die nachrangige Versicherung für Freiwillige, die keinem Verband angehören, konnte erst nach zwei Jahren geeinigt werden, ein echtes Negativbeispiel! Hier war das Verwaltungshandeln teurer als die Versicherung. Von diesen Beispielen gibt es einige, oft nur Kleinigkeiten, aber von hoher Bedeutung für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

In anderen Städten, zum Beispiel Hamburg, ist das bürgerschaftliche Engagement dem Rathaus unterstellt. Vielleicht ist das auch ein Weg für Bremen, um eine größere Effektivität für Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Mit dieser Idee möchte ich nicht die Arbeit des Referats bemängeln, sondern auf Reibungsverluste hinweisen. Außer den Aufgaben, die in dem Bericht für das Referat beschrieben sind, ist das Referat auch noch wichtig als Mittler und Planer für bundesweite Aktionen. Ich möchte das aus dem Bericht nicht alles wiederholen.

Zum Thema Hindernisse für Engagement abbauen: Hier zeigt der Bericht auf, wie Hürden in der bürokratisierten Überregulierung abgebaut werden können und müssen. So gibt es jetzt auch Zuwendungsbescheide, die Empfängern ohne hauptamtliches Personal verständlich sind. Das Engagement öffentlicher Anerkennung sichtbar machen: Aus vielen Umfragen ist bekannt, dass Freiwillige und Ehrenamtliche die fehlende öffentliche Anerkennung kritisieren. Bremen hat hier eine erstaunlich vielfältige Form der Ehrung von privaten und gemeinnützigen Institutionen, und in drei Punkten werden uns die vielen Anerkennungen des Senats vorgestellt. Mich - obwohl ich im Freiwilligenbereich arbeite - hat die Vielfältigkeit

überrascht. Da muss unsere Öffentlichkeitsarbeit einfach besser werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Nürtingen verkauft ihre Anerkennungskultur besser. Hier möchte ich auch gern den Ball an die Presse weitergeben: Wir alle, die im Freiwilligenbereich arbeiten und tätig sind, vermissen hier oft eine Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Es sind ja nur die Ehrenamtlichen und Freiwilligen, die dort etwas tun, und da gibt es keinen Skandal.

Der Bericht enthält weiter etwas zum Thema „Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen“ und zeigt einige Punkte zum transparenten Verwaltungshandeln auf. Hier spielen auch die neuen Medien eine zunehmende Rolle; sicher gut, denn nicht nur junge Menschen, auch neue Freiwillige wählen oft diesen Weg. Meine Frage ist allerdings: Erreichen wir damit die Menschen, von denen ich zu Beginn sprach, die sich engagieren würden, aber den Dreh nicht so bekommen? In einem Gespräch mit Heinz Janning von der Freiwilligenagentur erfuhr ich vor kurzem, die Gruppe der Menschen, die gesagt haben, das mache ich niemals, wird immer kleiner. Das Interesse steigt also, und die höchste Zuwachsrate der Interessierten liegt in der Altersgruppe von über 55 Jahren.

Für die SPD-Fraktion gilt es, auch die Beiräte und Ortsämter zu stärken. Hier sind einmal wir als Parteien gefragt, aber auch das Innenressort und die Ortsamtsleiter und Mitarbeiter für Bürgerinnen und Bürger und für die Beiratsmitglieder. Das Beispiel der Ortsamtsleiterwahl ist hier wirklich nicht rühmlich, sondern richtig kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD)

Weiter begrüßt die SPD-Fraktion die zunehmenden Beteiligungs- und Moderationsverfahren der einzelnen Ressorts, zum Beispiel bei Veränderungen von Schulstandorten in Hemelingen und Strom, überall gibt es Beispiele, oder die Standortkonzepte der KTHs und weitere. Bei Kinder- und Jugendeinrichtungen ist bereits ein Beteiligungsverfahren im Kinder-, Jugend-, Familienförderungsgesetz vorgeschrieben. Große Erfolge haben die WiN-Gebiete unserer Stadt. Dafür benötigen wir hauptamtliche Begleitung. Mit neuen Ideen tritt die Bremer Initiative „Aktive Bürgerstadt“ auf die Plattform. Ein engagementfreundliches Klima schaffen wir nicht durch tolle Reden hier im Haus oder zu anderen Anlässen, sondern das muss gelebt werden. Hier müssen wir noch

mehr für eine positive Haltung der Mitarbeiter in der Verwaltung werben.

Überall gibt es gute Beispiele, die gepflegt und gestärkt werden müssen. Ich durfte das jetzt in Woltmershausen mit dem EU-Projekt „Pusdorf am Fluss“ erleben. Hier haben Planer, Beirat, Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Bürger des Stadtteils gemeinsam geplant, und ich fand, wir waren alle auf gleicher Augenhöhe. Da gab es viel ehrenamtliches Engagement, auch von den Verwaltungsmitarbeitern. Das bedeutet dann Identität, und das sind auch Projekte, die einen Stadtteil dann verändern.

(Beifall bei der SPD)

Bremen muss diesen Weg zur Bürgerstadt entschlossen weitergehen. Dafür muss die öffentliche Verwaltung weiter geschult und aufnahmebereit sein, um eine gesunde Einmischung der Bürger zuzulassen. Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit stärken diese Stadt, doch dies bedeutet auch Begleitung und Fortbildung.

Die Evangelische Kirche, die AWO Bremen und die Freiwilligenagentur haben mit dem Projekt „Große für Kleine“, ein Kindergartenprojekt, an dem ich jetzt teilnehmen sollte, in den Kindergärten gute Wurzeln zur Freiwilligenarbeit gelegt. Dort wurde in jeder Einrichtung eine Freiwilligenkoordinatorin ausgebildet. Vielleicht wäre dies auch ein Weg für die öffentliche Verwaltung.

Ein weiteres gutes Beispiel ist für mich die Lesezeit der Freiwilligenagentur. Das ist ein Projekt, das Schule macht. Lesehelfer gehen in die Schule und üben Lesen mit den Kindern. Das ist positiv für oder gegen unsere Pisa-Ergebnisse. Das stärkt die Schulen, und an der Stelle erhalten Kinder Zuwendung von Menschen, wo es nicht möglich ist, dass Lehrer das auch machen können. Das ist eine positive Pflanze, die wir dort in den Schulen haben. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD - Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das war eine Punktlandung, Frau Abgeordnete!

(Beifall bei der SPD)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Wangenheim hat schon viel erzählt, deswegen kann ich das alles ein bisschen kürzer machen. Vielleicht bleibe ich dann innerhalb der Zeit.

Der Bericht des Senats zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der bremischen Verwaltung zeigt zumindest aus grüner Sicht, dass der Senat erkannt hat, dass für eine Förderung von ehrenamtlichem Engagement und für eine Beteiligung in rechtlich normierten Verfahren, Frau Wangenheim hat das vorhin aufgelistet, was das ist, ein Umdenken in der Verwaltung stattfinden muss. Nur, die Verwaltung zeigt aber wirklich keine Weiterentwicklung. Vor zehn Jahren, 1996, wurde das Ressort Bürgerengagement gegründet. In der Vorlage, Frau Wangenheim hat das gerade gesagt, wird genau beschrieben, was es macht. Zwei, drei Highlights werden erwähnt, und der Hauptanteil ist in Vorbereitung, wird noch erledigt werden müssen. Das ist eindeutig zu wenig für zehn Jahre Ressortarbeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Senat schreibt in seiner Antwort, und ich stimme mit ihm in diesem Punkt überein, dass auf dem Weg zur Bürgergesellschaft für die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger ein transparentes Verwaltungshandeln Voraussetzung ist, damit der Bürger sich dauerhaft engagieren kann. In der Informationstechnologie hat sich zwar einiges getan, das muss man einfach auch einmal so für Bremen sagen, und die Bürgerinnen und Bürger haben in begrenztem Umfang per Internet die Möglichkeit, sich am Gestaltungsprozess in Bremen aktiv zu beteiligen, aber die Projekte sind alle noch in den Kinderschuhen und müssen noch ausgereift werden.

Bürgerengagement ist einfach vielfältiger und nicht nur allein über das Internet zu bewerkstelligen. Haben sich Selbstorganisationen zusammengeschlossen, dann muss die Verwaltung bei Bedarf diese unterstützen. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung zu bestimmen, wer welche freiwilligen Aufgaben übernimmt, ebenso wenig dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger ständig Klötze zwischen die Beine zu stellen, sondern Hilfestellung anzubieten. Das muss Verwaltung noch lernen, wie man das macht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Aber auch das Parlament muss sich engagieren und der Verwaltung Gesetze und Verordnungen vorlegen, die die Verwaltung in die Lage versetzen, entsprechend zu agieren. Ich denke nur daran, wie lange es gedauert hat, bis das Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet worden ist. Oder nehmen wir den Fleischskandal, der gezeigt hat, dass die Bürgerinnen und Bürger auch wissen wollen, wer so leichtsinnig mit der Gesundheit der Bevölkerung umgeht! Leider hat die große Koalition

on in Bremen und in Berlin nicht dem Antrag der Grünen auf mehr Transparenz und Offenlegung der Namen der Übeltäter zugestimmt, sondern dem Verbraucherschutzinformationsgesetz, das die Verantwortlichen der Skandale immer noch schützt.

Meine Damen und Herren, warum beteiligen wir nicht öfter die Bürgerinnen und Bürger an unseren politischen Entscheidungen? Warum könnten bei größeren Ausgaben oder bei größeren Vorhaben, die wir planen, neben dem Parlamentsbeschluss nicht auch die Bürgerinnen und Bürger in einer Volksabstimmung gefragt werden? In der Schweiz und in einigen US-Staaten ist dies Pflicht und sehr erfolgreich eingeführt worden. In Anbetracht unserer Finanzlage hier in Bremen wäre ein solches Instrument sehr hilfreich, und Bremen könnte durch die Einführung eines sogenannten Finanzreferendums bundesweit positive Schlagzeilen erzielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Immerhin hat die SPD angekündigt, dass sie darüber nachdenken wird. Ich hoffe, es bleibt nicht nur beim Nachdenken.

Meine Damen und Herren, wie in der Antwort des Senats zu erkennen ist, fehlen auch noch oft die Rahmenbedingungen für diejenigen, die sich bereits engagieren, und für diejenigen, die sich engagieren wollen. Das stimmt. Ich denke da an den Beirat Schwachhausen. Der gesamte Beirat macht sich für die Jugendlichen stark und fordert entsprechende Änderungen der Gesetze, damit die Jugendlichen als Jugendbeirat ein fester Bestandteil des Beirates Schwachhausen werden. Aber Innensenator Röwekamp betrachtet dies als Hirngespinnst und weigert sich, eine Möglichkeit der Beteiligung des Jugendbeirates überhaupt in Erwägung zu ziehen. So werden Jugendliche nicht an die politischen und gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen, so werden sie abgeschreckt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bündnis 90/Die Grünen ist der Ansicht, dass Jugendliche, egal, wie sie in ihrem Beiratsgebiet agieren wollen, es gibt ja auch noch andere Formen, jedwede politische Unterstützung ohne den erhobenen Zeigefinger erhalten sollen und die Rahmenbedingungen hierfür schnellstens umgesetzt werden müssen. Herr Senator Röwekamp sollte endlich einmal den Fuß von der Bremse nehmen und der Jugend signalisieren, dass er das politische Engagement, das sie jetzt zurzeit zeigen, auch unterstützen will.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Dass es erwünscht ist! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bezüglich der Beteiligungsrechte verweist der Senat auf ein paar gelungene Beispiele, wir kennen sie alle, Pauliner Marsch, Stadionausbau, Stadionbad - ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die rechtzeitige Fertigstellung keineswegs mit dem vorangegangenen Beteiligungsverfahren zusammenhängt -, die WiN-Stadtteilprojekte und jetzt, neu hinzugekommen, das Areal Wilkedamm. Das heißt aber auch, dass wir die gelungenen Beteiligungsverfahren immer noch aufzählen können. Dabei müsste diese Form der Beteiligung so in dem Verwaltungshandeln etabliert sein, dass eine Bürgerbeteiligung selbstverständlich ist. Das ist sie leider keineswegs. Es hat mich ein bisschen erstaunt in der Antwort des Senats, dass er gesagt hat, dass die Beteiligung an den Veränderungen von Schulstandorten erfolgreich praktiziert wurde. Die Schule Bardowickstraße hat ihre Auflösung aus der Zeitung erfahren, die Schule Graubündener Straße hat es immerhin über die Gerüchteküche mitbekommen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist richtig falsch, Frau Wargalla!)

Nein, die haben das so mitbekommen!

Heute Morgen haben wir das in der Fragestunde erlebt. Da gibt es einen Mobilfunkstandort in Obervieland, und leider Gottes ist der Beirat Obervieland nicht rechtzeitig daran beteiligt worden, obwohl es immer Konsens war, dass die Beiräte beteiligt und die UMTS-Standorte gemeinsam mit dem Beirat bestimmt werden sollten. Er wurde nicht beteiligt, jetzt haben wir ein Problem. Jetzt steht der Mast, der Beirat möchte den Mast nicht haben, weil er gesundheitliche Gefahren für die Kinder sieht. Herr Senator Neumeyer hat zumindest zugegeben, dass er es versäumt hat, den Beirat rechtzeitig zu beteiligen, und Besserung gelobt. Wir wollen hoffen, dass das einmalige Ausrutscher sind und dass zukünftig die entsprechenden Gremien beteiligt werden.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluss noch einmal zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements etwas sagen! Es gibt in Bremen, das hat Frau Wangenheim auch gesagt, und ich war auch sehr überrascht, vielfältige Formen der Anerkennung, der Senat hat sie in seiner Antwort aufgezählt. Aber die meisten sind entweder einmalig wie ganz aktuell die Ehrung gestern von Frau Rosemarie Mester, die das Bundesverdienstkreuz für ihre Leistung in der Hospizbewegung in Bremen-Nord erhalten hat - ich glaube, ich kann hier im

Namen des Parlaments allgemein Gratulation aussprechen -,

(Beifall)

oder sie finden einmal im Jahr für ein paar Tage statt wie zum Beispiel beim Markt der Möglichkeiten. Es gibt in Bremen keine Dauerausstellung, die den Bürgerinnen und Bürgern täglich ermöglicht, über die immense Vielfalt der Selbstorganisation in Bremen Informationen zu erhalten. Frau Wangenheim hat das gerade bemängelt, dass zu wenig Öffentlichkeitsarbeit geleistet worden ist. Es müsste eigentlich viel bekannter hier in Bremen sein, was die Bürgerinnen und Bürger hier alles schon bewerkstelligen. Viele Bürger wollen sich auch engagieren, manche nur zeitlich begrenzt, manche regelmäßig, aber oft wissen sie nicht wo und wie. Da könnte eine öffentliche Plattform die Berührungängste überwinden und eventuell das Interesse für ehrenamtliches Engagement erwecken.

Bürgerschaftspräsident Weber, er sitzt leider nicht da, hat, wie jüngst in der Zeitung zu lesen war, nunmehr angedacht, die leeren Parlamentsräume, die für ein Restaurant nun nicht mehr in Frage kommen, eventuell für das europäische Informationsnetzwerk „Europe direct“ zur Verfügung zu stellen. Bündnis 90/Die Grünen begrüßt diese eingeschlagene Richtung, will aber den Beteiligten an diesem Prozess mit auf den Weg geben, einmal zu überlegen, ob hier auch ein Infopoint für bürgerschaftliches Engagement integriert werden könnte. Bremen hätte dann mitten in der Stadt umfassende Informationen über Europa und über bürgerschaftliches Engagement. Vielleicht geben wir dann den Menschen die Möglichkeit, direkt vor Ort einmal zu sehen und nicht nur im Internet, was es in Bremen alles gibt. Vielleicht gibt es dann noch mehr Menschen, die sich beteiligen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben ja in der Debatte davor gerade über einen Teil des bürgerlichen Engagements, nämlich in den Bibliotheken, diskutiert. Diese Stadt trägt ein Kleid aus bürgerlichem Engagement aus Patchwork, das ist vielseitig und bunt, und einige dieser Facetten haben wir in der vorigen Debatte gerade gehabt.

Frau Wargalla, der Zwischenruf von Frau Hövelmann hat Ihnen klar gemacht, das war eine Falschinformation mit der Schule, was Sie da eben verbreiten wollten. Wenn Sie sagen, wir haben seit 1996 ein Referat Bürgerbeteiligung, dann stimmt das natürlich, aber das war eine Person, als das 1996 gegründet wurde. Der richtige Weg in die Bürgerkommune, in die Bürgerstadt, hat 2002 mit den Dialogen begonnen. Da ist zum ersten Mal in dieser Stadt eine Aufbruchstimmung gewesen. Ich will nicht die Stifter und was es vorher alles gegeben hat, immer rühmen. Die Dialoge, die mit Verwaltung, mit Bürgern, mit jedem, der daran teilnehmen wollte, stattgefunden haben, haben den richtigen Anstoß gegeben auf dem Weg in die Bürgerkommune und die Bürgerstadt.

Es ist dankenswerterweise großartig von der Bertelsmann Stiftung begleitet worden. Zwei der großen Wegweiser, die wir auf dem Weg in die Bürgerstadt haben, sind einmal, dass wir von der Bertelsmann Stiftung einen Preis bekommen haben für das Engagement, das Bremer Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung hier gezeigt haben, und das ist die Gründung der Bürgerstiftung, die den Weg in die Bürgerkommune, in die Bürgerverwaltung, in die Bürgerstadt mit begleiten soll, meine Damen und Herren.

Ich möchte da aus der Ausschreibung von Bertelsmann mit Genehmigung der Präsidentin noch einmal zitieren: „Die Demokratie lebt von der aktiven Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger. Darum kommt es darauf an, bürgerliches Engagement und örtliche Verantwortungsgemeinschaften von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu fördern.“ Mit Bürgerschaft waren in diesem Fall nicht wir gemeint. Wir diskutieren heute über die Mitteilung des Senats, die auf eine Reihe von Debatten antwortet, was wir eigentlich in der Verwaltung gemacht haben. Verwaltung ist ewig, sagt man immer, Politiker kommen und gehen, Verwaltung ist ewig. Wissen Sie, in zehn Jahren, finde ich, hat sich diese Verwaltung in Bremen gewaltig geändert. Es gibt nicht mehr, oder es ist jedenfalls nicht mehr die Regel, die Verwaltungsbeamtin oder den Verwaltungsbeamten mit dem Charme eines preußischen Unteroffiziers, die/den die Wünsche, die ihm/ihr die Bürger entgegenbringen, eigentlich nur stören. Es ist doch anders geworden. Gehen Sie doch einmal in die Ämter und Verwaltungen hinein! Zum Teil liegt es auch daran, dass mehr jüngere Menschen in der Verwaltung sind.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Da hat sich doch gewaltig etwas geändert, Frau Linnert, das ist doch falsch.

Wenn Sie den Beirat Schwachhausen ansprechen: Bürgerliches Engagement muss sich im gesetzlichen Rahmen bewegen. Wir können keine gesetzlichen Freiräume geben!

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich doch gar nicht gesagt!)

Sie haben gesagt, der Innensenator steht auf der Bremse. Der muss sich an Gesetz und Recht halten und nicht den Fuß von der Bremse nehmen!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sollte er einmal machen!)

Vor mehr als zehn Jahren war es doch unvorstellbar, dass es solche runden Tische geben würde wie bei der Waller Feldmark mit Peter Kudella oder jetzt beim A-281-Tunnel. Es hätte doch niemand gedacht, dass man gemeinsam mit Verwaltung und Bevölkerung da ganz große Fragen vom Tisch bekommen kann. Es hat sich sehr wohl etwas in der Verwaltung verändert.

Meine Damen und Herren, es gibt in dieser Stadt rechtlich normierte Verfahren der Beteiligung, es gibt institutionalisierte und auch projektbezogene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Jede dieser Beteiligungsvarianten setzt auf Seiten der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger den Wunsch nach Subsidiarität voraus, ohne geht es einfach nicht. Ich möchte hier mit Genehmigung der Präsidentin ein Zitat von Bundespräsident Köhler einflechten, ich habe das schon einmal gemacht: „Bürgerengagement und Bürgerstolz sind ein Zwillingsspaar. Es wirkt nicht ansteckend, wenn man nur mit einer sauerwürstlichen Miene durch die Stadt läuft.“

Das Referat Bürgerbeteiligung ist in Zeiten der großen Koalition ins Leben gerufen worden. Es bestand damals aus einer Person, ich weiß nicht, wie viele Personen heute in diesem Referat arbeiten. Dieses Referat leitet nicht nur die Arbeitsgruppe, unterstützt die Arbeitsgruppe, die aus Staatsräten besteht, sondern, was ich viel spannender finde, hilft bei der Begleitung bürgerlichen Engagements und bei der Freiwilligenarbeit. Das ist für die CDU-Fraktion ein wichtiger Grundsatz. Wer sich im Sinne von Subsidiarität auf den Weg macht und nicht nur sauerwürstlich herumläuft, der muss auch wissen, wo und in welchen Situationen er professionelle Hilfe bekommen kann.

Wer sich einmal mit dem Gedanken getragen hat, einen Verein zu gründen, egal mit welcher Ziel-

richtung, ob er sich etwas für Kinder ausgedacht hat, Spielplatzbegleitung, der hat sicherlich mehrfach erfahren, dass er sich auf dem Weg zur Gründung dieses Vereins des Öfteren mit dem Gedanken getragen hat, das wieder hinzuwerfen, weil so viele bürokratische Hürden und Hemmnisse im Weg waren und der Mut einfach verloren gegangen ist. Wir können das nur unterstreichen, was hier in der Antwort im Satz zwei steht: Wer Engagement ermöglichen will, muss ihm auch Freiräume einräumen. Ich kann nicht verstehen, dass ein Elternverein genauso alle paar Jahre geprüft wird wie ein großer Sportverein, bei dem gewaltige Geldmengen im Spiel sind. Da muss sich etwas verändern, das hat der Senat in seiner Antwort auch angedeutet. Wir warten jetzt auch auf die Vorschläge, um sie auch hier in diesem Hause diskutieren zu können, meine Damen und Herren.

Zu den Ehrungen, auch da hat sich etwas verändert! Es ist doch nicht so, dass heute noch jeder, wenn er in einen Verein oder ein Ehrenamt eintritt, sich auf die goldene Nadel des Vereins freut und dass bei seiner Bestattung die Flagge gesenkt wird. Die Menschen engagieren sich ganz anders, und darauf muss Verwaltung auch reagieren. Wenn Sie einmal Zeuge waren, wie die Sammlerinnen und Sammler der Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe in der oberen Rathaushalle geehrt werden, welche stolzen Gesichter und Eindrücke dies bei den Menschen hinterlässt, dann wissen Sie sehr wohl, dass sich auch an dieser Stelle die Verwaltung auf einen anderen, moderneren, fortschrittlichen Weg gemacht hat. Dass in der Aufzählung der Bürgerpreis der CDU noch fehlt, das verzeihen wir dem Senat dieses Mal noch einmal, nächstes Mal kommt er aber mit hinein!

Meine Damen und Herren, unser Gemeinwesen wäre fade, öd und leer, gäbe es dieses Engagement in vielfältigen Formen nicht. Die mündigen Bürgerinnen und Bürger müssen aber auch erkennen, wo und wie man sich einbringen kann, und da gibt es eben auch die modernen Medien. Ich habe gerade vor einigen Tagen, ein paar Häuser von hier entfernt, in der Arbeitnehmerkammer eine Publikation gefunden, die sich sehr stark vier Seiten lang damit auseinandersetzt, wie man sich in Bremen einbringen kann. Es wird auch auf die WiN-Gebiete eingegangen. Wir als CDU-Fraktion stehen sehr hinter den WiN-Gebieten, wir loben das Engagement dieser Menschen, die sich dort engagieren, immer sehr, wenngleich uns auch nicht jedes Projekt gefallen muss. Wir jubeln nicht jedes Projekt, aber wir stehen auch dazu, dass diese Entscheidungen, welche Projekte umgesetzt werden, vor Ort gefällt werden sollen, und

nicht, dass wir bestimmen wollen, was den Leuten vor Ort gut tut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bürgerschaftliches Engagement setzt auch ein engagementfreundliches Klima in der Verwaltung voraus. Da hat sich vieles geändert, ich habe es schon gesagt. Ein Ansprechpartner einer Bürgerin oder eines Bürgers mit dem Charme eines preußischen Unteroffiziers ist sicherlich nicht empfänglich für Wünsche, die von Bürgern an die Verwaltung herangetragen werden. Aber solche Staatsdiener gibt es ja in der heutigen Zeit kaum noch.

Wir finden es also in der CDU-Fraktion gut, dass der Senat davon ausgeht, dass Bürger und Verwaltung sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Wir begrüßen es, dass in der Verwaltung, das ist ja auch etwas Neues, soziales Engagement und Freiwilligenarbeit bei der Beförderung durchaus behilflich sein kann. Das war nicht immer so. Es gab sogar Zeiten, da war es in der freien Wirtschaft sogar ein Hemmnis. Die Wirtschaft denkt auch um, auch dort wird ein solches Engagement positiv gesehen. Warum soll das nicht in der Verwaltung der Fall sein? Es ist ja immer so, dass der, der sich engagiert, dadurch auch einen Lernerfolg hat, und den kann er dann in seine Arbeit wieder besser mit hineinbringen.

Der Wunsch und der Wille, sich zu engagieren, sind da auf beiden Seiten, in der Verwaltung und in der Bürgerschaft, bei den Menschen. Die Stadt Bremen tut gut daran, ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich mit ihrem Engagement einzubringen und auszutoben. Eine lebenswerte Stadt ist das, was Bürgerinnen und Bürger aus ihr machen. Dankbar können die Bremer sehen, dass sogar die Verwaltung sich auf den Weg gemacht hat, bürgerschaftlicher zu denken. Wir haben es mit der Förderung von Kulturprojekten gerade gesehen, bei mir im Stadtteil ist es der Brodepott, der sich hervorragend um die Bücherei gekümmert hat, Kollege Pohlmann wird das bestätigen können. Auch die Beaufsichtigung eines Spielplatzes wäre eine Aufgabe, die die Verwaltung viel mehr in Bürgerhände abgeben könnte. Da gibt es auch andere Beispiele in anderen Kommunen.

Meine Damen und Herren, wo Verwaltung, vielleicht noch als Vorschlag, auf bürgerliches Engagement ganz entschieden zurückgreifen könnte, das wäre der Punkt der Integration, so wie es in Holland ist. Dort stellt die Verwaltung jedem Menschen, der mit Migrationshintergrund kommt, einen Bürger mit ehrenamtlichem Engagement zur Seite, der ihm hilft, den schweren Weg in die Integration etwas leichter gehen zu können. Ich

denke, wenn wir in ein paar Jahren wieder über bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung oder bürgerschaftliche Verwaltung diskutieren, werden wir einen tüchtigen Schritt weiter nach vorn gekommen sein. Noch einmal zu Frau Wargalla: Auch der längste Weg - das ist nicht von mir, Sie wissen, von wem das ist -, auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt, und wir sind schon ein paar Schritte weiter. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und mein Vorredner haben schon viele Punkte angesprochen. Ich möchte zu Frau Wargalla sagen, vielleicht besteht auch ein kleines Missverständnis. Die Mitteilung des Senats war nicht der Anspruch, über zehn Jahre Arbeit zum bürgerschaftlichen Engagement zu berichten, sondern wir haben ja im April berichtet mit dem Handlungskonzept für die Bürgerstadt, was hier im September diskutiert worden ist, und dies ist sozusagen die Fortsetzung. Der Bericht des Senats will jetzt mit diesem Bericht aus der Arbeitsgruppe, die initiiert worden ist, einen Sachstandsbericht geben, was sich durch die Aktivitäten der Arbeitsgruppe tut, wo wir jetzt weiter machen. Es ist sozusagen ein Fortsetzungsbericht, der auf die Vorgängerberichte, die hier im Parlament jeweils abgeliefert und auch sehr engagiert diskutiert worden sind, aufsetzt.

Deswegen ist es auch nicht so, dass das, was jetzt mit der Fachstelle hier dokumentiert worden ist, zehn Jahre Arbeit der Fachstelle darstellen soll, sondern es sollte einfach noch einmal dargestellt werden, dass es diese Fachstelle überhaupt gibt, das ist auch schon ein entscheidender Fortschritt, und dass diese Fachstelle bestimmte Aufgabenfelder wahrnimmt, die hier skizziert worden sind. Selbstverständlich ist es so, darauf lege ich auch ganz großen Wert, wir haben zwar diese Fachstelle im Ressort, die auch initiieren soll, die Aufgaben wahrnehmen soll, um den ganzen wichtigen Aufgabenbereich bürgerschaftliches Engagement voranzubringen, aber das ist eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts. Alle Ressorts müssen selbstverständlich, und sie tun es ja auch, das ist im Bericht ja auch dargelegt, auch in ihrem Bereich jeweils initiativ werden

(Beifall bei der SPD)

und immer wieder auch den Blick darauf lenken, was wir noch tun können und wo wir noch besser werden können. Natürlich sind wir mitten auf dem

Wege, wir sind noch lange nicht angekommen. Das haben wir auch gar nicht für uns in Anspruch genommen. Es gibt mit Sicherheit immer wieder noch neue Ideen, neue Anregungen auch aus dem Parlament heraus, die wir hier gemeinsam diskutieren können und die wir auch gern aufnehmen, wenn sie denn realisierbar sind.

Aber ich denke, das, was wir hier in Bremen auf die Beine gestellt haben, kann sich wirklich sehen lassen. Wir haben mit der Bürgerstiftung eine Institution, die auch das bürgerschaftliche Engagement lebt, die sehr viel noch zusätzlich initiiert hat. Wir haben auch mit der Freiwilligenagentur eine, finde ich, ganz wichtige Einrichtung, die Freiwillige motiviert, Freiwillige berät und auf der anderen Seite Institutionen, die Freiwillige suchen, eine Möglichkeit gibt, beides zusammenzuführen, um das nur einmal als Beispiel zu nennen.

(Beifall bei der SPD)

Dass das funktioniert, dass wir viele Menschen motivieren können, ich glaube, das kann sich an den Zahlen festmachen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir rund 100.000 Menschen hier haben, die sich, wo auch immer, engagieren, die ihre Kraft, ihre Potentiale einbringen, ihre Freizeit dafür verwenden, anderen Menschen zu helfen oder in Kitas, in Schulen, in Altenheimen, in Sportvereinen, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Kulturbereich oder in der Hospizbewegung etwas tun, um für andere Menschen einen Dienst zu leisten, andere Menschen zu unterstützen, dann, denke ich, können wir darauf bauen. Das sind auch wichtige Hilfen, die notwendig sind, denn zum Beispiel in der Sozialarbeit, in der Arbeit mit alten Menschen oder mit Kindern sind es gerade die zwischenmenschlichen Dienste, die von den Ehrenamtlichen geleistet werden, die eben von den Professionellen im Tagesgeschäft nicht in dieser Intensität dargestellt werden können. Gerade da sind es zum Beispiel sehr wichtige Hilfestellungen auch für die Betroffenen, die manchmal ganz schwere Lebenssituationen durchmachen.

Bürgerengagement ist natürlich Stärkung der Selbstverantwortung für Bürgerinnen und Bürger. Ich sage es auch noch einmal ganz deutlich, es ist kein Ersatz für die staatlichen Leistungen, für die professionellen Leistungen, die notwendig sind. Fachleute sind in vielen Bereichen unabdingbar und notwendig. Aber es ist gerade die gute Zusammenarbeit zwischen den professionellen und den ehrenamtlichen Kräften, die hier sehr gut im Interesse der betroffenen Menschen wirken können.

Wir haben in dieser Vorlage ein Leitbild entwickelt, das wir „Leitbild der ermöglichenden Ver-

waltung“ nennen. Das ist dann im Weiteren noch einmal ausdifferenziert worden. Ermöglichende Verwaltung soll eben genau das heißen, was hier auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern eingefordert worden ist, dass Verwaltung eben nicht davor steht und nichts zulässt, sondern im Gegenteil, dass Verwaltung sich öffnet, dass sie sagt, Menschen, die uns unterstützen wollen, sind sehr herzlich willkommen. Das gilt aber ja nicht nur für die öffentliche Verwaltung, das gilt auch für alle Institutionen, die mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten. Ich finde auch, nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern gerade auch in diesen Institutionen hat sich ganz viel an neuen Modellen entwickelt, die auch gelebt werden, wenn man sich einmal umsieht, was so einige Einrichtungen uns hier sehr vorbildhaft vorleben.

Natürlich sind wir auch als Verwaltung gefordert, und wir haben beschrieben, dass wir in diesem ganzen Bereich Hemmnisse, Hindernisse abbauen, Freiräume schaffen, vor allen Dingen auch Bürokratie abbauen wollen. Das ist ja zu Recht von Herrn Oppermann beschrieben worden. Jeder von uns hat sicherlich schon einmal die Erfahrung gemacht, wenn man etwas Gutes auf den Weg bringen will, mit welchen bürokratischen Hemmnissen man dann konfrontiert ist. In der Tat geben viele dann unterwegs auf. Viele sind auch mit den bürokratischen Anforderungen einfach überfordert. Elternvereine bekommen zwar eine Beratungsleistung als Unterstützung, aber sind trotzdem mit allen Anforderungen konfrontiert, die im Grunde ein Unternehmen bewältigen muss, neben der Verantwortung, die sie als Vorstand ja auch noch ehrenamtlich tragen.

Deswegen arbeiten wir daran, zum Beispiel Zuwendungsbescheide zu vereinfachen und sie so zu formulieren, dass sie auch von sich aus per se verständlich sind. Wir arbeiten daran, insbesondere für kleinere Vereine dieses ganze Regelungskickicht zu durchleuchten und zu vereinfachen. Der Finanzsenator hat sich vorgenommen, auch die steuerlichen Voraussetzungen, die steuerlichen Auflagen zu durchleuchten und in den Blick zu nehmen und zu schauen, was man da im Interesse der Vereine erleichtern kann. Das, denke ich, ist eine ganz wichtige Voraussetzung, die wir auch weiterhin konsequent verfolgen wollen. Das ist aber, wie Sie wissen, bei den Entbürokratisierungsmaßnahmen, das wissen wir ja auch aus anderen Bereichen, nicht immer ganz so einfach, weil dann wieder rechtliche Schranken unter Umständen entgegenstehen können, die wir vielleicht als Land nicht überwinden können.

Wichtig, das ist auch gesagt worden, ist die Anerkennung, die Wertschätzung. Auch hier ist, finde ich, sehr viel passiert in Bremen. Wenn Sie sich

einfach einmal umsehen: Ich war jetzt gerade letzte Woche zum Beispiel bei der Inneren Mission, die eine große Veranstaltung für ihre Ehrenamtlichen hier im Ratskeller gemacht hat. Das kommt einfach unglaublich gut an. Die Personen, die sich hier über Jahre engagieren, fühlen sich durch solche Veranstaltungen wertgeschätzt, und ihre Leistung wird anerkannt. Das macht nicht nur die Innere Mission, das machen viele. Das ist ja hier in der Mitteilung auch dargestellt.

Auch der Senat hat sehr unterschiedliche Formen von Anerkennung und Wertschätzung gewählt, und die werden wir auch weiter entwickeln und weiter ausbauen. Das sind auch keine Eintagsfliegen, sondern das sind in vielen Fällen kontinuierliche Veranstaltungen. Wir werden, auch das haben wir in der Vorlage dargestellt, die Ehrenamtskarte prüfen. Auch das ist eine gute Idee, die man weiter verfolgen könnte, wenn wir es schaffen, auch mit anderen Institutionen eine solche Karte auf den Weg zu bringen.

Sehr gut finde ich zum Beispiel auch den Ansatz, den das Bildungsressort verfolgt mit der Möglichkeit, bei Schülerinnen und Schülern die sozialen Kompetenzen, die sie durch ein Ehrenamt gewonnen haben, zu zertifizieren und dies ebenfalls in die Zeugnisbetrachtung - entweder als Anlage oder als eigenes Zeugnis - einzubringen. Das ist ein wichtiger Punkt von Wertschätzung und Motivation und trägt für die Schülerinnen und Schüler dazu bei, eine Rückmeldung zu bekommen, dass das anerkannt wird. Solche Instrumente müssen wir weiterentwickeln und müssen darüber nachdenken, wie wir das noch ausbauen können.

Wir sind selbstverständlich gefordert als Senat, die Rahmenbedingungen auch Stück für Stück weiter zu verbessern. Ich glaube auch, Herr Oppermann, dass die Verwaltung schon ziemlich viel gelernt hat in den vergangenen Jahren, dass sich die Verwaltung - es gelingt nicht immer, das ist auch klar - aber doch deutlich stärker um Transparenz bemüht.

Es gibt zum Beispiel dieses schöne Pilotprojekt BORiS, das über das Internetportal einen Ansatz leistet, die Transparenz auch über solche Projekte weiter zu befördern. Mündige Bürger, die sich einbringen wollen in ein Gemeinwesen, sind darauf angewiesen, dass sie die notwendigen Informationen bekommen, um sich beteiligen zu können. Wir haben unterschiedliche Beteiligungsformen, die jetzt gelebt werden, wie runde Tische, wie die Stadtteilkonferenzen, wie Beiratsarbeit. Im Bereich der Jugend- und Kinderarbeit ist es Stan-

dard, dass, wenn ein neuer Spielplatz eingerichtet oder ein Jugendfreizeitheim umgebaut wird, eine solche Partizipation mit Eltern, Jugendlichen und Kindern stattfindet. Auch diesen Weg werden wir weitergehen.

Die Verwaltung ist gefordert, sich weiter zu öffnen. Dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür stärker sensibilisieren wollen, stellen wir damit unter Beweis, dass wir Fort- und Weiterbildung auf diesem Sektor anbieten, wie Ehrenamtliche stärker und besser eingebunden werden können. Das ist das Lernen von neuem Herangehen an neue Aufgabenstellungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, die das nicht gewohnt waren. Ich stelle aber fest, auch da tut sich ganz viel, und es ist ebenfalls ganz viel an Bereitschaft vorhanden zur Öffnung für Menschen, die mitarbeiten wollen und von außen kommen.

Ich finde es sehr positiv, dass soziales und ehrenamtliches Engagement auch bei den Unternehmen immer stärker an Wertschätzung gewinnt. Es ist nicht selbstverständlich, dass bei Personalentscheidungen auch dieser Faktor einbezogen wird. Dadurch können wichtige Kompetenzen eine Rolle spielen, die im Ehrenamt erworben werden können, wie soziale Kompetenz. Das ist ein ermutigendes Zeichen für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Ich denke, dass das, was wir hier als Senat vorgelegt haben, was Sie diskutiert, was Sie eingebracht haben, gut geeignet ist, auf diesem Weg weiterzumachen und daran zu arbeiten, in der Unterstützung des Ehrenamtes in Bremen, aber natürlich auch in der Gestaltung der Rahmenbedingungen Stück für Stück noch besser zu werden. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/544 S, Kenntnis.

Grundlagen für eine belastbare Planung der Krankenhausentwicklung schaffen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juli 2006 (Drucksache 16/576 S)

Wir verbinden hiermit:

Zukunft und Handlungsfähigkeit der kommunalen Kliniken sichern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 11. Juli 2006
(Drucksache 16/578 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Grünen sind die Bremer Krankenhäuser ein zentraler Faktor unserer oberzentralen Funktion, oder weniger technisch gesprochen: Die Krankenhäuser sind wichtig.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Bremen leistet über gute und funktionierende öffentliche und private Krankenhäuser einen großen Beitrag zur Gesundheitsversorgung unserer Städte und der Region. Diese Krankenhäuser mit 7500 Beschäftigten stellen einen ganz wichtigen Wirtschaftsfaktor Bremens dar, schaffen Beschäftigung, und über die Profilierung unserer Krankenhäuser können wir uns einen Ruf weit über Bremen hinaus erwerben. Die Verantwortung der Politik bezieht sich auf eine zentrale Schaltstelle der Profilierung Bremens im gesamten Bundeskonzert. Wir haben gesundheitspolitisch in der Vergangenheit viel zu bieten gehabt, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich werde in meinem Redebeitrag für Bündnis 90/Die Grünen auf das eingehen, was in der Öffentlichkeit „der neue Bremer Krankenhauskandal“ heißt, und werde dann versuchen, einen Zusammenhang herzustellen mit dem, was im Moment an Planungen in der Gesundheitsbehörde bezüglich eines Neubaus des Krankenhauses Mitte firmiert, und werde daraufhin unseren Antrag begründen, dass man vor dem Hintergrund der jetzigen Lage keine Entscheidungen für eine Ausschreibung eines PPP-Modells treffen sollte.

Der neue Bremer Krankenhauskandal - alte Hasen erinnern sich an die alte Geschichte mit Herrn Galla - hat eine Vorgeschichte, die viel mit Verwaltungshandeln, aber auch mit Entscheidungen von Ihnen hier, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen in der Bremischen Bürgerschaft, zu tun hat. Es wurde nämlich entschieden, noch vor der letzten Wahl, ganz schnell mit ganz viel Druck, dass

man die Bremer Krankenhäuser in vier einzelne GmbHs und in eine Holding umwandeln sollte. Parallel zu heute ist, dass es auch damals schon Bedenken dagegen gegeben hat, Alternativkonzepte der Grünen wie eine Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Das Verfahren in der senatorischen Behörde war aber so, wie wir es heute wieder vorfinden, wenn es darum geht, den Masterplan Mitte durchzusetzen, nämlich nicht rechts und links schauen, Bedenken sind per se schlecht, Durchsetzen wird zur ersten Verwaltungspflicht und Hauptsache durchsteuern, und das alles schnell!

Die große Koalition hat ihren Willen bekommen, sie hat die vier GmbHs bekommen und eine eher insuffiziente Holding mit Geschäftsführern, die ziemlich viel Geld kosten und vor allen Dingen ziemlich viel Geld ausgeben, vor allem für überflüssige Werbekonzepte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Geschäftsführer der Holding, Herr Tissen, von Frau Röpke eingestellt, hat sich durch teure Gutachten, teure Werbeausgaben, ziemlich sonderbare Umgangsformen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgezeichnet. Letztendlich hat er dann noch das Rotationsmodell geboren, mit dem man sicherstellen wollte, dass die Geschäftsführer bloß keine Verbindung zu ihren Häusern aufbauen, weder emotional noch sonst wie, indem die Geschäftsführer der Krankenhäuser rotieren sollten. Großspurig hat er letztendlich nichts weiter hinterlassen als verbrannte Erde. Irgendwann war es dann doch genug, und der Vertrag mit Herrn Tissen wurde im März 2006 nicht verlängert. Die Gründe blieben bis heute unter dem Deckel, ich verspreche Ihnen aber, dass noch Dinge darüber herauskommen werden.

Von Herrn Tissen eingestellt wurde ein alter Bekannter aus alten Zeiten in Bad Oeynhausen, nämlich als Geschäftsführer des Krankenhauses Bremen-Ost, Herr Lindner. Er sollte im Zusammenhang mit den Rotationsplanungen Übergangsweise sogar - ein Schelm, wer Böses dabei denkt - das Krankenhaus Mitte übernehmen. Seit Monaten gibt es Gerüchte darüber, und den gesundheitspolitischen Sprechern aller Fraktionen müssen auch Teile davon bekannt sein, dass es im Krankenhaus Ost nicht mit rechten Dingen zugeht, dass dort Patienten verschoben werden in andere Krankenhäuser, dass Mitarbeiter im Rahmen von Überlassungsverträgen in andere Krankenhäuser delegiert werden, dass teure Gutachten gemacht werden und dass es Schwierigkeiten mit den vertraglichen Vereinbarungen gibt, die vorgeschrieben sind, wenn Patienten verlegt werden.

Für die Grünen haben sich die am Anfang lockeren, aber dann zunehmend intensiver werdenden Gerüchte Anfang dieses Jahres verdichtet. Wir haben versucht zu recherchieren, man fand Leute vor, die immer wieder dasselbe sagten: Da steht ein Auto vor der Tür, da werden Patienten hineingesetzt, zu einem Krankenhaus gefahren, das wir nicht kennen, es gibt Mitarbeiter, die dorthin kommandiert werden, es gibt die Anweisung von Herrn Lindner, Material, also Inventar des Krankenhauses Ost, nach Rastede und Bad Oeynhausen zu verfrachten, es gibt Anweisung in der Geriatrie, Patienten dorthin zu verlegen ohne Rechtsgrundlage und immer so weiter.

Zu der Geschichte gehört auch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Zeugen aus dem Krankenhaus Ost aussagen werden, und das auch unter Eid können und werden, dass sowohl die Senatorin als auch der ehemalige Staatsrat Knigge, als auch der Abteilungsleiter der Abteilung Gesundheit, Herr Dr. Gruhl, Kenntnis von Teilen dieser Vorwürfe erhalten haben, dass aber alle, die dorthin gegangen sind und ihnen vorgetragen haben, was man da hört, den Eindruck hatten, in der senatorischen Behörde will man es nicht hören, es passt nicht ins Konzept, man will lieber seine Sache durchziehen ohne weitere Verzögerung, ohne dass irgendetwas quer kommt.

Am 23. Mai, nachdem wir uns ziemlich sicher waren, dass es sich nicht einfach darum handelt, dass jemand irgendwem schaden will oder was Abgeordneten sonst immer einmal so zugeflogen kommt, sondern dass es sich um mehr handelt, haben die Grünen, Frau Hoch und ich, Akteneinsicht im Ressort beantragt. Wir haben zwei Tage später, dafür bedanke ich mich hier auch, prompt eine Antwort und Genehmigung bekommen, die bedingungslos erfolgt ist, wir durften also alles sehen. Frau Hoch und ich sind nach zeitlichen Verzögerungen, die zum Teil wir, weil wir Terminschwierigkeiten hatten, zum Teil auch Herr Lindner, zu verantworten haben, Dienstag vor einer Woche ins Krankenhaus Ost gegangen, um uns die Unterlagen, um die wir gebeten hatten, nämlich etwaige Verträge mit der Siekertalklinik und ihren Dependancen in Bad Oeynhausen und in Rastede, anzuschauen.

Zu Beginn des Gesprächs haben wir nach Gutachten gefragt, das war nicht Teil der Akteneinsicht, darüber haben wir auch keine Unterlagen erhalten. Herr Lindner hat aber gesagt, was mittlerweile ja auch öffentlich eingeräumt wurde und in dem Bericht an die Gesundheitsdeputation steht, dass im Jahr 2005 921.000 Euro für Gutachten ausgegeben worden sind und im Jahr 2006 955.000 Euro, wobei die größten Teile, näm-

lich 493.000 Euro an die ADMED GmbH, 135.000 Euro an K und H Consult und 348.000 Euro an S und P medconsult und ähnliche Beträge auch im Jahr 2005, an Einrichtungen, Beratergremien oder Firmen gehen, mit denen Herr Lindner enge persönliche Beziehungen unterhält. Für diese mit hohen Summen bestückten Gutachten und Beraterverträge gibt es in keinem Fall einen Aufsichtsratsbeschluss, für diese Gutachten und Werkaufträge gibt es keine Ausschreibung, sie wurden teilweise ohne schriftlichen Auftrag erteilt, teilweise gibt es auch kein schriftliches Ergebnis. Allein das rechtfertigt viel mehr als das, was bis heute passiert ist, und es ist auch sicher, dass die senatorische Behörde auf dubiose Gutachtenvergabeverfahren in der Vergangenheit aufmerksam gemacht worden ist.

Unsere Akteneinsicht hat einen Vertrag mit der Siekertalklinik zutage gefördert, er wurde uns dort vorgelegt, in diesem ist am 15. Januar des Jahres 2006 vereinbart worden, 30 geriatrische Betten im Krankenhaus Oeynhausen für das Krankenhaus Bremen-Ost vorzuhalten. Weiterhin heißt es in dem Vertrag, ich zitiere: „Die Auftragnehmerin betreibt ab dem 1.1.2006 die Klinik Rastede im Auftrag der Auftraggeberin.“ Die Auftraggeberin ist das Krankenhaus Bremen-Ost. „Die Auftraggeberin wird ab diesem Zeitpunkt sämtliche neurologischen Anschlussheilbehandlungspatienten bis zur Kapazitätsgrenze der Auftragnehmerin von 90 Betten dieser zur Behandlung zuweisen.“ Diesen Vertrag hat Herr Lindner ohne jede weitere Gremienbefassung unterzeichnet mit jemandem von der Siekertalklinik, wo sein alter Spezi Herr Schuhmacher als Prokurist arbeitet.

Es handelt sich bei den Überweisungen des Krankenhauses Bremen-Ost in die Siekertalklinik, die zwei Dependancen in Rastede und in Bad Oeynhausen hat, um zwei verschiedene Sachverhalte. Der eine Sachverhalt bezieht sich auf sogenannte Anschlussheilbehandlungen im Rahmen der Neurologie, da erheben die Grünen keinen gesundheitspolitischen Vorwurf. Man kann sagen, es war nicht richtig, den Aufsichtsrat nicht zu beteiligen, und man kann sagen, dass es letztendlich Vorteilsannahme gewesen ist, weil es dort nicht zu einem ordentlichen Ausschreibungsverfahren gekommen ist. Wir sagen aber nicht, dass dort etwas passiert ist, das Patienten unrecht getan hat.

Wir sagen, dass da ein kaufmännischer Fehler passiert ist, weil die Rehabilitation in Deutschland stark unter Druck steht und es nicht sinnvoll ist, außerhalb Bremens Rehabilitationspatienten zu überweisen, sondern in Kooperation mit dem Krankenhaus Nord und Ost wären Lösungen möglich gewesen. Das sollte nicht sein. Es ist

mittlerweile auch so, dass die Krankenkassen die notwendige Zustimmung, die nach einer Probe-phase, die man dort gemacht hat, erforderlich gewesen wäre, verweigert haben. Der Spuk ist also beendet. Die Krankenkassen haben erklärt, dass die qualitativen Voraussetzungen für die Anschlussheilbehandlungen, der Rehabilitation, nicht gegeben sind.

Anders verhält es sich mit den Patienten aus der Geriatrie, die im Rahmen ihrer Akutbehandlung aus dem Krankenhaus Bremen-Ost in die Klinik Bad Oeynhausen verlegt wurden. Da handelt es sich um Menschen, die in der Geriatrie liegen, und weil man findet, dass man von den Krankenkassen nicht genug Geld für sie bekommt, während sie sich im Krankenhaus Ost aufhalten, verschiebt man sie im Laufe ihrer Akutbehandlung in ein anderes Krankenhaus, an einen billigeren Produktionsstandort. Dafür, meine Damen und Herren, gibt es nirgendwo in Deutschland eine Rechtsgrundlage. Das Krankenhaus war dafür nicht zugelassen. Ehrlich gesagt, es ist auch menschlich diesen Menschen gegenüber eine richtige Saurei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie, wenn sie das Krankenhaus Ost aufsuchen, nicht woanders hin verschoben werden. Die Verschiebung der Geriatriepatienten ist schlicht und einfach illegal. Es handelt sich neben allem, was da menschlich passiert ist, ganz einfach um Betrug an den Krankenkassen. Mit Datum vom 6. Juni 2006, also vor der grünen Akteneinsicht, weil es jetzt ja wieder darum geht, uns den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben - von Ihnen nicht, Frau Senatorin, das rechne ich Ihnen auch hoch an, weil Sie unter der Sache ja schwer zu leiden haben -, wurde der Vertrag von Herrn Lindner mit folgendem Text gekündigt: „Sollte sich bis September 2006 keine weitere Zusammenarbeit der Vertragsparteien ergeben, verpflichtet sich das Klinikum Bremen-Ost, den Betrieb der Klinik Rastede zum 1. Oktober 2006 eigenverantwortlich zu übernehmen und die anteiligen Konzeptkosten der Siekertalklinik zu erstatten.“

Auch die Vertragskündigung erfolgte ohne Aufsichtsratsbeschluss, ohne Konzept in der Gesundheitsdeputation, ohne Information - oder wussten Sie es vielleicht doch, Frau Mohr-Lüllmann? -, ohne Information der gesundheitspolitischen Sprecher, ohne Verträge mit den Krankenkassen, ohne Gesamtkonzept! Um der Sache die Krone aufzusetzen, sind vor ungefähr sechs Wochen 780.000 Euro aus dem Krankenhaus Ost an die Siekertalklinik überwiesen worden, ohne Rechts-

grundlage, ohne Aufsichtsratsbeschluss, ohne alles.

Hier ist, neben all den Abgründen, die sich da auf-tun, ein riesiger Schaden für die Gesundheit Nord entstanden, insbesondere für das Krankenhaus Bremen-Ost, das in beachtlicher Art und Weise versucht, sich so aufzustellen, dass es konkurrenzfähig ist. Es ist ein Schaden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entstanden. Da haben Leute zu uns gesagt, sie würden dort ausgeplündert. Diesen Eindruck haben die Leute da gehabt, und sie hatten den Eindruck, sie könnten sagen, was sie wollten, sie liefen vor Wände.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ein Schaden für die Patienten entstanden, hoffentlich keiner mit nachhaltigen Folgen. Auf jeden Fall kann man es nicht akzeptieren, dass Menschen ohne Rechtsgrundlage woanders hin verschoben werden. In Anbetracht der Ungeheuerlichkeiten, das sind dieselben Leute, die die Gutachtaufträge ohne Gegenleistung erhalten haben, wie diejenigen, die davon profitiert haben, dass wir den Vertrag mit der Siekertalklinik abgeschlossen haben, haben die Grünen dann einen Tag nach der Akteneinsicht zunächst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und danach Informationen an die Öffentlichkeit gegeben. Herr Lindner wurde von Staatsrat Knigge unverzüglich von seinen Geschäftsführeraufgaben entbunden. Staatsrat Knigge hat dann am Samstag nach der Akteneinsicht um seine Entlassung gebeten. Senatorin Röpke hat einen Sonderermittler beauftragt. Mittlerweile gibt es einen ersten Bericht in der Gesundheitsdeputation, der die Recherche der Grünen bestätigt. Das ist Hintergrund dessen, was hier passiert ist.

Dies müssen Sie erst einmal an sich heranlassen, dass es in Bremen möglich ist, obwohl es Warnungen gegeben hat, dass Leute in einem Holding-Gestrüpp so agieren und dass mehrere Personen, die nicht unbedingt den Grünen politisch nahe stehen, das sind andere, aussagen können, falls es doch noch zu einem Untersuchungsausschuss kommt. Ich sage Ihnen, die Grünen scheuen das nicht! Die Sache schreit danach, weil sie ungeheuerlich ist. Wenn wir hier den Eindruck haben, dass Sie nicht alles tun, um aufzuklären, dann werden wir, auch wenn nicht mehr viel Zeit bis zur Wahl ist, den Mut haben, das zu machen. Wir werden es uns nicht gefallen lassen, dass jetzt unter den Teppich gekehrt wird, wie es eigentlich kommen kann, dass Menschen in die senatorische Behörde gegangen sind und dort gesagt haben, da läuft etwas nicht. Zum Teil sind

Kopien von Gutachtaufträgen geschickt worden. Wo ist das alles geblieben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der erste Bericht in der Gesundheitsdeputation bestätigt voll und ganz die Recherche der Grünen. Der erste Teil unseres Antrags beinhaltet deshalb eine schonungslose Aufklärung. Wir wollen einen Bericht an die Stadtbürgerschaft. Wir wollen nicht, dass das in der Gesundheitsdeputation irgendwie, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, wieder hingemuddelt werden kann. Wir wollen einen Beschluss haben, dass der Sonderermittler weisungsfrei ist. Ich möchte nicht die siebte oder achte durchgekautete Fassung haben, bis es der Gesundheitsverwaltung dann endlich gepasst hat, was über ihr unerträgliches Verhalten letztendlich in die Öffentlichkeit gerät.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die vorläufige Bewertung für die Grünen lautet: Die politische Verantwortung, so bitter das für sie sein mag, trägt die Senatorin Karin Röpke. Sie trägt die politische Verantwortung für das völlige Versagen der Fachabteilungen, die immer nur ihren Masterplan im Kopf hatten und alles, was gestört hat, weggedrückt haben, für das Fehlverhalten für Staatsrat Knigge und der Fachabteilungen, die in den letzten Jahren alle Warnungen und Mahnungen in den Wind geschlagen haben, für die das Durchsteuern zum Selbstzweck geworden ist, die Bedenken und Kritik ignorieren.

Es gibt in Ihrem Ressort, Frau Senatorin Röpke, keine Kultur der Meinungsvielfalt, keine Fehlerfreundlichkeit, wo man sich einmal anschaut, wo die Probleme liegen. Sie steuern nur noch durch. Es gibt keinen öffentlichen Diskurs über das, was Sie in Zukunft vorhaben, und es gab keinen über die Probleme der Vergangenheit. Ihre peinliche Presseerklärung vom Februar 2006, als alle, die von dem Thema etwas verstehen, wussten, dass Herr Tissen nicht zu halten sein wird, diese peinliche Ehrenerklärung für ihn, kann ich Ihnen hier auch noch vorlesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt also keine Kultur der Meinungsvielfalt. Das GmbH-Modell wurde durchgepaukt, es wurde an Herrn Tissen festgehalten, es wurde an Herrn Lindner festgehalten, und jetzt muss es unbedingt der Masterplan Mitte sein, und zwar dieser.

Ich erkläre hier für die Grünen, wir sind für einen Neubau. Das ist die einzige Chance für dieses Krankenhaus. Wir sind dafür, dass es medizinische Kompetenzzentren gibt. Das ist das gesund-

heitspolitische Modell der Zukunft. Wir sind der Auffassung, dass man um einen moderaten, aber verantwortlichen Abbau von Betten und Personal nicht umhinkommt. Sie haben hier aber jahrelang versäumt, Investitionsmittel für das Krankenhaus Ost einzuwerben. Die Angebote der Grünen, Sie dabei zu unterstützen, wurden in den Wind geschlagen. Jetzt soll es das PPP-Modell sein, obwohl alle wissen, dass das hochproblematisch ist. Man bindet sich 30 Jahre lang an einen Partner.

Die Risiken in dem Modell werden überhaupt nicht ausreichend bewertet. Ihre Zahlen, die Sie vorlegen müssen, weil Sie beweisen müssen, dass das PPP-Modell das wirtschaftlichere ist, sind unseriös und interessengeleitet. Die Personaleinsparungszahlen, die darin stehen, sind utopisch. Sie haben sich noch nicht einmal Gedanken darüber gemacht, ob es dann, wenn es nicht zu dem Tarifvertrag kommt, wie man befürchten muss, überhaupt möglich ist, die Personaleinsparungen durch weiteren Abbau zu erwirtschaften, oder ob Sie dann nicht im Grunde funktionsuntüchtige Abteilungen vorfinden!

43 Millionen Euro sollen im Jahr 2011 durch den Neubau eingespart werden. Die Zahlen sind geschönt. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen ist nicht abzusehen. Das Sonderbare ist, dass die von Ihnen vorgelegte Wirtschaftlichkeitsberechnung so tut, als würde bis zum Jahr 2011 gar nichts passieren, sondern die von der Landeshaushaltsordnung vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsberechnung sagt plötzlich, ab 2011 ist es wirtschaftlich. Warum denn wohl? Weil dann der Neubau steht! Sie fälschen die Zahlen, um Ihr politisches Ziel durchzusetzen. Jetzt soll ein Beschluss für den Masterplan Mitte her, koste es, was es wolle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Fachabteilung, die so grandios in der Kontrolle der Geschäftsführer versagt hat, bereitet jetzt den größten Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung, den Bremen je zu zeitigen hatte, vor. Sie meiden den öffentlichen Diskurs über die größte Investitionsentscheidung Bremens der letzten Jahre nach dem CT IV. Wenn das schiefliegt, dann wird das rabiante Auswirkungen auf das gesamte Gesundheitswesen haben. Es ist nicht richtig, das hier durchzupauken und nicht nach rechts und links zu schauen. Der Gesetzgeber verpflichtet Sie, eine Landeskrankenhausplanung zu machen, und zwar ein Gesetz, das man mit Kassen und Krankenhausgesellschaft abstimmt. Das gibt es gerade in der Abstimmung, aber die Daten für das Klinikum Mitte sind dort nicht eingestellt.

Ich verspreche Ihnen, die Grünen werden, wenn Sie uns noch ein paar Wochen Zeit geben, öffentlich zu erörtern, was Sie da vorhaben, und bereit sind, das, was es an Problemen gibt, mit uns gemeinsam zu beseitigen, sich auch intensiv auf die Suche nach einer Haushaltsfinanzierung machen, denn was Sie da gerade machen wollen, ist ein PPP-Modell in einer Dimension, wie es es in ganz Deutschland nicht gibt. Das wollen Sie auf der Basis dessen, was hier in den letzten Monaten passiert ist, wirklich verantworten? Das kann man gar nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen sich Gedanken darüber machen, was passiert, wenn es schiefgeht. Es deutet ganz viel darauf hin, dass die Zahlengrundlagen, die Sie haben, nicht stimmen. Es geht nicht darum, jetzt dem Betriebsrat oder Herrn Bremermann zu gefallen und die Sache durchzupauken. Sie werden die Hauptbetroffenen sein, wenn die Sache schiefgeht. Man muss damit rechnen, dass dieses PPP-Modell, wenn es denn so kommt, wie Sie wollen, dauerhaft von öffentlichen Zuschüssen leben müssen. Wie soll Bremen das bezahlen? Die Krankenhäuser werden nur überleben können, wenn es jetzt gelingt, die Sache solide zu machen. Die Planungen aus Ihrem Haus sprechen nicht dafür, dass es so ist. Geben Sie uns eine Denkpause zum Nachdenken im Interesse der Krankenhäuser Bremens!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema, das heute angesprochen wird, berührt uns sehr, was die Fakten anbetrifft, die wir auch in der Gesundheitsdeputation gehört haben. Wir sollten hier nicht mit Vermutungen, Spekulationen reagieren, sondern wir müssen die Sache eindeutig klären. Das müssen wir diesem unabhängigen Sonderermittler überlassen, bevor wir hier spekulieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das kann nur die Antwort sein. Was da an Vorfällen gemunkelt wird, ist nur so möglich zu eruieren. Wir fordern als SPD-Fraktion natürlich auch eine totale Aufklärung der Vorfälle, damit wir auch gegensteuern können, was die Zukunft anbetrifft.

Wie gesagt, gegenwärtig befinden wir uns in einer sehr kritischen Phase, was unsere kommunalen Kliniken betrifft. An allen Ecken und Enden wird

gezerrt, zerredet, aber auch spekuliert. Wir als Sozialdemokraten halten dagegen an unserer grundsätzlichen Linie fest, lassen uns weder durch diese Vorgänge in Bremen-Ost noch durch die Streikaktion des Marburger Bundes noch durch gegenseitige Blockaden der verschiedenen Akteure verunsichern. Das ist und bleibt unsere Linie. Wir wollen weiterhin eine optimale Patientenversorgung und die Arbeitsplätze langfristig sichern, und das vor allen Dingen in kommunalen Kliniken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen keine materielle Privatisierung, denn sie gibt es bereits in vielen Städten. Dort gibt es Erfahrungen mit privaten Anbietern. Ich erinnere nur an Hamburg. Der Verkauf hat nichts gebracht, im Gegenteil, er hat Kosten produziert. Die Beschäftigten der Privatkliniken in Hamburg sollen jetzt nach Auslaufen der Überleitung 17 Prozent ihres Einkommens weniger bekommen. Das ist nicht unsere Politik, in diese Richtung wollen wir nicht gehen.

Doch nun komme ich wieder zu den Vorgängen in Bremen. Hier müssen aus unserer Sicht zwei Dinge voneinander getrennt werden, auf der einen Seite die Problematik, die sich durch die möglichen Kompetenzüberschreitungen des Geschäftsführers aus dem Klinikum Ost ergibt, wie es auch in der Deputation erläutert wurde. Hier kann viel hineininterpretiert werden, Frau Linnert. Wir Sozialdemokraten setzen da auf umfassende Aufklärung. Wir wollen keine Spekulationen, und der Sonderermittler wird da tätig werden. Ich muss auch hier noch einmal darauf hinweisen, Frau Mohr-Lüllmann, wenn Sie in der Öffentlichkeit sagen, die Zahl der Sitzungen der Aufsichtsräte und deren Kontrollgebaren wäre nichts gewesen, dann muss ich Ihnen doch sagen, auch von Ihrer Partei sitzen Leute in den Aufsichtsräten, und sie sind da auch nicht informiert gewesen. Von daher sage ich, dies ist der falsche Weg.

(Zurufe von der CDU)

Nein, in den Aufsichtsräten vor Ort sitzen auch Leute, Staatsräte - -

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber keine Abgeordneten!)

Ja gut, Abgeordnete nicht, sondern Staatsräte, auch von der anderen Partei! Im Januar wurde gefordert - -

(Zuruf des Abg. Pflugradt [CDU])

Ich sagte nur, da sitzen alle Vertreter.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Wer hat denn die Verantwortung?)

Na ja, die haben alle Aufsichtsräte, die Verantwortung!

(Abg. Herderhorst [CDU]: Nur nicht die Senatorin!)

Ich will nur daran erinnern, im Januar wurde in einer Anfrage von der CDU-Fraktion gefordert, die Zahl der Aufsichtsratssitzungen aus Kostengründen zu reduzieren. Wir haben diese Anfrage nicht mitgemacht. Es wurde auch gefordert, den Einfluss der Betriebsräte und der Beiräte zu begrenzen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aufsichtsräte, die nichts erfahren, kann man in der Tat einsparen, da hat die CDU doch Recht gehabt! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir sagen, wir brauchen eine gewisse Kontroll-dichte.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber wenn sie keiner informiert!)

Wir müssen auch immer wieder prüfen, sind die Aufsichtsratssitzungen auch so optimal, dass man eben eine Kontrolle durchführen kann. Das greifen wir, wie gesagt, immer wieder auf. Wir haben dazu auch eine Arbeitsgruppe innerhalb unserer Fraktion, die das ganze Beteiligungswesen in diese Richtung analysiert und immer wieder aufgreift. Von daher ist es eine ständige Aufgabe, die wir wahrnehmen müssen.

Ein weiterer Punkt ist die Korruptionsbekämpfung. Vielleicht müssen wir hier auch optimieren, ich nenne da nur die Deutsche Bahn. Sie hat hierzu Ombudsleute außerhalb des Unternehmens, an die man seine Beschwerden richten kann, das ist ein vorbildliches System.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Man denkt ja, man hat einen Staatsrat dafür!)

Nein, aber es gibt Dinge, die man eben darüber bestens regeln kann.

(Lachen bei der CDU)

Wir sollten diese Fragen dem Sonderermittler überlassen und dann sachlich an die Forderungen herangehen und diese Prozesse optimieren. Ich

glaube, das ist der richtige Weg, und wir sollten jetzt nicht spekulieren, wer was wo und wie getan hat, sondern wir sollten jetzt den geraden Weg gehen und abwarten, was der unabhängige Sonderermittler uns vorlegt. Das muss schnell geschehen, und da müssen auch Konsequenzen folgen.

(Beifall bei der SPD)

Doch sachlich müssen wir trennen, denn die Frage des Erhalts der kommunalen Kliniken ist ein ganz anderer Zusammenhang. Wir sollten uns davor hüten, dies mit den Vorgängen in Bremen-Ost zu vermischen. Wir Sozialdemokraten haben dabei eine eindeutige Position.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Land, ein Haushalt!)

Uns geht es um eine erfolgreiche Neuausrichtung der kommunalen Kliniken und der dortigen Arbeitsplätze. Noch einmal zur Erinnerung, Frau Linnert hat es schon gesagt, es sind 7000 Mitarbeiter in den Kliniken, sie brauchen Gewissheit, was geschieht. Wie gesagt, die Kliniken sind einer der größten Arbeitgeber in der Region, und sie stellen zwei Drittel des Versorgungsbedarfs in Bremen sicher.

Wir stehen jetzt bei der Neustrukturierung vor einer der wichtigsten Etappen. Unser Ziel ist es, im Jahre 2012 zu einem positiven finanziellen Ergebnis zu gelangen. Dazu sind jetzt von der Holding und den einzelnen Häusern zahlreiche Vorschläge entwickelt worden, die jeder für sich unabdingbar für den Erfolg der Neustrukturierung stehen. Dazu zählen Einzelmaßnahmen wie beispielsweise im Dangaster Konsens, dazu zählt ein Benchmark unter den Kliniken, dazu zählt aber auch der Masterplan in Bremen-Mitte. Er wird schon seit Anfang 2003 diskutiert, und das ist eine lange Zeit, und da konnte man sich informieren. Wir als Fraktion sind permanent hinterher gewesen, was dort passiert, und wir haben auch die verschiedenen Akteure darüber ausgefragt.

Ich weiß nicht, was bei einer Verschiebung um drei Monate noch herauskommen soll, welche neuen Erkenntnisse sich hierbei für den Masterplan ergeben sollen. Dieser Masterplan wurde auch schon von unabhängigen Gutachtern beurteilt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Bezahl vom Klinikum Mitte, ja!)

Nein, es waren unabhängige Gutachter! Es wurden ja auch leichte Veränderungen vorgenommen. Es soll jetzt sechs medizinische Kompe-

tenzzentren geben, es war ursprünglich an neun gedacht, und es sollen weitere medizinische und nichtmedizinische Dienstleistungszentren folgen. Gemeinsam mit den Beschäftigten wurden die Organisation und die Ablaufprozesse neu definiert und in einem Handbuch festgehalten. An diesem Organisationsprozess waren 200 Mitarbeiter beteiligt. Mit diesen Maßnahmen und mit dem Neubau sollen die Struktureffekte erzielt werden, die die Kliniken wieder in ein sicheres Fahrwasser bringen sollen.

Ein weiteres Thema ist die Finanzierung. Hier ist ein PPP-Inhaber-Modell angedacht, dabei übernimmt der private Investor den Bau des Gebäudes, das Facility Management und die Finanzierung. Es soll jetzt eine Ausschreibung erfolgen. Wir hatten noch am letzten Freitag eine Diskussion in der Fraktion mit dem Architekten, mit dem Gutachter des DGB, also der Arbeitnehmer, der Prozessoptimierer war auch anwesend, und alle bescheinigten uns, wir müssen jetzt loslegen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, einen Architekten haben Sie auch schon?)

Ja, der war dabei, warum denn nicht?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist ja toll! Das PPP-Modell ist noch gar nicht ausgeschrieben, aber einen Architekten haben Sie schon! Es wundert einen nichts mehr! - Heiterkeit bei der CDU)

Es ging ja um die Finanzierung! Finanzierung und Architekturleistungen haben ja gar nichts miteinander zu tun, Frau Linnert!

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann stimmt aber die Finanzierung nicht mehr! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Auf jeden Fall dürfen wir uns keine Denkpause leisten, sonst können wir im Jahr 2011 die Struktureffekte von über 30 Millionen Euro nicht erzielen, das ist das Wichtige. Es wurden auch Themen angesprochen, wie die Situation wäre, wenn man gar nichts tut: Das heißt, in fünf Jahren ist das Klinikum Mitte insolvent, die Bauweise ist kaputt, und die Mitarbeiter müssen dann die Konsequenzen ziehen.

Eine andere Frage ist, ob man nur einen kleineren Bau machen könnte. Nur einen Teil zu machen ist schwierig, man hat die Struktureffekte nicht in dieser Größe. Auch wenn man gar nichts machen und die Klinik so erhalten würde, fielen 69 Millionen Euro Investitionskosten in den nächsten vier Jahren an. Die Kinderklinik ist völlig marode, hier

ist Handlungsbedarf, da muss man sehen, wie man das finanziert.

Der Masterplan ist sehr ehrgeizig, 700 Vollzeitstellen sollen wegfallen, allerdings soll das mit Fluktuation und ohne betriebsbedingte Kündigungen durchgeführt werden. Das soll mindestens eine schwarze Null in 2011 ergeben. Das Projekt hat Chancen, hat aber auch Risiken, das haben wir nie bestritten. Wir sagen aber, wenn wir jetzt nicht loslegen, dann wird es problematisch. An den anderen Kliniken fallen 100 Stellen weg, wir hoffen aber, dass diese Stellen teilweise aufgefangen werden durch vor- und nachgelagerte Leistungen wie medizinisches Versorgungszentrum, Reha- oder Präventionsangebote.

Wir Sozialdemokraten begrüßen, dass der Senat die Fortschreibung der Neustrukturierung der Gesundheit Nord fortsetzen will, und gerade hier darf es keine Verzögerung geben, auch wenn das jetzt mit dem Krankenhaus Bremen-Ost passiert ist. Wir verschließen uns dem Privatisierungskalkül, wie es existiert.

Wir wissen nicht, welche Erkenntnisse die Grünen in den nächsten Wochen noch erzielen wollen, auch Ihr Antrag ist völlig widersprüchlich. Am Anfang mahnen Sie zur Eile, und am Ende sagen Sie wieder, Sie wollen ein Moratorium. Auch Ihr Bürgermeister aus dem Viertel sagt, wir müssten jetzt beginnen, wir könnten das nicht verschieben, die Grünen-Fraktion sagt etwas anderes.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Eigenständige Menschen mit eigenständigen Köpfen!)

Ein derartiges Projekt, das ein größeres Konsortium erfordert, muss jetzt beginnen, denn die Investoren stehen nicht an der Straße. Ich weiß, dass in Deutschland zehn Städte ein diesbezügliches Modell durchführen wollen, das heißt, wir müssen jetzt in die Füße kommen. Ein kommunales Krankenhaus ist nicht wie ein Space-Park, wie Sie es in der Öffentlichkeit verglichen haben, Frau Linnert, sondern es dient der Daseinsvorsorge der Bürger, das ist immer noch ein Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Kliniken in kommunaler Hand sind gut für die Versorgung der Bremer Bevölkerung, da sie alle Krankheiten 24 Stunden lang behandeln und nicht nur die Rosinen aus dem Gesundheitsbereich herauspicken. Was den Antrag der Grünen betrifft, so lehnen wir ihn ab, er ist widersprüchlich, nicht zielführend, und mit dem Moratorium erreichen wir das Ziel nicht, dass die Kliniken wieder auf gesunde Füße kommen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber mit dem Masterplan!)

Wir wollen jetzt eine Ausschreibung beginnen und diesen Prozess fortsetzen, denn wir müssen handeln. Von daher ist es angesagt, dass Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag von SPD und CDU zustimmen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst muss ich einmal richtigstellen, Herr Brumma, ganz vorweg, was ich der Presse gesagt habe, nur noch einmal, um klarzustellen: Ich habe gesagt, wir haben fünf Aufsichtsräte, wir tagen 20 bis 25 Mal im Jahr mit dem Ergebnis! Das habe ich gesagt!

Zu Ihrem Antrag!

(Zuruf von der SPD: Und nun?)

Ja, das ist die Frage: Was ist das für eine Kontrolle? Darauf komme ich gleich gern noch einmal zurück.

Zu Ihrem Antrag! Sie haben einen wesentlichen Teil dem Masterplan gewidmet, aber jetzt auch einen wesentlichen Teil dem Klinikskandal. Ich will versuchen, das zunächst einmal zu trennen, das wenigstens war mein Anliegen.

Der Masterplan, um den es hier ja im Wesentlichen irgendwie geht, auch in Ihrem Antrag, ist ein Baustein, das haben Sie ja auch gesagt, eines umfassenden Strukturkonzeptes der Gesundheit-Nord-Kliniken. Der Masterplan hat sehr wohl ungefähr 60 Prozent Gesamtanteil an der Neustrukturierung der kommunalen Kliniken, und damit hat er natürlich auch die größte Bedeutung besonders im Hinblick auf das Gelingen des Gesamtkonzeptes.

Die Bedeutung des Masterplans wurde bereits in einer Senatsvorlage vom 30. August 2005 ausführlich dargestellt. Man kann also auch sagen, seit einem Jahr wissen wir von der Notwendigkeit des Masterplans. Fakt ist, dass das Klinikum Mitte in absehbarer Zeit mit seinem Landesbasisfallwert nicht mehr auskommt, da brauche ich jetzt nicht mehr ins Detail zu gehen. Der Konflikt ist, die Kosten des Hauses lassen sich einfach nicht mehr durch die Pauschalen abdecken.

Man kann ganz genau ausrechnen, wo wir ab 2010 stehen. Ich sehe das nämlich schon ab 2010, eigentlich Ende 2009: Die GesundheitNord, und das stand in der Vorlage von vor 14 Tagen, ist Ende 2009 insolvent - das können Sie noch einmal nachlesen, darin steht es -, und zwar dann, wenn wir nicht blitzartig handeln, so steht es da geschrieben. Natürlich müssen wir jetzt die Aufmerksamkeit direkt auf den Masterplan richten, um das Gesamtkonzept nicht zu gefährden. Der Masterplan ist eine Riesenchance für das Klinikum Mitte, für den medizinischen Standard in dieser Stadt und für die Patienten, für die Oberzentrale von Bedeutung.

Wir sehen sogar auch, ganz am Rande bemerkt, unglaubliche Perspektiven in städtebaulicher Hinsicht. Wann hat man schon einmal eine Chance, so eine riesige Fläche im Herzen einer Großstadt zu haben?

(Beifall bei der CDU)

Nun liegt hier der Antrag der Grünen vor, dass wir noch eine Pause brauchen bis Herbst 2006, da schließe ich mich einmal Herrn Brumma an, die Grünen nennen unter anderem einen Grund dafür, zu den Planungen werden öffentlich diskutierte Stellungnahmen der Gewerkschaften und Personalräte, der Krankenkassen und der Krankenhausgesellschaften erbeten. Also wirklich, liebe Kollegen von den Grünen, wo waren Sie eigentlich in den letzten Monaten?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nie haben wir so viel über Krankenhäuser, Neustrukturierung und Masterplan gesprochen,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

in den Aufsichtsräten, in den Beiräten,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Öffentlich!)

in den Personalgremien, im Ressort Gesundheit, im Ressort Bau, in den Parteien. Briefe von Krankenkassen gibt es auch, sind mindestens erwähnt. Entscheidungen müssen getroffen werden, das ist der Fakt!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Zugegeben ist das eine Herkulesaufgabe, wenn wir an die Umsetzung denken, das ist keine Frage, aber wir müssen Gas geben und können hier nicht bremsen. Wir riskieren Arbeitsplätze, wir riskieren eine medizinische Grundversorgung! Hier ist nämlich Politik gefragt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nein!)

Jawohl! Die Situation ist schwierig genug, das Dach der Häuser, die Holding, ist führungslos, ein Krankenhaus ist zurzeit führungslos! Wir werden ständig von der Realität eingeholt. Da nenne ich den Ärztestreik und auch einen Klinikskandal, der uns nicht erspart bleibt. Hier muss nun irgendwie alles zusammenpassen. Keine Konkurrenz unter den Häusern, die alle irgendwie immer noch im Wettbewerb stehen! Die Kliniken sollen mit den anderen Kliniken, die kommunalen mit den anderen Kliniken, im Wettbewerb stehen und mit denen außerhalb von Bremen. Meine Damen und Herren, das alles kann nur funktionieren, wenn wir in großer Solidarität zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Jetzt komme ich noch zur Umsetzung des Masterplans. Natürlich sehen wir auch Probleme, keine Frage. Wir sehen Risiken, die wir erkennen und die wir einkalkulieren müssen. Wir haben auch an der einen oder anderen Stelle Zweifel, aber diese Zweifel sind nicht der Grund dafür, dass wir den Prozess aufhalten. Die Zweifel müssen abgearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Da wir uns aber nicht uneingeschränkt auf Solidarität verlassen, haben wir auch noch einige Punkte eingebracht, und das sind sechs Punkte, auf die ich jetzt noch eingehen möchte.

Erstens, die Grundlage für den Personalbinnenmarkt muss unverzüglich und verbindlich geschaffen werden. Das bedeutet, das Personal muss ohne Probleme von einer Klinik des Konzerns in eine andere Klinik des Konzerns wechseln können. Wir benötigen hier eine klare Rechtsgrundlage. Der Personalaustausch von Klinik zu Klinik muss geregelt werden, so dass er auch von den Mitarbeitern angenommen wird.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nämlich nicht sein, dass ein Mitarbeiter seine alten Rechte in seiner alten Klinik lässt und dann, wenn er an die neue Arbeitsstelle kommt, wieder im ersten Berufsjahr anfängt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich will das an einem Beispiel der Akutneurologie deutlich machen. Wie viele Beschlüsse habe ich mit verfasst, damit die Verlagerung der Akutneurochirurgie KB-Ost zum KB-Mitte vollzogen werden kann, bis wir vor gar nicht langer Zeit eine

Deadline beschlossen haben, Umzug vollendet am 1. April 2006! Es ist immer noch nichts passiert, es wurde immer noch nicht umgezogen. Ein wesentlicher Bremsklotz ist die Personalüberleitung. Da kann man erkennen, dass wir zwar Synergien anstreben, dies auch beschließen, aber die Umsetzung erfolgt nicht. Wenn das Problem nicht ganz verbindlich aus dem Weg geräumt wird, dann kann Konzentration allenfalls in den eigenen vier Wänden erfolgen.

Zweitens, wir fordern ein Personalentwicklungskonzept, und zwar nicht zum ersten Mal, das ist schon fast gebetsmühlenartig, ein Fluktuationschema für jedes Jahr der Bauphase, aus dem sich ablesen lässt, wann welche Effekte eintreten und vor allen Dingen wodurch. Durch Ruhestand, durch das Versetzen von Personal in Gesellschaften oder wie? An dieser Stelle muss die Vorlage für uns noch sehr viel deutlicher werden, denn sie ist ja darauf aufgebaut, so auch Kosten reduzieren zu wollen.

Drittens, die Finanzierung muss so geplant werden, dass sie keine Auswirkungen auf das Krankenhausfinanzierungsgesetz hat. Bei dem bestehenden Investitionsstau für alle Häuser im Land kann das Krankenhaus Bremen-Mitte nicht mit einer Baufinanzierung rechnen. Sie sagen zwar immer, dass das so geplant sei, aber das muss für mich auch ganz deutlich formuliert werden.

Viertens, Anpassung an den Landeskrankenhausplan, so wie Sie das gerade vorgetragen haben! Auch das fordere ich, und das will ich auch gleich an einem Beispiel deutlich machen. In dieser Vorlage steht ein Gefäßzentrum, nicht nur eine Abteilung oder eine Subdisziplin, sondern gleich ein ganzes Zentrum. Im KBM soll also ein Gefäßzentrum aufgebaut werden. Das möchte ich von der Planungsbehörde bitte noch einmal erläutern, denn wir haben wenige Kilometer weiter, Luftlinie, das Rote-Kreuz-Krankenhaus, ein Schwerpunkthaus, ausgewiesen für Gefäße. Als Landespolitikerin erinnere ich noch einmal daran, dass wir für den Landeskrankenhausplan, für ganz Bremen zuständig sind. Das Gefäßzentrum passt hier mit der Planung nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir noch eine weitere, fünfte Forderung, ich erkläre ja meine Forderungen: Die Leistungsträger der Kliniken müssen auch mit einbezogen werden. Bisher sind es Betriebsräte, die beteiligt wurden, sogar die Beiräte, aber ich habe an keiner Stelle das Votum der Ärzteschaft vernahmen können. Diejenigen, die patientennah am Bett arbeiten, sind am Verfahren überhaupt nicht beteiligt, jedenfalls nicht erkennbar. Die Pfleger

sind immer beteiligt und im Betriebsrat reichlich vertreten. Wenn es um Patienten und Heilungsprozesse geht, wäre es mir wichtig, auch die einzubeziehen, die es dann leisten.

(Beifall bei der CDU)

Noch eine sechste Forderung: Wir brauchen sofort Zahlen darüber, wie sich der Sanierungsbeitrag für Krankenhäuser auswirkt, der jetzt mit der neuen Gesundheitsreform in Berlin vermutlich beschlossen wird. Wie ich das verstehe, wird das über den Landesbasisfallwert zu realisieren sein. Wenn das eintritt, fällt der Landesbasisfallwert noch einmal ab und passt sich nicht wie geplant langsam an. Das ist jetzt für mich noch einmal ein Risiko.

Ich fasse zusammen, was jetzt alles zu bedenken ist! Gerade weil wir in der Klemme sitzen, weil wir knapp bei Kasse sind, ist das Vorhaben Masterplan notwendig, wenn wir konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben wollen. Zur Risikominimierung! Ausschließen können wir das Risiko übrigens nicht, aber wir können versuchen, es beherrschbar zu machen. Wir wollen noch die Personalüberleitung und das Personalentwicklungskonzept geklärt haben. Die Baufinanzierung über das Krankenhausfinanzierungsgesetz ist so definitiv zu beschreiben, dass hier sichergestellt ist, dass sie nicht in Bremen-Mitte einfließt. Die Anpassung an den Landeskrankenhausplan, das Votum der Ärzte und die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den Sanierungsbeitrag!

Frau Senatorin Röpke muss sich darüber im Klaren sein, wenn wir den Zielpfad verlassen, das Ziel aus dem Auge verlieren, dann müssen die Fakten auf den Tisch. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir uns sowieso auf dünnem Eis bewegen. Ich glaube, das haben wir alle längst verstanden. Ich habe das ausgeführt. Der Masterplan muss gelingen, das ist schwierig genug, denn - das habe ich ja in den Prozentzahlen ausgedrückt - wenn das nicht gelingt, zieht er alle drei anderen Häuser mit.

Jetzt noch der Skandal im Klinikum Ost. Hier müssen auch irgendwann Entscheidungen getroffen werden, und, meine Damen und Herren, da muss jetzt eine Ressortspitze führen.

(Beifall bei der CDU)

Das sage ich hier, und das will die CDU unterstützen, weil uns dieses Projekt wirklich sehr am Herzen liegt. Eine Voraussetzung ist allerdings die Handlungsfähigkeit und auch die Glaubwürdigkeit, und ich vermeide nicht, auch irgendwie die Perspektive Hoffnung anzusprechen. Das Zusammen-

gehörigkeitsgefühl aller Beteiligten muss erheblich wachsen. Gegenseitige Blockaden führen uns direkt in die Insolvenz. Wir wollen unserer Bevölkerung wieder Vertrauen vermitteln und wieder beweisen, dass wir handlungsfähig sind. Da kann ich eigentlich nicht verstehen, dass wir dazu Denkpausen brauchen.

Keine Zeit verlieren, die Ausschreibung muss beginnen, keine weiteren Beteiligungen auf breiter Ebene, das ist unsere Ansicht! Große Koalition heißt eben auch, mit Schulterchluss gemeinsam diesen Weg gehen, und dazu sind wir bereit. Solidarität, aber nicht alles unkritisch hinnehmen! Wir haben unsere Bedenken genannt, die Forderungen gestellt und die Möglichkeit zum Umsteuern erwähnt. Wenn alles schiefgeht, muss eben jedem klar sein, was dann passiert.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf arbeiten Sie ja hin!)

Das haben wir beschrieben.

Man kann die Risiken nicht verleugnen. Man kann sie aber ansehen und versuchen, sie zu beherrschen. Dazu muss man ehrlich und transparent sein. Ansonsten riskieren wir, und das haben Sie ja auch gesagt, die medizinische Grundversorgung unserer Patienten, und dafür, da bin ich auch Ihrer Meinung, trägt die Senatorin allein die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch ganz klar, wir werden immer wieder nachfragen, ob wir uns noch auf dem Zielpfad bewegen oder ob es noch eine andere Möglichkeit gibt, die wir nicht sehen.

Noch eines: Wir bestimmen das Image unserer Krankenhäuser hier übrigens alle zusammen, und das Ansehen ist erheblich angeschlagen. Wir müssen eine Perspektive aufzeigen, und zwar schnell.

Ich komme zum Schluss! Bei Abwägung aller Vor- und Nachteile und aller berechenbaren Risiken überwiegen perspektivisch die Vorteile. Dieser Teil des Antrags wird von uns abgelehnt. Das zum Masterplan, meine Damen und Herren, eine an sich schon schwierige Aufgabe! Er ist eng gestrickt, und wir müssen uns darauf konzentrieren - die Umsetzung ist schwierig, aber hier ist eben Politik gefordert -, die Rahmenbedingungen zu regeln. Wenn das nicht klappt, entsteht ein ungeheurer Schaden für Bremen, und das fordert unsere ganze Konzentration und den vollen Einsatz der Ressortspitze.

Jetzt komme ich noch zum Klinikskandal, dem zweiten Teil Ihres Antrags! Dem Teil wollten Sie zunächst, liebe Kollegen der Grünen, eine Aktuelle Stunde widmen. Jetzt stellen Sie hier einen kleinen Antrag mit recht wenigen Forderungen, die ich aus meiner Sicht noch sehr viel erweitern könnte. Wenn diese Fragen noch die einzigen Unwägbarkeiten sind, dann wundere ich mich, warum eigentlich hier dieser Rückzieher?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher Rückzieher?)

Meine Damen und Herren, ich will nicht alles wiederholen, was schon in der Presse gestanden hat. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, und der Sonderermittler ist eingesetzt. Machen wir uns doch nichts vor! Was wir hier erlebt haben, schadet nicht nur dem Klinikum Bremen-Ost, das schadet Bremen im Ganzen und auch der ganzen Holding. Herr Weise hat es eigentlich schon ausgesprochen, das ist vom Image her nur der dritte Platz.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, überlassen wir es der Staatsanwaltschaft und dem Sonderermittler. Wie waren die Verfahren, die dazu geführt haben, dass die Kontrolle versagt hat? Was sind das für Gutachten, was sind das für Beraterverträge? Die Fragen habe ich auch gestellt, aber es ist mir keine Antwort gegeben worden. Es kann auch noch nicht klar sein, weil der Ermittler noch ermittelt. Wer hat hier wann welchen Auftrag gegeben? Das muss alles lückenlos aufgeklärt werden, keine Frage.

Liebe Kollegen, ich gehe mit Ihnen d'accord - das haben Sie auch in unserem Antrag gelesen -, dass dem Sonderermittler nicht alle Zeit der Welt zugebilligt werden darf. Dem Argument von Frau Senatorin Röpke, dass hier umfassend recherchiert werden soll, stimme ich zu, aber dazu darf er nicht alle Zeit der Welt benötigen. Das geht absolut mit Ihren Forderungen einher, die sind ja jetzt im neuen Dringlichkeitsantrag enthalten. Wir brauchen Zwischenberichte, und zwar bis September. Das ist für uns überhaupt keine Frage.

Die übrigen Fragen, die hier vorgelegt werden, habe ich auch vorher in der Deputation gestellt. Das werden die anderen bestätigen können. Viele Fragen sind beantwortet, viele natürlich auch nicht. Es wurde in der Deputation aber immer darauf hingewiesen, dass das Ergebnis des Sonderermittlers noch abgewartet werden muss.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben sich hinter den abfahrenden Zug geschmissen!)

Frau Linnert, wie wir Ihre Äußerungen aus der Presse entnehmen, sprechen Sie immer von einem erheblichen finanziellen Schaden für das Klinikum Ost. Diese Frage habe ich auch gestellt.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Da war der Zug aber schon abgefahren!)

Was glauben Sie, was die Antwort war? Das wissen wir nicht, noch nicht. Der Sonderermittler ermittelt. Für uns gibt es im Moment gar keinen finanziellen Schaden. Wo ist der denn? Ja, das weiß ich noch nicht. Der Sonderermittler ist mit seiner Arbeit ja noch gar nicht fertig.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, und?)

Die Frage ist, ob wir zu wenig oder zu viel Kontrolle haben oder ob die Kontrollinstrumente, die wir haben, eigentlich alle versagt haben. Wie ist denn die Zuständigkeit für Kontrolle? Aufsichtsrat, Senatorin, Abgeordnete, Geschäftsführer, Aufsichtsrat Holding, fünf Aufsichtsräte, das habe ich schon erwähnt, viele Beteiligte! Verbessern viele Menschen hier die Kontrolle? Offensichtlich ja nicht!

Ich will sagen, liebe Kollegen, dieser Fragenkatalog bringt gar nichts. Da benötigt man weitaus mehr Fragen, um diesen Fall zu analysieren. Ich kann heute natürlich auch schon feststellen, dass es eine unklare Gefechtslage gibt. Trotz Beantwortung vieler Fragen bleibt es nebulös. Überhaupt, für uns ist hier nicht klar ersichtlich, warum überhaupt ein Staatsrat zurückgetreten ist. Die Frage bleibt: Was hat der Staatsrat eigentlich damit gemeint, als er die Verantwortung für alle bekannten und alle nicht bekannten Sachverhalte übernommen hat?

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sollte vielleicht auch die CDU einmal wissen!)

Ich habe mir noch eine Frage gestellt: Was wäre eigentlich gewesen, wenn wir von keiner Akteneinsicht gewusst hätten? Wäre dann das so genannte Mehrphasenmodell in der letzten Aufsichtsratssitzung einfach abgesegnet worden? Hätte das dann vielleicht keinen mehr gekümmert oder interessiert?

Kommen wir auch noch einmal zum Rücktritt von Staatsrat Knigge! Zunächst spricht die Senatorin am Tag seines Rücktritts davon, dass sie dem Staatsrat vollstes Vertrauen entgegengebracht hat, und dann entnehme ich der Presse wieder etwas anderes, das Vertrauensverhältnis sei belastet. Was ist denn nun richtig? Haben Sie nun Vertrauen, oder haben Sie keines? Das öffentlich dokumentierte Hin und Her zum Rücktritt und

letztendlich die Versetzung von Staatsrat Knigge in den einstweiligen Ruhestand schadet auch dem Ansehen der Politik insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Da möchte ich noch eine letzte zentrale Frage stellen: Wie geht es jetzt eigentlich mit dem Konzept weiter, insbesondere im Klinikum Ost? Wird das Mehrphasenmodell noch gewünscht? Es ist so hoch gelobt worden. Es galt in den Aufsichtsratsunterlagen immer als Standortsicherung. Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen: Dieses Mehrphasenmodell ist am 30. März im Aufsichtsrat der Holding vorgestellt worden, und es ist in der Deputation mehrfach in der Diskussion gewesen. In diesen Verfahren stand auch immer unten daran, dass die Prozesse laufen. Frau Linnert, und da war auch schon die Rede von Rastede, in Klammern, zum Beispiel Rastede, eine Reha-Klinik.

Es kann nicht sein, dass das hier alles keiner wusste, auch wir wussten das. Wenn ein Verfahren läuft, dann muss man einfach auch davon ausgehen, dass es irgendwo Vertragsverhandlungen gibt. Wie wird weiter vorgegangen? Ich frage Sie: Was ist eigentlich mit dem Geschäftsführer der Holding? Wir sollten doch vor der Sommerpause einige Namen von neuen Kandidaten bekommen, aber wir haben ja noch eine Woche Zeit. Wir brauchen eine Perspektive, und zwar schnell. Der Antrag wird natürlich dann im Ganzen abgelehnt.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Masterplan wird beschlossen!)

Ich habe noch eine Bemerkung zu Ihren Äußerungen zu den Reha-Patienten, die eigentlich alle immer im Klinikum Ost behandelt wurden oder möglicherweise zum Klinikum Mitte gehen sollten. Mein Informationsstand ist offensichtlich nicht so umfangreich wie Ihrer, aber wir haben in Bremen-Ost immer Reha-Patienten gehabt, die außerhalb therapiert wurden, zum Beispiel in Wilhelmshaven.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, klar!)

Sie waren immer auf dem Transport, das ist jetzt auch nichts Neues.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch nicht das Problem!)

Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass wir hier eine schwierige Situation haben, ist aus den Beiträgen der Vorrednerinnen und Vorredner deutlich geworden. Auch für mich ist es eine schwierige Situation. Daraus mache ich gar keinen Hehl. Ich habe mir in meiner Amtszeit neben den vielen Aufgaben, die ich zu bewältigen habe, unter anderem insbesondere auch den Krankenhaussektor zu Eigen gemacht, weil ich damals, als ich angetreten bin, sehr schnell erkannt habe, dass wir ein Riesenproblem haben. Wenn Sie sich erinnern, vielleicht auch Sie, Frau Linnert, war das eine Phase, in der klar war, dass die Krankenhäuser sich mit einer riesengroßen Herausforderung, dem neuen Fallpauschalensystem, neu orientieren müssen. Es war so, dass sich diese vier kommunalen Bremer Krankenhäuser noch nicht in einer Struktur befanden, dass sie diesen Herausforderungen gewachsen waren. Das war allen klar.

Als ich das Amt übernommen habe, habe ich eine Situation vorgefunden, in der damals versucht worden ist - und das ist für mich dann auch noch einmal ein sehr wichtiger Grund, wenn ich nachher auf das Moratorium komme -, mit allen Beteiligten, die an diesem Prozess teilgenommen haben, mit Gewerkschaften, mit Betriebsräten, mit Akteuren, die im Gesundheitswesen unterwegs sind, mit Krankenkassen, an einem runden Tisch, also ein ganz breiter Beteiligungsprozess, wie er jetzt von Ihnen im Moratorium gefordert wird, eine Lösung für die Frage zu finden, wie sich die Krankenhäuser in der Zukunft aufstellen sollen. Leider mussten wir feststellen, dass zwar viele Diskussionen stattgefunden haben, im Nachhinein betrachtet viel Zeit darüber verloren worden ist, aber dieser runde Tisch leider kein Ergebnis gebracht hat. Das war die Situation.

Wir haben in der damaligen Phase dann das getan, was Sie eben so kritisiert haben. Aus dem Grund, dass wir damals schon erkannt haben, dass wir überhaupt keine Zeit zu verlieren haben, haben wir uns in der Pflicht gesehen, im Krankenhaussektor zu handeln, den runden Tisch zu beenden und einen Vorschlag zu machen, der, den kennen Sie alle, dann auch realisiert worden ist. Das ist der Vorschlag der Holding mit den vier gemeinnützigen GmbHs. Das war mitnichten ein Handstreich. Das war auch mitnichten eine Geschichte, die hier einmal eben so durchgezogen worden ist, sondern wir haben intensivste Prozesse eingeleitet mit Diskussionen in der Öffentlichkeit, in den Krankenhäusern. Ich war in allen Krankenhäusern. Wir haben jeweils eine Anhörung gemacht. Es ist sehr breit diskutiert worden,

und dann ist diese Entscheidung hier auch getroffen worden. Soviel dazu!

Das kann man nicht so stehen lassen, dass Sie gesagt haben, wir würden hier handstreichartig eine Entscheidung nach der anderen treffen.

(Beifall bei der SPD)

Das nehme ich auch insbesondere für mich und meine Person in Anspruch, Frau Linnert! Ich lasse auch nicht gelten, dass Sie unterstellen, ich hätte sozusagen den Führungsstil, Leute mundtot zu machen, nichts zuzulassen, keine Fehlerkultur zu pflegen und keine kritische Auseinandersetzung. (Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das haben Sie alles Herrn Knigge machen lassen!)

Nein, das stimmt überhaupt nicht, liebe Frau Linnert! Ich nehme für mich ganz deutlich in Anspruch, und dazu stehe ich auch, dass ich gerade in meinem Ressort mit den Menschen, mit denen ich zu tun habe, einen sehr offenen Prozess führe und überhaupt nicht dazu neige, Kritik zu unterbinden oder jemanden mundtot zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht mein Stil. Das nehme ich für mich in Anspruch und stelle es auch in allen Deputations-sitzungen unter Beweis. An der Stelle brauche ich mir von Ihnen keine Vorhaltungen machen zu lassen. Das ist eine Einschätzungssache. Ich schätze das so ein, und dazu stehe ich auch!

Ich komme zu der Situation im Krankenhaussektor! Ich möchte dazu erst einmal auf die aktuelle Situation der Vorkommnisse im Klinikum Ost eingehen. Es ist richtig, dass - ich kann das zeitlich nicht mehr genau differenzieren - ganz viel Gerüchte herumgeschwirrt sind. Die haben wir alle irgendwie gehört. Wir sind diesen Gerüchten, die mit Sicherheit auch nicht alle zu uns gekommen sind - es hat bestimmt viele gegeben, die uns noch gar nicht erreicht haben -, soweit sie uns erreicht haben, nachgegangen. Das haben wir in dem Bericht dokumentiert, den wir der Deputation für Gesundheit jetzt in der vergangenen Woche dargestellt haben, in dem wir das, was wir aktuell an Erkenntnissen haben, in diesem Bericht auch ausführlich, Stück für Stück, aufgearbeitet haben. Es ist aber so gewesen, dass es Gerüchte waren, dass wir keine Fakten hatten, wo wir anknüpfen konnten, um schon Anfang des Jahres zu handeln, sondern es waren Vermutungen, es war ganz viel Gerede, aber es gab für uns keine Fakten. Diese Faktensituation hat sich erst nach und nach gelichtet. Das ist in dem Bericht auch Stück

für Stück, auch in der Zeitachse, aufgearbeitet worden.

Wir haben hier offensichtlich, das muss ich doch noch einmal deutlich hervorheben, eine Situation, dass ein Geschäftsführer nach dem, was wir heute wissen, mutmaßlich mit einer ganz massiven Kompetenzüberschreitung gegen seine Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsvertrag verstoßen hat. Er hat an den Gremien vorbei, entweder zu spät, gar nicht oder unzureichend informiert. Auf jeden Fall haben wir eine Situation, dass wir einen mutmaßlichen Verdacht haben, dass von diesem Geschäftsführer wichtige Entscheidungen an dem Aufsichtsrat, an den Gremien vorbei auf den Weg gebracht worden sind. Das ist die Situation, der wir uns zu stellen haben.

Das betrifft im Übrigen auch, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, dieses Grobkonzept. Ich möchte an dieser Stelle einmal ausdrücklich sagen, dass ich mir das Grobkonzept, die Unterlagen, angeschaut habe, die im Aufsichtsrat waren. Das sind drei Seiten. Da gibt es unter anderem ein Schaubild mit drei Pfeilen. Daraus herzuleiten, dass es dafür eine Grundlage gegeben hätte, dass der Geschäftsführer rechtsverbindliche Verpflichtungen ohne den Aufsichtsrat eingehen und wichtige Verträge schließen kann, das ist an der Stelle nun wirklich nicht möglich. Es ist die Verpflichtung des Geschäftsführers gewesen, dem Aufsichtsrat diese Verträge, wenn er sie denn schließen wollte, vorzulegen. Das ist ein ganz normales Geschäftsführergebaren. Der Aufsichtsrat entscheidet über diese Verträge. Das ist nicht gemacht worden. Das ist die Situation.

Wir haben zwei Komplexe, die beschrieben worden sind, einmal der ganze Komplex mit Sieker-talkliniken und Rastede und der andere Komplex, der die Gutachten betrifft.

Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat gefragt, was passiert wäre, wenn die Grünen keine Akteneinsicht genommen hätten. Das kann ich Ihnen beantworten. Es wäre genau das passiert, was jetzt auch passiert ist. Wir haben von diesem Aufhebungsvertrag, den der Geschäftsführer in Sachen Rastede geschlossen hat, über die Aufsichtsratsunterlagen, die am 28. Juni 2006 versandt worden sind, erfahren. Wir haben dann sofort gehandelt und haben die Suspendierung des Geschäftsführers noch am 30. Juni 2006 veranlasst. Genau das Gleiche wäre auch passiert, wenn die Grünen keine Akteneinsicht genommen hätten. In dem Bericht, den wir der Deputation vorgelegt haben, ist dokumentiert, dass wir diese Aufklärung mit den beschriebenen Mitteln Schritt für Schritt betrieben haben.

Jetzt kommt an dieser Stelle eine schwierige Entscheidung des Staatsrats Knigge, der für sich, als es bekannt wurde, auch noch einmal alles aufgearbeitet und im Nachhinein für sich festgestellt hat, dass er einen Fehler gemacht hat. Das hat er eindeutig dargestellt. Er hat im Nachhinein gesagt, dass er einen entscheidenden Fehler gemacht hat. Er hat zu sehr und zu lange auf die Ausführungen des Geschäftsführers vertraut. Er hat zu sehr und zu lange darauf gesetzt, dass alles im Aufsichtsrat aufgeklärt wird. Es gab den Auftrag an den Geschäftsführer, sowohl die Gutachtenfrage als auch die Frage der Geschehnisse um Rastede, nämlich welche Verträge es gibt, und was da gelaufen ist, umfassend dem Aufsichtsrat vorzulegen. Das war explizit der Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Die Vorkommnisse waren für Dr. Knigge der Anlass zu sagen, dass er sich doch schon früher mit anderen Mitteln um diese Sachen hätte deutlich anders kümmern müssen, zum Beispiel indem er die Innenrevision eingeschaltet hätte. Das ist für mich eine Bewertung des Staatsrats, die er an dieser Stelle getroffen hat. Er hat daraus auch die Konsequenzen gezogen und um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten, die ich respektiere.

Ich denke, dass das keinen Abbruch daran tut, dass ich in der Vergangenheit sehr gut mit Herrn Knigge zusammengearbeitet habe. Das darf ich ganz persönlich feststellen. Nach einer Amtszeit von mehr als 13 Jahren, die Herr Knigge hier geleistet hat, darf man sicherlich auch feststellen, dass er in diesen rund 13 Jahren eine gute Arbeit als Staatsrat geleistet hat. Er hat aber diesen Fehler begangen und hat daraus für sich auch die Konsequenzen gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem diese Vorkommnisse so bekannt waren, wie ich das gerade dargestellt habe, habe ich sofort am Montag nach dem Wochenende, als die Vorkommnisse in der Öffentlichkeit dargestellt worden sind, einen Sonderermittler beauftragt. Die Innenrevision ist ohnehin schon zuvor eingeschaltet worden. Der Sonderermittler, Herr Professor Ziemann, der sicherlich eine gute Kompetenz für einen Sonderermittler mitbringt, weil er staatsanwaltschaftliche Erfahrungen hat, weil er Präsident des Finanzgerichts war, wird diesen ganzen Sachverhalt mit seiner Kompetenz sehr gründlich und sehr gut aufklären. Er hat auch sofort am nächsten Tag, am Dienstag der letzten Woche, angefangen, sich mit den Ermittlungsfragen zu befassen. Er hat den Auftrag, diesen ganzen Komplex, Rastede, Siekertal, was alles damit zu tun hat, aufzuklären. Er hat den Auftrag, die

Gutachten, die vergeben worden sind, aufzuarbeiten und festzustellen, welche Gutachten tatsächlich vergeben worden sind, welches Geld vereinbart worden oder geflossen ist, welchen Nutzen, welche Gegenleistung es für diese Gutachten gibt oder nicht gibt. Das ist alles Auftrag des Sonderermittlers.

Es gibt auch den Auftrag, den Komplex der Verlegung von Patientinnen und Patienten zu untersuchen. Da, liebe Frau Linnert, bitte ich Sie doch sehr, mit dem Komplex etwas vorsichtiger umzugehen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es geht hierbei auch um den guten Ruf des Klinikums Ost.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Daran sind doch die Grünen nicht schuld!)

Ich habe nicht gesagt, dass Sie schuld sind. Ich habe nur die Bitte geäußert, etwas vorsichtiger mit diesem Komplex umzugehen. Ich habe jetzt noch kein Ergebnis von Professor Ziemann vorliegen. Ich sage Ihnen nur, dass ich das sofort im Krankenhaus haben recherchieren lassen, weil das auch für das Krankenhaus ein sehr sensibler Bereich ist. Hier geht es um Menschen, die betroffen sind. Das könnte den Ruf des Krankenhauses nachhaltig gefährden, wenn sich das bestätigt, was Sie behaupten.

Nach dem, was ich im Krankenhaus erfahren habe, haben aus der Geriatrie nach den derzeitigen Erkenntnissen keine Verlegungen stattgefunden. Es gibt auch keine Erkenntnisse darüber, dass aus der Chirurgie, aus der Inneren Medizin oder aus der Neurologie Verlegungen ohne Zustimmung der Patientinnen und Patienten erfolgt sind, auch nicht im Laufe der Akutbehandlung. Sie müssen auch bedenken, es sind immer Ärzte, die entscheiden, was da mit den Patienten passiert. Das ist eine ärztliche Entscheidung. Wir gehen der Sache aber noch weiter nach. Das ist gar keine Frage. Ich bitte nur ganz herzlich darum, dass wir mit diesem Punkt sehr sorgfältig umgehen, weil Menschen betroffen sind! Ich sage auch zu, dass dieser Punkt ebenfalls sehr intensiv von Professor Ziemann untersucht wird.

Ich habe Professor Ziemann ausdrücklich gebeten, nicht nur den ganzen Sachverhalt aufzuklären, sondern ich habe ihn gebeten, daraus Schlüsse zu ziehen, also uns Empfehlungen an die Hand zu geben, wie wir mit solchen Vorkommnissen umgehen, zu klären, ob es möglich ist, auch wenn hier offensichtlich von vornherein bestimmte Kompetenzüberschreitungen durch ei-

nen Geschäftsführer angelegt waren, so etwas von vornherein besser zu begleiten, ob es möglich ist, noch intensivere Kontrollmöglichkeiten auszuschöpfen, ob eine optimale Verfolgung von solchen Vorkommnissen von vornherein möglich ist, um so etwas zu verhindern. Das ist ebenfalls Auftrag an den Sonderermittler.

Ich sage ausdrücklich, dass dieser Auftrag schriftlich die klare Aussage beinhaltet, dass er dies weisungsfrei zu erfüllen hat. Er hat Zugang zu allen Unterlagen. Er hat freien Zugang und die Möglichkeit, dies ohne Nachfragen oder sonst etwas zu tun. Er hat die volle Kompetenz, und er ist absolut weisungsfrei. Darauf lege ich allergrößten Wert, weil ich das große Interesse habe, dass wir hier wirklich den ganzen Sachverhalt objektiv und ganz neutral aufklären. Ich bin davon überzeugt, dass in dieser schwierigen Situation, die natürlich damit verbunden ist, dass das Klinikum Ost jetzt durch eine Person in eine ganz schwierige Lage kommt, dass der Ruf dieses Klinikums dadurch beschädigt werden könnte, Aufklärung, so schnell wie möglich und so umfassend wie möglich, aus meiner Sicht die einzige Gegenstrategie ist, die in einer solchen Situation hilft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch zu, dass wir dafür die notwendige Transparenz herstellen. Es wird, ich glaube, das ist Gegenstand beider Anträge, die hier vorliegen, eine Frist bis September gesetzt. Wir werden den September auch einhalten, um den Bericht oder Zwischenbericht, je nachdem, wie das Verfahren läuft, dann auch tatsächlich vorzulegen. Herr Professor Ziemann ist informiert, dass diese Frist hier vom Parlament mit auf den Weg gegeben wurde.

Ich bitte aber doch noch einmal Folgendes zu differenzieren: Wir haben es hier mit einem mutmaßlichen Fehlverhalten eines Geschäftsführers zu tun. Dadurch darf nicht das gefährdet werden, was wir auch mit der Krankenhauslandschaft gemeinsam all die schwierigen Jahre hindurch diskutiert haben, was auf den Weg gebracht worden ist und was noch auf den Weg gebracht werden soll. Es darf insbesondere nicht die gute Qualität, die im Krankenhaus Bremen-Ost geleistet wird, gefährden. Das ist mir wichtig. Ich bitte sehr darum, dass wir trotz aller berechtigten Kritik - völlig klar, dass das, was die Grünen hier vorgetragen haben, zu großen Teilen offensichtlich Stand der Erkenntnis ist - nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und über alles einen solchen Verdacht nähren. Das würde der Sache nicht gerecht werden. Es ist das mutmaßliche Fehlverhalten eines einzelnen Geschäftsführers.

Ich lege sehr großen Wert darauf, dass wir den Umstrukturierungsprozess nicht gefährden. Er ist aus meiner Sicht unabdingbar, er ist notwendig. Ich glaube, ich habe es so verstanden, dass das hier alle sehen, dass die Kliniken sich Stück für Stück mit den notwendigen Prozessen und den strategischen Entscheidungen auf das Jahr nach der Konvergenzphase vorbereiten müssen, auf die Phase, in der sich die Kliniken mit einem deutlich verschärften Wettbewerb konfrontiert sehen werden.

Wir haben das Problem, dass die Fallpauschalen gerade auch die Leistungen der Maximalversorgung nicht adäquat abbilden. Das betrifft unsere kommunalen Kliniken sehr maßgeblich. Das heißt, die Herausforderungen sind riesig, die wir bis zu diesem Punkt, wenn die Konvergenzphase beendet ist und wir mit den dann landesweit oder vielleicht sogar bundesweit, das wissen wir heute noch nicht, geltenden Fallpauschalen umgehen müssen, zu bewältigen haben.

Wir haben die weitere große Herausforderung, auch maßgeblich von den Krankenkassen gesteuert und unterstützt, dass die ambulante Versorgung deutlich stärker greift. Es ist ja auch von der Gesundheitspolitik so gewollt. Wir haben die Herausforderung, dass die Verweildauer reduziert wird. Das heißt, es gibt Überkapazitäten, die noch zusätzlich entstehen und abgebaut werden müssen. Wir haben eine Situation, wenn wir uns das Worst-Case-Szenario vor Augen halten, dass wir, wenn wir nicht massiv gegensteuern, im Jahr 2011/2012 bei einem Minus von 180 Millionen Euro für alle Bremer Kliniken, die in kommunaler Hand sind, landen werden. Das ist die Situation, mit der wir umgehen müssen, und das heißt, wir sind gefordert, diesen Umstrukturierungsprozess konsequent und stringent weiterzuführen.

Wir haben ja das erklärte Ziel, politisch ein ehrgeiziges Ziel, dass wir die kommunale Trägerschaft für unsere Kliniken erhalten wollen. Wir haben auch das politische Ziel formuliert, dass wir alle vier Standorte in kommunaler Trägerschaft erhalten wollen, und das wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen erreichen. Das geht von der Bildung von medizinischen Kompetenzzentren bis hin zur Schöpfung von Synergiepotentialen. Es geht auch um die Maßnahmen, die in dem so genannten Dangaster Kompromiss sowie über die darüber hinausgehenden weiteren Maßnahmen beschlossen worden sind, die insgesamt mit dem Masterplan Bremen-Mitte auf das eine Ziel ausgerichtet sind, nämlich in den Jahren 2011/2012 eben nicht dieses von mir gerade beschriebene Minus von 180 Millionen Euro zu produzieren, sondern auf das sehr ehrgeizige Ziel, es im Jahr 2011/2012 geschafft zu haben, um im besten Fall

ein positives Ergebnis im Businessplan der Kliniken abbilden zu können. Das ist das Ziel, und wir haben nur wenig Zeit, dieses Ziel zu erreichen, jeder Monat zählt.

Wir haben deswegen auch den entscheidenden dritten Baustein neben dem von mir eben genannten, nämlich Dangast plus Einzelmaßnahmen, was natürlich mit Personalabbau verbunden ist, denn wenn ich umstrukturiere, ist das eine konsequente Folge, und das ist der Masterplan Bremen-Mitte. Er ist ein wichtiger Baustein in diesem Gesamtkonzept. Das Klinikum Bremen-Mitte, das wissen Sie, ist eine Klinik, die eine anerkannt gute Qualität bietet, die in einigen Sektoren Hochleistungsmedizin bietet, die aus dem Klinikangebot der vier Kliniken nicht herauszuberechnen ist und die ein unverzichtbares Versorgungsangebot ausmacht.

Wir haben im Klinikum Bremen-Mitte eine besondere Schwierigkeit, die die anderen drei Kliniken in diesem Umfang nicht haben. Das hat mit der historischen Baustruktur zu tun. Das ist eine ungünstige Struktur, die mit einem hohen Personalbedarf einhergeht und hohe Bewirtschaftungskosten verursacht. Das ist die besondere Schwierigkeit des Klinikums Bremen-Mitte. Diese Schwierigkeiten, diese Belastungen, können nur dadurch überwunden werden, dass ganz neu gedacht werden muss, dass eine Konzentration der Leistungen, auch der räumlichen Leistungen, erfolgen muss, sonst hat das Klinikum Bremen-Mitte in dieser Struktur keine Chance. Ich glaube, das ist von allen akzeptiert.

(Beifall bei der SPD)

Das Klinikum Bremen-Mitte, das muss man dem Krankenhaus hoch anrechnen, hat sich schon sehr früh auf den Weg gemacht und schon vor zwei Jahren diesen Masterplan vorbereitet. Auch das ist ja kein Schnellschuss und nicht irgendwas, was jetzt im Handstreich durchgezogen wird, sondern dieser Masterplan ist mit vielen Experten, mit umfangreichen Prüfungen, mit umfangreichen vorbereitenden Arbeiten über zwei Jahre entwickelt worden und immer wieder auch kritisch auf den Prüfstand gestellt worden, um noch einmal zu überprüfen: Ist das, was wir überlegt haben, richtig, oder müssen wir an der einen oder anderen Stellschraube noch etwas verändern?

Dieser Masterplan geht davon aus, dass er drei Elemente umsetzt, nämlich medizinische Kompetenzzentren, den neuen Baukörper, der wie beschrieben unabdingbar ist, und dazu gehört natürlich auch ein Realisierungs- und ein Finanzierungsmodell. Das Finanzierungsmodell ist das beschriebene so genannte PPP-Modell, mit den

Investitionen unter Einbindung von privatem Kapital und Engagement eingeworben werden sollen. Es soll ein Bieterkonsortium über eine europaweite Ausschreibung gewonnen werden, das Baumaßnahmen planen, finanzieren und Medizintechnik und Einrichtungen umsetzen soll. Das Facility Management soll ebenfalls über den Weg eines Bieterkonsortiums auf den Weg gebracht werden.

Das Kerngeschäft, also die medizinische und die pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten, soll beim Krankenhaus Bremen-Mitte verbleiben. Ich habe eben schon beschrieben, es ist ein umfangreiches Vorprojekt zur Vorbereitung auf den Weg gebracht worden. Ein solches Projekt mit einer europaweiten Ausschreibung ist nicht einmal eben so in ein paar Wochen zu machen, sondern da sind unglaubliche Vorarbeiten zu leisten, allein für die Ausschreibung, die die fachlichen Themen bearbeiten und die baulichen Voraussetzungen sowie die technischen, finanziellen, gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Fragen klären müssen. All das ist in umfangreichen Expertisen und Begutachtungen, auch von außen, durchgeführt worden.

Es ist eine Steuerungsgruppe aus allen betroffenen Ressorts eingerichtet worden, die diesen Prozess sehr intensiv begleitet hat. Es ist an verschiedenen Stellen immer wieder die Frage gestellt worden: Können wir diese Struktureffekte, die wir tatsächlich erreichen wollen, auch schaffen? Ist das realistisch? Auch diese Fragen sind immer wieder seriös geprüft worden. Ich glaube, ich habe im Antrag der Grünen gelesen, jährlich 43 Millionen Euro, diese Zahl ist nicht richtig. Es sind 31,7 Millionen Euro Struktureffekte, die erreicht werden sollen. Das sind, gestatten Sie mir das, Frau Linnert, keine falschen Zahlen, sondern seriöse Zahlen, die von seriösen Experten mehrfach durchgerechnet worden sind. Da lasse ich überhaupt keine Aussage zu, die unterstellt, es wären gefälschte Zahlen, oder die Gutachten seien nicht seriös.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir werden es ja sehen!)

Das ist eine Behauptung, die Sie nicht beweisen können! Sie können das anhand der Unterlagen jeweils nachvollziehen. Es gibt eine sehr umfangreiche Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, es gibt eine Plausibilitätsprüfung, ob der Businessplan des Klinikums Bremen-Mitte, der auf dieses Vorhaben ausgelegt ist, alle Annahmen auch tatsächlich realistisch abbildet oder nicht. Auch die Plausibilitätsprüfung ist zu einem positiven Ergebnis gekommen. Es sind verschiedene Realisierungs- und Finanzierungsvarianten bewertet worden. Es

ist ja nicht so gewesen, dass man gesagt hat, das ist es, und das machen wir jetzt, sondern es sind verschiedene Varianten geprüft, durchgerechnet und auch auf den inhaltlichen Prüfstand gestellt worden. Es ist dann die Variante mit der besten Bewertung genommen worden, nämlich das Inhabermodell mit so genannten Contracting-Elementen.

Es ist auch nicht so, liebe Frau Linnert, dass PPP nun eine ganz neue Erfindung aus Bremen und aus Bremen-Mitte ist.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Im Gegenteil, ich habe mir sagen lassen, dass viele andere Kommunen jetzt ebenfalls auf dem Weg sind, sich mit solchen PPP-Modellen auf den Markt zu begeben, die natürlich die gleichen Probleme und die gleichen finanziellen Nöte im Hintergrund haben wie wir. Dafür ist PPP ein intelligentes Modell. Auch das ist im Übrigen ein Grund, dass wir jetzt schnell handeln müssen, weil wir mit unserer Ausschreibung doch so schnell sein wollen, dass wir die guten Bieterkonsortien für uns interessieren.

Es sind Risikoanalysen durchgeführt worden, was eigentlich mit dieser Fläche passiert, die freigezogen wird, die also nicht mehr für den Krankenhausbereich gebraucht wird. In diesem Bereich sind auch städtebauliche Entwicklungen und gesundheitswirtschaftliche Optionen geprüft worden. Auch ist es selbstverständlich, dass die Bauleitplanung in diesem ganzen Prozess mit dabei ist.

Um das zusammenzufassen, was ich gerade ausgeführt habe: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diesen Masterplan, der wirklich gründlich vorbereitet und mehrfach geprüft worden ist und aus meiner Sicht ein fundiertes Ergebnis liefert, jetzt ohne Verzögerung auf den Weg bringen müssen. Das ist unabdingbar, wenn wir dem Krankenhaus Bremen-Mitte eine Chance geben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine ganz ernste Situation. Ich habe eben schon zu Anfang gesagt, Frau Linnert, meine große Befürchtung, wenn ein solches Moratorium käme, wäre, dass wir wieder genau in die gleiche Situation wie damals kommen würden, als der runde Tisch einberufen wurde. Dass nämlich diskutiert wird, was von allen Akteuren gemacht und getan wird, die sich in diesem Feld tummeln, und dass wir dann letztlich zu keiner Entscheidung kommen. Das ist meine ganz persönliche Befürchtung, das ist meine Lehre aus dem runden

Tisch von damals, und das können wir uns politisch nicht leisten. Die Verantwortung ist zu groß.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe - ich sage es auch ganz deutlich - wirklich die große Befürchtung, wenn wir das jetzt zuließen, kämen wir in eine lange Zeitschiene.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Augen zu und durch!)

Das mit den drei Monaten ist von Ihnen sicherlich ernst gemeint, aber ich glaube, dass Sie das auch nicht durchhalten würden, weil dieser Prozess dann nicht mehr steuerbar wäre. Was wäre überhaupt dadurch gewonnen? Diese Frage müssen wir doch auch einmal stellen. Welche Alternativen, die Sie diskutieren wollen, liegen denn auf dem Tisch?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht ein bisschen kleiner!)

Ich möchte einfach einmal die Alternativen wissen, über die wir dann diskutieren wollen! Was ist die Alternative? Es macht doch nur Sinn, wenn man Alternativen hat. Eine Alternative sehe ich in diesem Prozess nicht, und insofern kann ich das politisch überhaupt nicht verantworten. Ich kann es wirklich nicht verantworten, einen solchen Prozess zuzulassen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt geht es um Verantwortung!)

Ja, ich trage die Verantwortung, natürlich! Wenn ich das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben, ernst nehme, dann geht es ja nicht darum, eine Alternative zu prüfen, denn ich habe von Ihnen noch keine gehört, sondern dann geht es darum, einen Beteiligungsprozess zu organisieren oder bestimmte Akteure mit ins Boot zu holen. Wir haben zu diesem Projekt eine breite Diskussion mit den Gewerkschaften geführt, das ist ja Gegenstand Ihres Antrags, und wir haben eine breite Diskussion mit den Betriebsräten geführt.

Der Betriebsrat Mitte steht explizit dahinter, und das in einer Situation, in der der Betriebsrat gegenüber seiner eigenen Belegschaft vertreten muss, dass 700 Stellen einzusparen sind. Das ist für einen Betriebsrat sicher keine einfache Entscheidung, und deswegen können Sie sicher davon ausgehen, dass der Betriebsrat sich alles sehr genau und sehr gründlich angeschaut hat, was er hier eigentlich entscheidet und was er mit vertritt. Das zeigt mir, dass sich auch die Arbeitnehmerseite sicher ist, dass die Lösung, die wir

hier auf den Weg bringen, die einzige und richtige Lösung für das Klinikum Mitte ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben alle Fragen, das habe ich kurz dargestellt, die Sie hier in dem Antrag noch einmal als Begründung für das Moratorium formulieren, geprüft, die rechtlichen, steuerrechtlichen und EU-rechtlichen Fragen. Die Krankenkassen sind in das Vorprojekt mit einbezogen worden. Sie haben gesagt, dass sie dieses Projekt nachdrücklich begrüßen. Selbstverständlich ist die Landeskrankenhausplanung einbezogen. Selbstverständlich ist dieser ganze Prozess Klinikum Bremen-Mitte in dem Prozess der Landeskrankenhausplanung ein entscheidender Baustein. Dieser Prozess der Landeskrankenhausplanung läuft ja zurzeit mit intensiven Anhörungen der Beteiligten. Wir haben auch in der Deputation über diesen Prozess berichtet und haben Ihnen die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich muss das kompatibel sein, Landeskrankenhausplanung und Umstrukturierung im Klinikum Bremen-Mitte.

Wenn ich das jetzt zusammenfassen darf: Ich bin der festen Überzeugung, es gibt keine Alternative zu dem, was wir mit dem Masterplan vorlegen. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, dass wir Ihrem Vorschlag für ein Moratorium folgen. Wir würden das, was wir hier auf den Weg bringen wollen, gefährden, und das kann ich nicht verantworten. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt ganz viele Beschwörungen hier. Wenn man jetzt nicht entscheidet, dann passiert Insolvenz, oder man kann gar nicht mehr entscheiden, und überhaupt passiert etwas ganz Furchtbares. Das sind keine Argumente, sondern Durchhalteparolen, die letztendlich zeigen, dass Sie wissen, dass das auf tönernen Füßen steht und dass man heute „Augen zu und durch“ machen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser aufgebauschte Zeitdruck! Sie haben einen Prozess angelegt, der heute kulminiert, ja, Sie haben sich unter Zugzwang gesetzt. Sie haben den politischen Raum weitgehend herausgelassen. Es ist ja nicht richtig, dass die Grünen an Beratungsprozessen beteiligt wurden, sondern das findet in Arbeitsgruppen hinter verschlossenen

Türen im Krankenhaus Bremen-Mitte statt. Dort sind Menschen versammelt, die alle unsere Achtung verdienen. Sie haben aber ein ganz starkes Interesse daran, dass das, was jetzt in Rede steht, schnell gebaut wird. Dass man das als einzige Maßstäbe, als einzige Zeugen für diese Art des Umbaus wertet, finde ich abenteuerlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nicht wahr, dass Sie die Grünen ausreichend beteiligt haben und dass andere gesellschaftliche Kräfte die Informationen erhalten, die die ganze Stadt braucht, um beurteilen zu können, was Sie da machen. Wer hier heute so mit dem Zeitdruck wedelt, hat einfach das Ziel, sich vor Argumenten zu schützen, die möglicherweise die eine oder andere Schwachstelle dieser ganzen Angelegenheit aufspüren können.

Die der Ausschreibung für das PPP-Modell Masterplan zugrunde gelegten Personalkosten sind Makulatur. Das wurde hier heute eingestanden. Geriatrie-Einsparungen, zum Beispiel die des Herrn Lindner, stehen auch immer noch in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Hat sich jemand getraut, hier heute zu sagen, dass diese Einsparungen eintreten werden? Es hat sich keiner getraut. Trotzdem stehen sie in den Berechnungen und sind Grundlage der Ausschreibung des PPP-Modells. Es gibt rabiate Probleme mit der Zentralküche und, wie man den Zeitungen entnehmen kann, mit der Finanzierung der Reinigungskräfte. Diese ganzen Kalkulationen gehen aber in die Ausschreibungen des PPP-Modells mit ein, obwohl Sie wissen, dass diese Zahlen nicht stimmen.

Es ist auch nicht in Ordnung zu sagen, wir schreiben jetzt erst einmal aus, der Senat soll ganz schnell beschließen, und natürlich müssen wir dann einen Landeskrankenhausplan machen, der dem, was wir da in der Ausschreibung schreiben, letztendlich folgt. Umgedreht ist dies eine gesetzliche Vorschrift, weil der Landeskrankenhausplan ein Gesetz ist, und wie dieses Gesetz zustande kommt, ist gesetzlich vorgeschrieben. Da gibt es öffentliche Anhörungen mit Ärztevertretern, der Krankenhausgesellschaft und anderen Leistungsanbietern und den Gewerkschaften. Das ist etwas völlig anderes, als wenn Sie hier erzählen, Krankenkassenvertreter erzählen Ihnen, wie klasse sie das finden, was der Masterplan Mitte macht. Wir hören ganz andere Dinge. Also muss man doch auch zu Ihrem eigenen Schutz ein öffentliches und transparentes Verfahren machen, in dem man die vielen netten Akteure im Gesundheitswesen nämlich letztendlich auch darauf festnageln kann, was sie erzählen, um Ihnen dies nicht hinterrücks - Sie wissen doch, wie das Geschäft ist -

im Gespräch zu sagen und letztendlich schon die Dolche zu wetzen. Zu Ihrem eigenen Schutz muss erst ein Landeskrankenhausplan her und dann die Ausschreibung für den Masterplan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Wir gehen in einer Zeit, die gesundheitspolitisch völlig ungesichert ist, in der alle sagen, es ist sehr schwer einzuschätzen, was nach der Konvergenzphase passiert, hier eine Verpflichtung ein, ein Gebäude 30 Jahre lang betreiben zu müssen, und zwar so, wie es gebaut wird. Wollen Sie das wirklich? Ich sage Ihnen, schauen Sie Ihrer Verwaltung auf die Finger! Da gibt es auch persönliche Interessen, was zum Beispiel Karrieren innerhalb der Holding betrifft. Schauen Sie genau hin! Die Zahlen für das PPP-Modell entsprechen nicht der Wirklichkeit. Ich sage Ihnen auch, warum. Die Haushaltsordnung sieht nämlich vor, dass eine Grundstücksübertragung im Rahmen des PPP-Modells erst dann erfolgen darf und zulässig ist, wenn ein Wirtschaftlichkeitsvergleich das PPP-Modell favorisiert. Weil das nicht automatisch der Fall ist, werden die Zahlen so hingebogen, dass es passt. Sie haben hier gerade gesagt, in dem Vergleich der Wirtschaftlichkeit hat sich herausgestellt, dass das PPP-Modell das wirtschaftlichere ist. Das entspricht nicht den Tatsachen, sondern es wurde so hingedreht, dass es so aussieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Vorlage des Senats - wir haben die Variante 16, das ist hoffentlich ja nicht die endgültige - geht man beachtlicherweise von einer weitgehend konstanten Bettenzahl von 958 Betten bis zum Jahr 2009 aus. Im Jahr 2010 sinkt die Bettenzahl dann auf 930 und ab 2011 auf 750 Betten, bei gleich bleibenden Fallzahlen von 2005 bis 2015, aber einem plötzlichen Anstieg der Fallschwere Casemix ab 2011 an, mit dem Neubau. Die ambulanten Leistungen steigen nur unwesentlich. Das sind die Voraussetzungen für die Zahlen, die Sie der Ausschreibung zugrunde legen.

Abgesehen davon, dass tatsächlich kein Krankenhaus in der Bundesrepublik über die Konvergenzphase hinaussehen kann, erscheint es doppelt seltsam, wie man sich in einem Businessplan auf diese fragwürdigen Daten stützen kann, denen jegliche Plausibilität fehlt und die zudem die Frage stellen, warum Umstellungen im Fallmix, in der Verweildauer und in der Fallschwere nicht bereits jetzt angegangen werden beziehungsweise sie angegangen werden müssen. Es wird auf dem Papier so getan, als würde bis 2011 nichts passieren, damit die positiven Effekte dann alle dem

PPP-Modell zugeordnet werden können, und das dürfen Sie einfach nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat gefragt, warum Herr Knigge zurückgetreten ist. Fragen Sie ihn doch einmal, und erzählen Sie, was er gesagt hat! Ist überhaupt ein Schaden entstanden? Das wissen wir jetzt nicht, da müssen wir noch viele Fragen stellen. Soll ich Ihnen einmal sagen, was für ein Schaden entstanden ist? Das Ende ist offen, aber das, was wir schon wissen, das sind 955.000 Euro Gutachten 2006 und 920.000 Euro 2005. Zum Teil wurden Gutachtaufträge auch in bar bezahlt, das ist ja eine super Praxis in bremischen Gesellschaften. 780.000 Euro wurden für Investitionen nach Rastede überwiesen, 36.000 Euro pro Monat für Geriatriepatienten, ob es sie nun gab oder nicht, 150.000 Euro vertraglich verpflichteter Verlustausgleich mit Rastede.

Herr Lindner wollte - hoffentlich ist es nicht zur Unterzeichnung gekommen - Verträge mit Chefarzten abschließen, wenn sie sich wohlartig verhalten, dass diese dann an das Krankenhaus keine Tantieme mehr abführen müssen, Schaden unbekannter Größenordnung, und wir steigen in den Mietvertrag mit Rastede ein, der Vertrag ist ja hier vorgetragen worden, bis 2015 - kleiner Fortschritt, mit Zech schließen wir immer 30 Jahre ab -, 36.500 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer, macht noch einmal eine halbe Million Euro. Und Sie stellen sich hier hin und fragen, ob überhaupt ein Schaden entstanden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Ja, ich habe die Fragen gestellt!)

Das findet alles in diesem Krankenhaus vor dem Hintergrund statt, dass man den Beschäftigten in Bremen massive Personaleinsparungen zumutet, dass hier Betten abgebaut werden und dass Sie den Zukunftssicherungstarifvertrag verhandeln wollen, mit dem man den Leuten, die ja nun auch nicht zu den Großverdienern in Deutschland gehören, nun auch noch das Weihnachts- und Urlaubsgeld wegnimmt. Alle Achtung! Aber wir fragen uns, ob ein Schaden entstanden ist!

Frau Senatorin Röpke, es ist nicht damit getan, dass Sie sagen, da hat ein Geschäftsführer an allen Gremien vorbei, und wie unangenehm! Sie sind verantwortlich für eine Kultur der Kontrolle. Zur Kultur der Kontrolle, da können Sie reden, was Sie wollen, haben die Grünen auch eine andere Einschätzung, was den Umgang mit unseren Fragen in der Deputation betrifft, als Sie das hier dargestellt haben, die Kultur der Kontrolle existiert

in Ihrem Ressort nicht. Staatsrat Knigge hat dafür gestanden. Nun kann man ihn auch loben, wenn er weg ist, das ist ja in dieser Stadt sowieso die große Mode. Staatsrat Knigge hat dafür gestanden, unangenehme Fragen so lange kleinzuquatschen,

(Widerspruch bei der SPD)

bis man irgendwann entnervt aufgibt. In Ihrem Ressort gibt es keine Kultur der schonungslosen Darstellung von Problemen. Wenn ich mir nur einmal ansehe, was mein Kollege Dirk Schmidtmann unternommen hat, um endlich belastbare Zahlen über die Schuldnerberatung in Bremen zu bekommen! Was ist das für ein Umgang mit uns!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sich die CDU hier hinstellt und versucht, mit dieser wirklich skandalösen Frage das Wenige, was es noch an Kontrollgremien gibt - leider ja als Aufsichtsräte und nicht als ordentliche politische Gremien, das haben Sie ja mit Ihrem GmbH-Unwesen in Schutt und Asche gelegt -, das Beteiligungswesen und die vielen Aufsichtsräte letztendlich in Misskredit zu bringen, dann steht dahinter natürlich eine Kultur, dass man es gar nicht wissen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Kultur ist mit verantwortlich dafür, was da passieren konnte.

Das Gleiche gilt übrigens für den Ausschreibungszwang, dem Sie unterworfen sind. Hat es irgendwann einmal jemanden in Ihrem Ressort gegeben, der die vielen Geschäftsführer darauf hingewiesen hat, dass die Landeshaushaltsordnung gilt? Vielleicht kann man sie ihnen ja einmal überreichen, damit sie einmal hineinschauen und sehen, welchen Spielregeln sie unterworfen sind. Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass es Ihnen ganz recht war, dass da Leute von der Leine weit weg waren und man mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun hat?

Es ist Ihre politische Verantwortung, dass von Ihrem Ressort auch, wie leider hier zum Teil eben auch von Teilen des Parlaments, das Signal ausgeht, macht einmal, Hauptsache es klappt, Hauptsache keine Schwierigkeiten, wir wollen es nicht wissen, unsere parlamentarische Kontrolle ist uns sowieso zu viel und die Kontrolle des Ressorts auch. Das ist die Kultur, auf deren Basis das gediehen ist, was wir da vorfinden. Dafür tragen Sie die Verantwortung!

Jetzt vor diesem Hintergrund einfach zu sagen, Leute, es ist ja alles schwierig, aber wir müssen es jetzt durchsteuern, das setzt das fort, weswegen das im Klinikum Bremen-Ost passiert ist. Es ist dieselbe politische Linie, Schwierigkeiten, schnell weg, weiter, es muss ja so sein, es wird beschlossen. Machen Sie es, ich habe es verstanden! Aber eines sage ich Ihnen! Falls das hier schief geht, wird Ihr Name damit verbunden sein, dass Sie da ein Experiment auf Kosten der Leute und Patienten gemacht haben, was von Anfang an auf tönernen Füßen gestanden hat! Ich glaube, dass Sie das nicht verantworten sollten.

Ein letzter Satz noch zu dem, was hier über Staatsrat Knigge gesagt wird! Frau Senatorin Röpke, Sie reden sich und auch den Staatsrat hier um Kopf und Kragen. Nach dem Beamtenrecht dürfen Staatsräte, wenn sie nicht mehr arbeiten wollen, weil sie finden, dass sie einen Fehler gemacht haben oder aus anderen Gründen, von Ihnen entlassen werden wie alle anderen Leute auch, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Das war es dann aber auch. Wenn Sie jemanden mit einem goldenen Handschlag ausstatten wollen, dann muss man der Öffentlichkeit gegenüber sagen, dass das Vertrauensverhältnis gestört ist. Das ist die einzige Möglichkeit für den Senat, einen Beamten wie Herrn Knigge zu entlassen und ihm gleichzeitig seine Bezüge zu liefern. Sie können hier nicht bei jeder Gelegenheit Ehrenerklärungen für Staatsrat Knigge abgeben, und gleichzeitig wird die Rechtsgrundlage gewählt - damit er weiter Bezüge erhält, was ich ihm gönne -, die letztendlich nur dann gilt, wenn das Vertrauensverhältnis gestört ist und er deswegen entlassen ist. So geht das einfach nicht! Nach der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit hätten Sie ja wenigstens hier ein bisschen darauf achten können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Das Wort hat Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Linnert, ich möchte jetzt nicht mehr auf das eingehen, was Sie zu den Zahlen gesagt haben. Zur Vorlage, Sie haben die 16. Version, gibt es mittlerweile eine 23. Version!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage es nur noch einmal, was ich zu Anfang gesagt habe, wovon ich fest überzeugt bin. Es ist eine sehr fundierte Grundlage geschaffen worden, auch mit ganz vielen Experten von außen, die das immer wieder alles auf den Prüfstand gestellt haben. Ich habe auch in Ihrem Beitrag nicht gehört, welche Alternativen Sie zu dem vorschlagen, was

wir vorgeschlagen haben. Ich komme jetzt noch einmal auf das Moratorium zurück, das Sie vorschlagen. Welchen Sinn macht es denn, wenn Sie sagen, wir wollen einen Beteiligungsprozess noch einmal organisieren, aber Sie haben keine Alternative, die Sie hier auf den Tisch legen, wozu Sie sagen, das soll jetzt das Gegenkonzept sein. Das ist aus meiner Sicht hier eine echte Schwäche des grünen Antrags, einfach ein Moratorium zu fordern mit dem Risiko,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsere Haushaltsanträge auf Minderung des Risikos sind abgelehnt worden!)

dass wir zum Schluss überhaupt keine Entscheidung mehr bekommen. Dann ist es für das Klinikum Bremen-Mitte wirklich ein dramatisches Ergebnis, das ist doch auch jedem klar.

(Beifall bei der SPD)

Ich stehe zu meiner Verantwortung, da müssen Sie sich keine Sorgen machen, ich drücke mich nicht darum. Es ist keine leichte Verantwortung, und ich glaube, es gibt nicht viele hier in diesem Raum, die mich jetzt an dieser Stelle beneiden würden.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich mir gut vorstellen. Es ist auch keine einfache Aufgabe.

Ich bin mir sehr wohl auch der Risiken bewusst. Das ist ja auch in der Debatte deutlich geworden. Es wird auch nicht so sein, es ist nicht in der Vergangenheit so gewesen, und es wird auch nicht in Zukunft so sein, dass die Risiken nicht gesehen werden und dass auch nicht auf die Risiken reagiert wird, wie hier immer unterstellt wird. In einer solchen schwierigen Situation ist es nicht angemessen, so zu reagieren. Ich stehe dafür, dass das auch in Zukunft nicht so sein wird. Das nehme ich für mein Ressort in Anspruch. Alle Unterstellungen, die hier gefallen sind, weise ich ausdrücklich zurück, indem hier gemutmaßt wird, dass bestimmte Personen bestimmte Interessen vertreten, nur um dieses Ziel zu erreichen. Das weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber so!)

Jetzt möchte ich noch einmal kurz etwas zu der Person von Dr. Knigge sagen. Ich habe hier deutlich ausgeführt, dass Herr Dr. Knigge in der Nachbetrachtung dieser ganzen Vorfälle im Klinikum Bremen-Ost für sich zu der Entscheidung gekommen ist, dass er Fehler gemacht hat. Ich

habe ausgeführt, welche Fehler das aus seiner Sicht sind. Das hat dann die Konsequenz, und das habe ich dem Senat auch so mitgeteilt, in der Senatsentscheidung, die vom Gesamtsenat getroffen worden ist, dass in diesem schwierigen Prozess, in dem wir uns befinden, gerade im Krankenhaussektor, wo schwierigste Verhandlungen zu führen sind, Verhandlungen, die immer kontrovers an vielen Stellen zu führen sind, wo viele Konflikte zu bestehen sind, ich das so einschätze, dass die persönliche Durchsetzungsfähigkeit von Herrn Staatsrat Dr. Knigge Schaden genommen hat durch diese Vorkommnisse und dass er damit in seiner künftigen Amtsführung erheblich belastet ist.

Das ist eine Einschätzung, die das schwierige Geschäft in diesem Krankenhausbereich, aber auch in den anderen Sektoren, so unmöglich für den ehemaligen Staatsrat Dr. Knigge macht, dass er das so in dieser Kompetenz und Autorität nicht hätte weiterführen können. Das war für mich der Grund, dass ich den Senat gebeten habe, Herrn Dr. Knigge in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal klarstellen.

Dass ich trotzdem ganz persönlich sagen darf, dass 13 Jahre, die er geleistet hat für den Senat im Land Bremen, auch 13 Jahre sind, in denen er sehr viel für Bremen geleistet hat, das ist an dieser Stelle sicherlich ganz persönlich erlaubt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/576 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/578 S abstimmen.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Deshalb lasse ich zuerst über die Ziffern 1, 2 und 4 abstimmen.

Wer den Ziffern 1, 2 und 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1, 2 und 4 zu.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt über die Ziffer 3 abstimmen.

Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 3 zu.

Ich lasse zum Schluss über die Ziffer 5 abstimmen.

Wer der Ziffer 5 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 5 zu.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 19.05 Uhr. Wenn ich die Signale richtig verstanden habe, dann rufe ich jetzt noch Tagesordnungspunkt sechs auf.

Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2006
(Drucksache 16/547 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz der späten Stunde hier noch eine Kurzdebatte über das Thema Hundesteuergesetz! Der Senat hat uns im Rahmen der Haushaltsberatungen zusammen auch mit anderen Gesetzentwürfen ein Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes vorgelegt. Ich glaube, auch dem Senat muss bei der Vorlage klar gewesen sein, dass es darüber noch Diskussionen geben wird, denn dieses Gesetz hat er, im Gegensatz zu anderen nicht haushaltswirksamen Gesetzen, in den zu beratenden Haushaltsentwurf aufgenommen. Es wird vorgeschlagen, den Hundesteuersatz in Bremen an den Spitzensatz der Stadt Dortmund anzugleichen. Der beträgt derzeit 144 Euro.

Wir haben uns eingehend in der Fraktion mit diesem Ortsgesetz beschäftigt, und wir sind mit deutlicher Mehrheit zu der Auffassung gelangt, dass wir diesem Wunsch des Senats nicht folgen werden. Es ist richtig, dass wir als Haushaltsnotlage-land gehalten sind, sämtliche Einnahmequellen auszuschöpfen. Aber ich glaube, es gehört auch dazu, sich Gedanken darüber zu machen, was man mit einem solchen Gesetz anrichtet und ob sich diese Einnahmen zum Schluss tatsächlich auch als Einnahmen herausstellen.

Bei dem Gesetz haben Sie auf der Rückseite eine Tabelle, zum Beispiel über die Steuersätze in den Umlandgemeinden. Auch heute ist es durchaus üblich in nicht seltenen Fällen, dass man in einer der Umlandgemeinden seinen stadtbremischen Hund anmeldet. Dies kann passieren, ohne dass man dort als Einwohner gemeldet ist. Die Hundesteuer wird da gern genommen. Wir befürchten eine weitere Steuerflucht. Wir haben bereits jetzt Auswirkungen anderer Einsparungen oder sozialer Härten zu vermeiden, was die Frequentierung unseres Tierheims anbelangt, und wir teilen durchaus auch die Befürchtung des Tierschutzbundes, dass eine Erhöhung der Hundesteuer

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

nicht unbedingt zu einer Entlastung beitragen würde.

Im Übrigen glauben wir, dass wir gut beraten wären, auch bei der Hundesteuer Steuergerechtigkeit gelten zu lassen. Es soll noch sehr viele Hunde geben, die nicht angemeldet sind.

Uns ist auch glaubwürdig versichert worden, dass es in Bremen sehr schwierig sein soll, einen Hund beim Finanzamt anzumelden, wenn man ihn nicht ordnungsgemäß bei einem Händler gekauft hat und über entsprechende Papiere verfügt. Da bietet sich dann oftmals nur der Weg an, ihn wiederum als Fundtier beim Tierheim zu melden. Das Tierheim macht dann die Meldung ans Finanzamt, allerdings mit dem Erfolg, dass die Steuern dann erst ein Jahr später oder auch noch reduziert fällig werden. Auch hier glauben wir, wenn man da Abhilfe schafft, kann man den einen oder anderen Euro noch erzielen.

Unser Koalitionspartner hätte dem gern schon früher zugestimmt. An dieser Stelle noch einmal der kleine Hinweis unserer Fraktion: Wir hätten uns gefreut, wenn der Koalitionspartner auch anderen Einnahmeverbesserungsvorschlägen der Fraktion gefolgt wäre. Ich erinnere nur an die Zahl der Betriebsprüfer, die wir gern erhöht hätten. Das Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuersatzes wird hier heute abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Pflugradt ist jetzt nicht mehr da. Er ist, glaube ich, noch länger Mitglied im Hohen Haus als ich, und ich wollte ihn einmal fragen, ob er schon einmal so eine Premiere erlebt hat, nämlich dass ein Wunsch des Senats, dass hier ein Gesetz beschlossen werden soll, vom Parlament abgelehnt wird. Ich kann mich an einen solchen Fall nicht erinnern. Ich finde das ziemlich klasse, das können Sie sich vorstellen, und ich rege an, dass man das als Vorbild für diverse zukünftige Fälle vor dem Hintergrund eines selbstbewussten Parlaments, Herr Präsident, nutzt und das des Öfteren einmal macht, wenn hier offensichtlich Unsinn oder Dinge, die keine Mehrheit haben, vom Senat vorgeschlagen werden.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Aber nur, wenn es sachlich geboten ist!)

Die Grünen finden es in Ordnung, dass dieses Gesetz hier heute nicht beschlossen werden soll. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass viele Menschen in Bremen ja von Hartz IV leben, also Arbeitslosengeld II. Der Regelsatz beträgt 345 Euro im Monat. Eine Hundesteuererhöhung um zwei Euro im Monat ist für solche Leute nicht wenig.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Steuerbefreiung!)

Frau Wiedemeyer ruft gerade Steuerbefreiung dazwischen, das ist schwierig und kompliziert. Sie ist vor allen Dingen nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich und erhöht auch den Verwaltungsaufwand. Letztendlich kann man zu dem Ergebnis kommen, dass es richtig ist, wenn Sie hier diese Vorlage des Senats ablehnen. Die Grünen werden das dann fröhlich mit Ihnen gemeinsam tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Koalitionsausschuss vor geraumer Zeit die Auflage gemacht, gerade wegen der Klage, dass wir die Frage der möglichen Erhöhung von Gemeindesteuern zu prüfen haben. Dies ist geprüft worden, und es ist sicherlich so, dass wir im Bereich der Vergnügungssteuer, bei anderen Steuerarten, bei der Grundsteuer erhebliche Erhöhungen beschlossen haben und dass es bei der Hundesteuer an der Frage hing, ob wir zum Ausgleich des Haushalts diese Steuermehreinnahmen aus Steuererhöhungen zwingend brauchen oder nicht. Der Koalitionspartner hat das auch geprüft.

Natürlich ist es so, dass wir die Bürger nicht zwangsläufig mit mehr Steuern belasten wollen, als es zwingend nötig ist. Dafür spricht einiges. Insofern ist es sicherlich so, wenn wir dabei bleiben, die Hundesteuer in einer erheblichen Höhe zu belassen - wir sind damit immer noch im obersten Drittel der Großstädte -, dann ist das sicherlich denkbar und zulässig. Da diese Einnahmen auch nicht in den Haushalt eingestellt sind, ist es so, dass es im Grunde genommen die Möglichkeit gibt, auf diese Steuererhöhung zu verzichten. Ich glaube nicht, dass das ein Affront gegen den Senat ist, denn der Senat und der Finanzsenator sind damit auch befasst worden.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist Kummer gewohnt!)

Insofern denke ich, dass diese Möglichkeit besteht und dass wir damit bei einer der höchsten Hundesteuersätze bleiben, sie aber nicht auf die absolute Spitze erhöhen müssen. Das ist der Sachverhalt, und ich glaube, es wird verschiedene Leute freuen, dass das so ist. Aber es ist auch gut, dass der Haushalt durch die Beschlusslagen auch ohne eine solche Steuererhöhung ausgeglichen ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Erhöhung der Hundesteuer vom Koalitionsausschuss beschlossen worden ist und dass der Senat, insbesondere der Finanzsenator, diesen hohen und hehren Auftragsordnungsgemäß umgesetzt und beim Parlament abgeliefert hat.

Ich lerne aber heute, dass die Hunde es in Bremen auf den Punkt bringen. Das Parlament erkennt und zeigt sein Primat über die Exekutive und übt es auch aus. Sie haben festgestellt, Frau Linnert, dass das einer der seltenen Fälle ist, in denen einer entsprechenden Anregung des Senats eben nicht nachgekommen wird. Insofern kann ich mich dem nur anschließen und allen Hunden in Bremen und ihren Besitzern viel Glück wünschen. - Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Damit lehnt die Stadtbürgerschaft das Gesetz ab.

Meine Damen und Herren, es ist auch noch vereinbart worden, dass wir alle Tagesordnungspunkte ohne Debatte abhandeln. Es geht schnell, ich verspreche es Ihnen.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48 vom 20. Juni 2006
(Drucksache 16/567 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 4. Juli 2006
(Drucksache 16/573 S)

und

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 4. Juli 2006
- Eingabe Nr. S 16/493 -
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 11. Juli 2006
(Drucksache 16/577 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/577 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Da sich mit der Annahme des Antrags Drucksache 16/577 S eine Abstimmung über die Petition S 16/493 erübrigt hat, lasse ich nun über die in den Petitionsberichten Nummer 48 und 49 enthaltenen Petitionen - mit Ausnahme der Petition S 16/493 - abstimmen.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorhaben- und Erschließungsplan 36
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für den Bau eines Gesundheitszentrums in
Bremen-Schwachhausen
(Eckgrundstück Schwachhauser Heerstraße/
Bürgermeister-Spitta-Allee)**

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/569 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 36 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2317
für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen
Sebaldsbrücker Heerstraße,
Schloßparkallee, Sebaldstraße, Adamistraße
und Vahrer Straße**

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/570 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2317 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2322
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz
südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummer
79 A bis 83) und westlich Schmidt-Barrien-
Weg**

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/571 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2322 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Gel-
tungsdauer des 153. Ortsgesetzes über eine
Veränderungssperre nach dem Baugesetz-
buch für das Flurstück 94 (Ingelheimer Straße
15)**

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/572 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 153. Ortsgesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit wären wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19.19 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 11. Juli 2006

Anfrage 10: Aussagekraft des Vergleichstests VERA an Grundschulen

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat Medienberichte über unzuverlässige „Vorbereitungsmaßnahmen“ für den Schulvergleichstest VERA an Grundschulen?

Zweitens: Liegen dem Senat Erkenntnisse über ähnliche „Vorbereitungen“ an Grundschulen der Stadtgemeinde Bremen vor, die eine Verfälschung der Testergebnisse bedeuten würden?

Rohmeyer, Perschau und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Wenn es zutrifft, dass Lehrerinnen und Lehrer in größerem Umfang die Aussagekraft der Vergleichsarbeiten durch Manipulationen vor und bei der Durchführung beeinträchtigt haben, dann wäre das nicht akzeptabel; es handelt sich dann um Täuschung und bewusste Irreführung. Damit würden sie nicht nur dem Ansehen der Vergleichsarbeiten selbst schaden, sondern vor allem den mit diesen Tests verbundenen Zielen. Er soll ja in erster Linie den Lehrkräften helfen, ihre Diagnosen zu verfeinern, die eigene Arbeit zu verbessern und die Kinder gezielter im Hinblick auf die gemeinsamen Standards zu unterrichten und zu besseren Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu kommen.

Deswegen ist die aktive Beteiligung der Schulen ein zentraler Bestandteil der Tests, das heißt, die normierten Tests werden von Lehrkräften durchgeführt und ausgewertet.

Die über das Internet gesammelten Ergebnisse werden durch die Universität Landau in Form aggregierter Steuerungsdaten an die beteiligten Länder zurück vermittelt.

Wenn Manipulationen vorkommen können, müssen die Testbedingungen so verändert werden, dass die Gefahr von Verfälschungen verringert wird. Dabei ist jedoch zu beachten: Ein in allen Bereichen abgesichertes Testverfahren - analog zu den Schulleistungsstudien wie Pisa oder Iglu - mit dem Einsatz von externen geschulten Testleitern und Codierern für die Bewertung der Tests würde nicht nur den Kostenrahmen sprengen, sondern vor allem verhindern, dass die Schulen die Ergebnisse sehr rasch bekommen und gezielte pädagogische Maßnahmen für die beteiligten Klassen einleiten können. Insofern sind alle Beteiligten aufgefordert, Verfälschungen zu verhindern.

Zu Frage zwei: Erkenntnisse über vergleichbare Vorkommnisse in Bremen, wie aus NRW oder Schleswig-Holstein berichtet, liegen dem Senat nicht vor. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass auch in Bremen im Einzelfall unzulässige Einflussnahmen auf die Tests vorgenommen wurden.